Mittwoch, den 4. Juli 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 155

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.40 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 5 Pf., das fette Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Die Erklärung der Reichsregierung.

Hermann Müller erklärt im Reichstag sein Programm.

Berlin, 3. Juli. Haus und Tribünen sind stark besetzt. — Am Regierungstische: Reichskanzler Müller und die übrigen in Berlin anwesenden Mitglieder des Kabinetts.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 15 Uhr und teilt das Schreiben des Reichskanzlers über die Ernennung der neuen Reichsregierung mit. Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler **Müller**

nimmt, von den Kommunisten mit höhnischen Zurufen begrüßt, sofort das Wort:

Die Reichsregierung hat die Aufgabe, unablässig dahin zu wirken, daß die Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit sich immer mehr schließen und auf allen Gebieten entschlossene Reformarbeit geleistet wird. Denn nur entschiedenes Weiterarbeiten auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschrittes entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei der Reichstagswahl bekundet hat. Solchem Ziele dient die Zusammensetzung der Reichsregierung. Beruht sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat doch ihre Zusammensetzung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. Auf dieser Basis hat das neue Reichskabinett seine Tätigkeit aufgenommen.

In der auswärtigen Politik ist der Weg, den die Reichsregierung gehen wird, klar vorgezeichnet. Die deutsche Außenpolitik verfolgt ihre Ziele in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche. An dieser Grundlage werden wir festhalten. Von ihr aus werden wir das Ziel weiter verfolgen, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern und in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hinzuwirken. In Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke ist die Reichsregierung von unserem wohlbegründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung der besetzten Gebiete überzeugt. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Besatzungsmächte aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre die gegebenen Schlußfolgerungen noch immer nicht gezogen haben und es aus diesem Grunde bisher nicht gelungen ist, in den wechselvollen Erörterungen über die Räumungsfrage ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Die noch aus der Kriegszeit dastehende Schranke muß endlich niedergelegt werden, da sie der Begründung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern im Wege steht. Wir erwarten auf das bestimmteste, daß dieser Gesichtspunkt im gleichen Maße nunmehr auch von den an der Besetzung beteiligten fremden Regierungen gewürdigt wird. Wir erwarten auch, daß bei ihnen jeder von anderer Seite unternommene Versuch, den Sachverhalt durch das unberechtigte Hineinziehen anderer Probleme zu verwirren, vergeblich bleiben wird. Das Räumungsproblem ist einfach und klar. Es bedarf nur des guten Willens, um es zu lösen.

Der treuen Bevölkerung an Rhein und Saar entbieten wir unseren herzlichen Gruß. Die Reichsregierung ist sich der schweren wirtschaftlichen Not bewußt, die dort infolge der Besetzung einen hohen Grad erreicht hat und durch die Grenzverhältnisse noch verschärft wird. Wir werden dieser Wirtschaftsnot unsre besondere Aufmerksamkeit widmen.

Mit der Grundlinie unserer Außenpolitik hängt unsere Betätigung im Völkerbund aufs engste zusammen. Wir sehen im Völkerbund einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch der Förderung der nationalen Interessen. Wir sind entschlossen, an allen Aufgaben, die in Genf zu lösen sind, loyal mitzuarbeiten. Von den allgemeinen Völkerbundsproblemen steht jetzt im Vordergrund unseres Interesses die Frage der allgemeinen Abrüstung. Die Entwaffnung Deutschlands ist bis zum letzten Ende durchgeführt und kein Staat hat so viel für die allgemeine Sicherheit getan wie Deutschland. Das beweisen die Verträge von Locarno, unsere zahlreichen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Weltgerichtshofs und unsere aktive Mitarbeit in dem Genfer Sicherheitskomitee. Deutschland ist der erste Staat gewesen, der dem neuerdings von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgelegten allgemeinen Pakte zur Aechtung des Krieges ohne Vorbehalt zugestimmt hat. Wir werden auch weiterhin das Unsrige tun, um diesen großzügigen Plan zu verwirklichen, der die Sicherung des Friedens auf die denkbar breiteste Grundlage stellt. Alles das gibt uns das Recht und die Pflicht, mit allem Nachdruck die Forderung zu erheben, daß jetzt endlich mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung ernst gemacht und so der sehnlichste Wunsch der Völker, die durch den furchtbaren Krieg gegangen sind, erfüllt wird. Vor eine weittragende Aufgabe wird uns die kommende Entwicklung auch in der Reparationsfrage stellen. Mag der Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Endlösung sich auch heute noch nicht genau übersehen lassen, so ist doch die Entwicklung weit genug fortgeschritten, um in allen beteiligten Kreisen Raum für die Ueberzeugung zu schaffen, daß die baldige Herbeiführung dieser Endlösung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist. Deutschland wird es seinerseits nicht an der loyalen Mitwirkung fehlen lassen, um eine Frage endgültig zum Abschluß zu bringen, die sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Weltwirtschaft von größter Bedeutung ist.

Die Reparationszahlungen können nach den eigenen Worten der Sachverständigen auf die Dauer nur aus wirklichen Ueberschüssen der deutschen Wirtschaft geleistet werden. Die Weltwirtschaft krankt am Protektionismus. Die deutsche Wirtschaft bedarf zu ihrer vollen Entfaltung der Entwicklung und Vertiefung ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Infolgedessen wird die Reichsregierung alle Bestrebungen zu weltwirtschaftlicher Verflechtung unterstützen und selbst ihre Kraft daran setzen, durch Pflege und Erweiterung der weltwirtschaftlichen Betätigung die deutschen Wirtschaftskräfte zu stärken.

Die neue Reichsregierung nimmt die vorbehaltlose Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz durch die bisherige Reichsregierung auf. Sie wird zu ihrem Teil für ihre Verwirklichung sorgen, sich insbesondere an den Arbeiten zur Senkung der nach dem Kriege fast überall erhöhten Zolltarife durch internationale Vereinbarungen tatkräftig beteiligen. Neben den Genfer Arbeiten, die auf Senkung der Zölle hinzielen, sind nach wie vor Handelsverträge das vornehmste Mittel zur Beseitigung von Hindernissen im Austausch der einzelnen Volkswirtschaften. Die Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten sieht die Reichsregierung als eine wesentliche Aufgabe an. Sie begrüßt es, daß die Verhandlungen mit dem stammesverwandten Oesterreich zu einem endgültigen und abschließenden Handelsvertrag in Wien eingesetzt haben.

Wichtig für die Gestaltung der Ausfuhr sowohl, als für die Sicherung eines angemessenen Reallohnes der werktätigen Bevölkerung ist

die Preisgestaltung auf dem deutschen inneren Markt.

Zu ihrer Beeinflussung dient neben einer auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit zielenden Handelspolitik vor allem auch die richtige Einstellung des Staates zu den großen in Kartell-, Trust- und ähnlichen Formen unser Wirtschaftsleben beeinflussenden monopolitischen Organisationen. Die in diesen Gebilden der wirtschaftlichen Entwicklung wirkenden der Allgemeinheit nützlichen und die Leistung steigernden Kräfte sind zu fördern, die nachteiligen hintanzuhalten. Dazu muß die Leitung eines Staatswesens den unbedingt nötigen Ueberblick und Einblick in diese Organismen erhalten, um sich ein Urteil über Art und Auswirkungen ihrer Betätigung bilden und ihre Maßnahmen entsprechend einstellen zu können. Die Bestrebungen, den inneren Vorgängen der großen Unternehmungen eine stärkere Oeffentlichkeit zu geben, wie sie unter anderem im Rahmen einer Reform des Aktienrechtes verfolgt werden, dienen ebenfalls den Gesamtinteressen der Wirtschaft und der Kapitalbeschaffung.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß weite Kreise des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe sich in schwerer Notlage befinden. Dem Handwerk gegenüber soll durch alsbaldige Vorlage und Verabschiedung der Handwerkernovelle das gegebene Versprechen der Regelung einiger wichtiger Organisationsfragen eingelöst werden. Den genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen von Handwerk und Gewerbe ist tatkräftige Förderung zu verleihen. Der Heranbildung eines ausreichenden Stammes an Facharbeitern zu Qualitätsleistungen muß, insbesondere auch im Hinblick auf den Geburtenausfall der Kriegszeit und den infolgedessen zu erwartenden Mangel an jugendlichen Arbeitskräften, durch eine umfassende Regelung der Berufsausbildung des Nachwuchses in Industrie, Handel und Handwerk Rechnung getragen werden. Ihre Durchführung ist unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die zuständigen Berufsvertretungen der Wirtschaft sicherzustellen. Diesem Zweck dient das Berufsausbildungsgesetz, das alsbald eingebracht wird.

Artikel 165 der Reichsverfassung sieht die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Seiner weiteren Verwirklichung dient der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der in nächster Zukunft den Reichstag beschäftigen wird. Eine der wichtigsten und ersten Aufgaben des endgültigen Reichswirtschaftsrates wird es sein, Vorschläge zur weiteren Ausführung des Artikels 165 mit dem Ziel einer steigenden Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte zu beraten.

Die Notlage weiter Kreise und Gebiete der deutschen Landwirtschaft hält unvermindert an. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Voraussetzung ihrer Erhaltung und damit der Erhaltung des deutschen Landvolkes, dessen das Deutsche Reich im Interesse seiner Wirtschaft und eines gesunden Aufbaues des deutschen Volkes so unumgänglich bedarf.

Eine dauernde Schwächung des Landes als Abnehmer auf dem inneren Markt würde nicht ohne Rückwirkungen auf Industrie und Gewerbe bleiben. Ebenso würde eine verstärkte Abwanderung vom Lande, welche die notwendige Folge einer lange anhaltenden landwirtschaftlichen Krise wäre, den städtischen Arbeitsmarkt unerträglich belasten. Die Reichsregierung ist sich der Gefahr durchaus bewußt, daß bei Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion unsere Ernährung im verstärktem Maße vom Auslande abhängig wird, und die dann nötige vermehrte Nahrungsmitteleinfuhr unsere Handelsbilanz belastet.

Zur Bekämpfung dieser Gefahren und zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft sind zunächst alle diejenigen Mittel anzuwenden, die geeignet sind — ohne eine Belastung der Verbraucher herbeizuführen — zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft beizutragen. Demgemäß sollen die Maßnahmen des Reiches zur Förderung der Bodenverbesserung und zur Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgeführt werden. Die Anwendung aller modernen Mittel zur Steigerung der Erträge und rationellen Ausnützung der natürlichen Kräfte des deutschen Bodens soll begünstigt werden. Neben der Verbesserung der Produktion muß treten Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse für die Erzeugnisse des deutschen Acker- und Gartenbaues und der deutschen Viehwirtschaft. Besonders wird Bedacht genommen werden auf eine Ausschaltung übermäßiger Schwankungen der Vieh-, Getreide- und Kartoffelpreise, welche den Produzenten schädigen und dem Verbraucher nichts nützen. Auf der Grundlage des vom letzten Reichstag beschlossenen Hilfswerks sollen die Arbeiten zur Qualitätssteigerung, zur Standardisierung wichtiger Produkte und zur Verbesserung der Absatzorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Edelerzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft fortgeführt werden. Die Reichsregierung vertraut darauf, daß diese Bestrebungen durch die lebendigen Kräfte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft ihre unentbehrliche Ergänzung und Unterstützung finden. Sie wird deswegen unter Bekämpfung der Zersplitterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sich die Stärkung dieser Einrichtungen der Selbsthilfe angelegen sein lassen mit dem Ziel, der Landwirtschaft einen sicheren Absatz dadurch zu schaffen, daß die Herstellung einer den Anforderungen des Verbrauchers entsprechenden guten Marktware ermöglicht wird. (Lebhafter Beifall).

Die vordringlichste Sorge bereitet die immer noch steigende landwirtschaftliche Verschuldung zu Zinssätzen, die auch in besseren Zeiten nicht erwirtschaftet werden können. Die Menge kurzfristiger Kredite, die in dieser Verschuldung enthalten sind gefährdet fortgesetzt die rationelle Führung der Betriebe. Die Umwandlung dieser Kredite in langfristige Verschuldung und die Senkung der Zinssätze aller landwirtschaftlichen Schulden wird angestrebt werden.

Die Reichsregierung wird die landwirtschaftliche Siedlung nachdrücklichst mit dem Ziele fördern, eine gesunde Verteilung der Bevölkerung und ihrer einzelnen Gruppen zwischen Stadt und Land zu erwirken, hierbei namentlich den dünnbevölkerten Grenzgegenden neue Kräfte zuzuführen und möglichst vielen tüchtigen Siedlungsanwärtern, auch solchen, die nur geringe Anzahlungen leisten können, zu einer Siedlerstelle zu verhelfen. Sie wird im Einvernehmen mit den Ländern insbesondere auf eine Verminderung der Kosten der Siedlung beim Bodenerwerb, und bei Herstellung der Gehöfte, sowie auf eine Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens hinwirken.

Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit ist eins der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik (Sehr richtig links.), sie ist aber auch durch die internationale Sozialpolitik beeinflußt und wirkt ihrerseits weit über die Grenzen unseres Landes hinaus.

Die Reichsregierung beabsichtigt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag

(allgemeine Zustimmung in der Mitte) und wird in den internationalen Verhandlungen an der Beseitigung der hinsichtlich der Revision dieses Abkommens zurzeit bestehenden Ungewißheit und der seiner allgemeinen Ratifizierung entgegenstehenden Hindernissen mit allen Kräften mitarbeiten. Sie wird den bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes. Die in diesen Gesetzen enthaltene Regelung der Arbeitszeit beruht auf der Grundlage des Achtstundentages, vermeidet wirtschaftliche Unmöglichkeiten und soziale Ungerechtigkeiten und entspricht dem Washingtoner Uebereinkommen.

Von den übrigen im Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes behandelten Gebieten verlangt besonders der sozialpolitische Schutz der Jugendlichen und die Regelung der Arbeitsaufsicht größte Aufmerksamkeit. Die Reichsregierung hält eine einheitliche Ausgestaltung der Behörden der Arbeitsaufsicht und eine gleichmäßige Tätigkeit unter einer mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten fachlichen Zentralbehörde auch unter Beteiligung der Arbeitnehmer im Interesse eines wirksamen Arbeitsschutzes für unerläßlich. Neben dem Arbeitsschutzgesetz wird vor allem die Neugestaltung der Seemannsordnung, des Tarifvertragsrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts zu fördern sein, um das von der Verfassung verheißene einheitliche Arbeitsrecht baldmöglichst zum Abschluß zu bringen.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Sommer vorigen Jahres hat die Organisation des Arbeitsmarktes auf eine neue Grundlage gestellt. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung ist noch im Aufbau begriffen. Die örtlichen Arbeitsnachweise sind noch nicht eingegliedert. Auf dem Lande müssen sie vielfach neu geschaffen werden. Versäumnisse von Jahrzehnten sind hier nachzuholen. Erst wenn das geschehen ist, werden sich die Wirkungen des neuen Gesetzes zuverlässig beurteilen lassen. Eine Frage, die rechtzeitig vor dem Winter geregelt werden muß, ist die Stellung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosen-Versicherung, wozu die Organe der Reichsanstalt die nötigen Befugnisse haben. Sie werden den sachgemäßen Gebrauch davon machen, wie sie das in anderen nicht weniger schwierigen Fragen bereits getan haben.

Die Reichsregierung wird sie nachdrücklich dabei unterstützen.

Die Krisenunterstützung ist bereits über den 1. Juli hinaus verlängert worden. Zugleich ist durch eine Reihe von Erweiterungen der Stockung auf dem Arbeitsmarkt, die sich neuerdings bemerkbar macht, Rechnung getragen worden. Die neue Reichsregierung wird in diesem Sinne fortfahren.

Ferner soll die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtige Grenze hinaus verlängert werden.

Das kann im Wege der Verordnung geschehen. Es wird weiter zu prüfen sein, ob rücksichtsloser Entlassung älterer Angestellter wirksam gesteuert werden kann.

Im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen wird zu erwägen sein, wie die Reichsversicherung einfacher, wirtschaftlicher und infolgedessen ertragsfähiger gemacht werden kann. Dabei kommt ein Abbau der Sachleistungen oder eine Beschränkung der Selbstverwaltung nicht in Betracht. Es wird sogar zu prüfen sein, ob und inwieweit die Ersparnisse im Versicherungsbetriebe durch verstärkte Sachleistungen den Versicherten und ihren Angehörigen wieder gutgebracht werden müssen. Namentlich werden die Versicherungsträger sich noch schärfer als bisher auf vorbeugende und verhütende Maßnahmen einstellen können, insbesondere auf die Bekämpfung von Volkskrankheiten und den Schutz gegen Arbeitsunfälle. Auch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf noch nicht versicherte Berufskrankheiten dient dieser Aufgabe. Eine Verordnung wird das Verzeichnis der Berufskrankheiten, die für die Entschädigung den Arbeitsunfällen gleichstehen, auf Grund eines Gutachtens des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erweitern. Der Reichstag erhält sofort den schon vom Reichsrate verabschiedeten Gesetzentwurf über Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Betriebe.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt, die schon zu erfreulichen und bedeutsamen Ergebnissen für die deutsche wie auch die internationale Sozialpolitik geführt hat, wird fortgesetzt werden. Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu bessern entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. (Allgemeine Zustimmung.) In gleicher Weise wird die Regierung bestrebt sein, die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der Notleidenden auf das beste auszubauen und die Rechte der Hilfsbedürftigen zu stärken. Sie wird auch fernerhin die segensreichen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege fördern.

Die Wohnungsnot beeinträchtigt nach wie vor die Gesundung unseres Volkslebens. Der Erhaltung des Altwohnraumes und dem Bau neuer Wohnungen wird die Regierung ihre besondere Sorge zuwenden und dabei dem Bedürfnis der unbemittelten und minderbemittelten wohnungslosen Volkskreise, vor allem der neu begründeten und der kinderreichen Familien sowie der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vorzugsweise Rechnung tragen. Darüber hinaus sind auch andere Maßnahmen zur Erleichterung der Lasten kinderreicher Familien zu treffen.

Bei der Schaffung neuen Wohnraumes wird sie darauf hinwirken, daß durch eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Wohnungsbaumittel die Neubaumieten auf einer erträglichen Höhe gehalten werden. Einem ungerechtfertigten Ansteigen der Bodenpreise wird sie ebenso entgegentreten wie sonstigen unberechtigten Gewinnen. Sie wird die Bestrebungen fördern, durch rationellere Gestaltung des Bauwesens die Baukosten zu senken. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaues sollen alle Kräfte der gemeinnützigen wie der privaten Bauwirtschaft herangezogen werden. Da der Wohnungsbau als produktiv gilt, wird es ohne Bedenken sein, bei dringendem Bedarf Mittel im Wege der Anleihe aufzubringen, soweit es die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und die Lage am Kapitalmarkt gestalten.

Eine fruchtbare Arbeit auf dem Gebiete der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nur möglich auf dem Fundament eines festen Staatsgefüges, dessen Grundlage unsere Weimarer Verfassung ist. Es ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, auf dieser Grundlage **die Reichsverfassung im demokratischen Sinne auszubauen und für die Ehrung und Achtung der Republik und ihrer Symbole einzutreten.**

Sie wird die vom Reichsrat beschlossene Initiativvorlage über den Verfassungstag unverzüglich beim Reichstag einbringen.

Es ist selbstverständlich, daß sie die Verfassung gegen jeden gesetzwidrigen Angriff, gleichviel von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen wird. Im Anschluß an die bereits vom früheren Reichstag angenommene Entschließung über eine Höchstgrenze der Ruhegehälter werden die Wiederherstellung einer solchen Höchstgrenze und die damit zusammenhängenden Fragen geprüft werden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung einer Regelung der Rechtsverhältnisse der Minister und der Schaffung eines neuen Reichsbeamtenrechts zuwenden.

Die Wahlreform wird die Reichsregierung ebenfalls erneut in Angriff nehmen. Es wird Aufgabe dieser Reform sein, das verfassungsmäßig festgelegte System der Verhältniswahl aufrecht zu erhalten, aber zugleich eine engere Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sicherzustellen.

Auf dem Gebiete der Schulpolitik harren die in der Reichsverfassung vorgesehenen reichsgesetzlichen Regelungen noch der Lösung. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, das öffentliche Schulwesen organisch und sozial auszugestalten mit dem Ziele, alle Schichten des Volkes einen gleichen Anteil am deutschen Kulturgut zu sichern. Es wird ferner ihre Aufgabe sein, die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Hebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anzustreben. Dabei ist die Stellung der Schule als eines der Staatshoheit unterstehenden Organismus, dessen Aufbau und Gliederung auf den Bestimmungen der Reichsverfassung beruht, das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts und die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit unter Berücksichtigung der Elternrechte zu wahren.

Die Wehrmacht der Deutschen Republik wird ihre Aufgaben nur dann wirksam erfüllen können, wenn sie im Volke wurzelt und vom Vertrauen aller Bevölkerungsschichten getragen wird. Dieses Vertrauen wird sie sich am besten durch pflichttreue Arbeit und eine rein vaterländische und überparteiliche Einstellung erwerben und erhalten. Die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt, daß sie eine treue und unbedingt zuverlässige Stütze der Republik ist, wird dafür sorgen, daß die Wehrmacht im Rahmen ihrer Aufgaben, der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet wird.

Das große Gesetzgebungswerk der Strafrechtsreform hat der Reichstag in der vorigen Wahlperiode nicht mehr zum Abschluß bringen können. Durch das Ueberleitungsgesetz ist dem Hohen Hause die Möglichkeit gegeben, diese wichtige Aufgabe alsbald wieder in Angriff zu nehmen. Gewiß haben die Beschlüsse des Strafrechtsausschusses keine bindende Kraft; auch die Reichsregierung muß sich vorbehalten, zu den Einzelheiten dieser Beschlüsse selbständig Stellung zu nehmen. Namentlich wird bei dieser Gelegenheit die Frage der Beseitigung der Todesstrafe zu entscheiden sein.

Schon jetzt aber wird die Reichsregierung bei den Landesregierungen anregen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden.

Dem Reichstage liegen bereits mehrere Initiativanträge vor, die sich mit der Frage einer Amnestie für politische Straftaten befassen. (Zurufe bei den Kommunisten.) Die Anträge gehen von der Erwägung aus, daß für eine Anzahl von Delikten, die in Zeiten tiefgehender politischer Erregung aus politischen Beweggründen begangen sind, und die zum Teil auf die Nöte der Inflationszeit zurückzuführen sind, der Zeitpunkt für einen Verzicht des Staates auf weitere Strafverfolgung gekommen sei. Die Reichsregierung hofft, daß sich das Hohe Haus bei der bereits begonnenen Beratung der Amnestieanträge über Umfang, Art und Grenzen der Amnestie verständigen wird und legt in Uebereinstimmung mit dem Hohen Hause besonderen Wert darauf, daß durch eine beschleunigte Behandlung der Anträge die gesetzgeberische Lösung der Aufgabe noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zum Abschluß gelangt.

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird die Reichsregierung ihr Augenmerk der Frage zuwenden, inwieweit die drückende Steuerlast, die insbesondere auf den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung liegt, eine Erleichterung erfahren. Dadurch würde zugleich die Sparfähigkeit gestärkt und die Kapitalbildung im Innern gefördert werden. Die Beantwortung dieser Frage ist selbstverständlich abhängig von der weiteren Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Beurteilung der Lage der Reichsfinanzen. Es wird zu prüfen bleiben, ob auf dem Gebiete der Einkommensteuer unter diesen Voraussetzungen eine mäßige Senkung des Tarifs in den unteren und mittleren Stufen durchführbar erscheint. Die Prüfung ist freilich davon abhängig, daß zunächst noch die weitere Entwicklung der Gesamtverhältnisse abgewartet wird. Erst im Herbst wird die Möglichkeit sein, sich ein Urteil hierüber zu bilden. Vordringlich erscheint die Frage, wieweit bei den Einkommen bis zu 8000 Mark, sei es, daß sie dem Lohnabzug unterliegen, sei es, daß sie veranlagt werden, eine Erleichterung angestrebt werden soll angesichts der Tatsache, daß das Einkommen an Lohnsteuer in den vergangenen Monaten des Rechnungsjahres Beträge erreicht hat, die eine Ueberschreitung der gesetzlich festgelegten Höchstsumme erwarten lassen. Es scheint ferner geboten, nunmehr das gesetzlich gegebene Versprechen einzulösen, den Teil der Vermögenssteuer nachzuerheben, der in Höhe von 40 Millionen Mark gegenüber dem Etatsoll des Rechnungsjahres 1926 ausgefallen ist. Der Entwurf des Gesetzes zur Durchführung dieser Nacherhebung ist bereits von der vorigen Regierung dem Reichsrat vorgelegt worden. Er wird nunmehr dort zu verabschieden sein und sodann dem Reichstag zugehen.

Was die Finanzgebarung anlangt, so kann nach dem bisherigen Ergebnis der abgelaufenen Monate des Rechnungsjahres erwartet werden, daß Steuern und Verwaltungs-Einnahmen, die im Haushaltsgesetz 1928 angesetzten Beträge im wesentlichen erreichen werden, wenn nicht unerwartete Veränderungen in der Wirtschaftslage eintreten. Da auf der anderen Seite mit Mehreinnahmen nicht gerechnet werden kann, so ist sparsamste Haushaltsführung unbedingtes Erfordernis, um jede Gefährdung des Gleichgewichts unserer Finanzen, die unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben muß, zu vermeiden. Nach wie vor bildet die Höhe des Extraordinariums und des sich daraus ergebenden Anleihebedarfs — trotz der in dieser Beziehung in der letzten Zeit erreichten Fortschritte — einen Gegenstand ernster Sorge. Auch die gegenwärtige Reichsregierung wird die Bemühungen, hier die Lage zu bessern, mit allem Nachdruck fortsetzen. Sie betrachtet es angesichts der im nächsten Jahre steigenden Ausgaben und des Wegfalls mehrerer in diesem Jahre noch fließender Einnahmen als ihre Pflicht, alles daran zu setzen, um die Ordnung unserer Finanzen vor Rückschlägen zu sichern.

Die Reichsregierung stimmt im übrigen mit der Länderkonferenz und der Gesamtheit des Volkes darin überein, daß die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf.

Die Ihnen unterbreitete Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts zeigt Ihnen, daß wir den ernsten und aufrichtigen Willen haben, mit allen uns gegebenen Kräften die uns übertragene schwere Aufgabe zu lösen. Das eingehende Programm, das wir uns gesetzt haben, kann aber nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn die Aera der Krisen beendet und wenn die politische Lage so gesichert und fest ist, daß die ganze Kraft der Reichsregierung sich auf die Erledigung der ihr obliegenden Aufgaben konzentrieren kann. Das ist der einmütige Wunsch unseres Volkes und entspricht dem Willen des Reichskabinetts. Die Regierung nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaues in Anspruch und vertraut darauf, daß die Mehrheit dieses Hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifallskundgebungen der Sozialdemokraten und der Mittelparteien, wiederholt auch durch höhnische Zurufe der Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen. Präsident Löbe ruft schließlich den Abg. Torgler (Komm.) wegen fortgesetzter Unterbrechungen zur Ordnung. — Am Schluß der einstündigen Rede des Reichskanzlers kommen von den Sozialdemokraten und den Mittelparteien lebhafte Beifallskundgebungen.

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagt der Reichstag um 4,15 Uhr die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch, 12 Uhr.

* * *

Berlin, 3. Juli. (Eigener Bericht.) Hermann Müllers Kanzlerrede ist von einem nüchternen Optimismus getragen. Entschiedene soziale und politische Reformen — das ist sein Bekenntnis und seine Forderung. Immer wieder arbeitet er in seinem langen und gründlichen Vortrag soziale, wirtschafts- und finanzpolitische Reformpläne heraus.

Fünf Parteien sind an der Regierung beteiligt. Fünf pragramatisch stark geschiedene Strömungen machen ihren Einfluß auf die Führung der Reichsgeschäfte geltend. Nur vollendete politische Verständnislosigkeit könnte erwarten, daß eine solche Regierung Erklärungen von einem Guß und von festen und klaren Versprechungen abgibt. Daß die unzweifelhaften Gegensätze in diesem Kabinett wie in jeder Regierung mit Koalitionscharakter auf so manchem Gebiete vorsichtiges Tasten, Prüfen und Ringen notwendig machen, wird jeder begreifen. Manche Formulierung im Regierungsprogramm ließ diese Schwierigkeiten naturgemäß erkennen.

Trotzdem ist es unserem Reichskanzler gelungen, die von den republikanischen und sozialistischen Wählermassen geforderte Linksschwenkung schon in der Programmrede deutlich zu machen. Das gilt, was vielleicht am wenigsten zu erwarten war, sogar für die Außenpolitik. Niemals ist in den letzten fünf Jahren so entschieden und eindeutig das politische und wirtschaftlich einige Europa, ist so radikal das Abtragen der Zollmauern von einer Regierungsbank in irgendeinem Staate unseres Kontinents gefordert worden, wie diesmal von Hermann Müller. Selbstverständlich waren diese Erklärungen verbunden mit dem Rufe nach der vollen Gleichberechtigung Deutschlands. Die Rechte des Hauses hätte, wenn sie dessen fähig wäre, aus diesen Partien der Rede lernen können, wie man entschlossene Selbstbehauptung der Nation mit dem Willen zur Verständigung verbindet. **Wir erinnern uns nicht, daß eine der deutschnational beeinflußten Reichsregierungen so entschiedene Worte für die Befreiung des Rheins und der Saar über die Westgrenzen gerufen hätte, wie die von einem sozialdemokratischen Kanzler geführte.**

Das innerpolitische Programm war sehr reichhaltig. Die großen Klassengegensätze klangen in der Ankündigung einer stärkeren Machtstellung des Staates gegen die großen Kartelle und Privatmonopole an. Die wichtigen Produktivkräfte im Mittelstand und in der Landwirtschaft erhielten volle Würdi-

---

Karl und Anna.

Von Leonhard Frank.

(Copyright 1926 by Ullstein A.-G., Berlin.)

16] (Nachdruck verboten.)

Nur eine ganz ungewöhnliche Lustigkeit, fluktuierend, unfaßbar und flaumleicht, umflatterte seine Sicherheit und Gewichtigkeit wie ein Schmetterling einen Elefanten.

Der Weg war weit. Straßenbahnen fuhren in diesen Tagen nicht. Karls Weg von der Fabrik zum Dreihofhaus war noch um ein Drittel weiter. Aber er schritt scharf aus und hatte gesunde Beine.

Anna hatte das Essen schon auf den Tisch gestellt, sie ging hinunter, um noch Brot zu holen. Immer gegen Abend, wenn sie wußte, daß Karl bald da sein werde, wurde sie ruhig.

Richard wurde eingeholt von einem leeren Kastenwagen, der mit zwei schweren Pferden bespannt und rückwärts offen war. Der Fuhrmann hielt und fragte den hinkenden Heimkehrer, ob er ein Stück mitfahren wolle. Richard krabbelte rückwärts hinein. Die Pferde fielen in langsamen Trab.

Das letzte Stück mußte er gehen. Vor dem Tore standen der Motorschlosser und Marie. Richard betrachtete prüfend das Haus. Vor vier Jahren war es neu gewesen, jetzt sah die Fassade verludert aus.

„Wollen Sie zu jemand im Haus?" fragte der Motorschlosser, und Annas leicht erregbare Freundin blickte ergriffen den struppigen Heimkehrer an, dessen eisernes, triumphierendes Aeußere wuchtig vermischt war mit der ungeheuren Last der Kriegsjahre.

Diese ungewohnte Lustigkeit ließ ihn sagen: „Ja, ja, zu meiner Frau." Und er nannte den Namen. „Sie wohnt doch noch da?"

„Ja, aber . . .", sagte Marie hoffnungslos und wußte nicht weiter.

„. . . aber Frau Anna kann doch auch nur mit einem verheiratet sein und nicht gleich mit zweien", vollendete heiter grinsend ein im Toreingang stehender junger Arbeiter, als Richard schon an ihm vorbei war.

Das sah, wie er im langen Mantel, der die Stiefel streifte, hinkend aufwärts stieg, schmutzverkrustet, ermüdet und doch etwas gebeugt, ja auch so, als wäre er vier Jahre lang durch Einsamkeit und Grauen, Not und Herzensnot allein zu Fuß gewandert, bis hierher.

Anna hörte diesen schweren Hinkeschritt, der klang, als schleppten zwei Männer eine Last treppauf. Sie sah so hell und licht aus, wie Frauen manchmal leuchten, die in Hoffnung sind.

Er hatte nicht geklopft. Die Tür ging auf. Im Rahmen stand ein schwarzer, fremder Mann.

Auch Anna schwieg. Schwieg fragend. Augen starr.

Er hatte mit einem Rundblick die Wohnküche eingenommen. „Nur, Anna, erkennst du mich nicht?"

Sie erkannte ihn nicht. Sie hätte ihn auf der Straße nicht erkannt. Sie wußte, daß er es war, sein mußte. Sie fühlte ihr Blut aus Händen und Füßen aufwärts strömen, fühlte das heiße Rieseln unter der Haut.

Er ging auf sie zu, streckte ihr die Hand hin. Sie legte ihre eisige hinein. Und dann näherte sich mit unvergleichlicher Selbstverständlichkeit ihrem Gesicht ein Haarwald, in dem ein Mund versteckt sein mußte. Ihr Kopf wich von selbst aus.

„Zu verdreckt? Ja, die Reise!" Jetzt erst legte er sein Bündel ab, auf denselben Stuhl wie damals Karl, zog den Mantel aus und hielt ihn, empfindend plötzlich den Gegensatz zwischen dieser dicken, langen Schmutzkruste und dieser blanken Wohnküche, am Kragen ratlos hoch.

Wieder tat er einen Rundblick, in dem das Vorgefühl des Glückes leuchtete, nun leben zu können in dieser wohlig durchwärmten, bequemen, blitzsauberen, herrlichen Wohnküche. Der Rundblick endete bei Anna, da übermannte ihn die Freude. „Nun, du Anna, alte Anna! Hast lange gewartet, hat lange gedauert, und jetzt bist du doch überrascht."

Und sie, die sich tausendmal vorgenommen hatte, ihm in der ersten Minute gleich alles zu sagen, sie log, indem sie schwieg. Konnte den Mord nicht begehen. Trotz monatelanger Grübelei Tag und Nacht über seine Rückkehr, wurde sie erst angesichts der Wirklichkeit bis ins Mark getroffen von der ganzen furchtbaren Schwere dessen, was sich ereignet hatte.

Sie hatte die Sprache nicht mehr. Es gab kein Wort, das sie hätte sagen können. Zu kämpfen gab es da nichts mehr. Verdutzt sah er zu, wie sie, erstarrt gleich einer Toten, die zu wandeln beginnt, zur Tür ging und hinaus.

Treppen hinunter, schon durch die Höfe im Laufschritt, Hauptstraße hinunter: Karl entgegen.

Der hatte, da die Trambahn nicht ging, den kürzeren Weg durch die Seitenstraße genommen und bog in die Hauptstraße erst ein, als Anna schon verschwunden war.

Der junge Arbeiter, der gesagt hatte, auch Frau Anna könne nur mit einem verheiratet sein, stand rauchend noch im Eingang und blickte Karl neugierig lächelnd nach. „Was jetzt dabei wohl herauskommen wird", sagte er zu zwei Kameraden, denen er die Geschichte schon erzählt hatte. Ein großer Teil der Bewohner wußte schon, daß ein Soldat angekommen war, der behauptet hatte, Anna sei seine Frau.

Karl eilte weiter und durch den Hof, beobachtet von Nachbarn, die am Fenster standen.

Seit Richards Rückkehr als Schicksal über ihnen hing, lebten sie in einem unrealen Raume, in den niemand und nichts eindringen konnte, und waren einander so verbunden, daß noch die kleinste Handreichung Mitteilung ihrer Liebe wurde.

Ohne je über den Grund nachgedacht zu haben, hatte Karl im ersten Stock immer seinen Schritt gemäßigt. Auch heute stellte sich dadurch wieder das Gefühl ein, daß Anna ihn sehnsüchtig erwarte.

Er öffnete die Tür noch in dem Glauben, daß sie seinen Schritt schon gehört habe und, wie er, gelöst im Innern ihr Gefühl ihm schon entgegentrage.

Der Empfindungswechsel war in seiner Wucht und Plötzlichkeit nur vergleichbar mit dem, den ein Mensch erleben müßte, der sein Zimmer eben verlassen hat, noch einmal umkehrt und beim Wiedereintritt in die Tiefe stürzt, weil jetzt der Fußboden fehlt.

„Du?" sagte Richard verblüfft. Aber seine Ruhe hielt vor. Er ließ das schmutzige Hemd zurückfallen in das geöffnete Bündel. „Daß ich dich wiedersehen würde, und so schnell! . . . Ich bin grad vor drei Minuten angekommen, mußt du wissen . . . Aber setz dich." Er deutete auf den Stuhl. „Oder dort, auf den Diwan!"

Da war etwas, das Karl verhinderte, zu fragen: Wo ist Anna? Er setzte sich. Auf den Diwan.

Immer noch diese kaum sichtbar werdende, vergnügliche Lustigkeit, wie sie nur ein so eiserner, gewichtiger Mann haben kann, der nach unermeßlichem Aufwand vollkommen ungebrochen ein Ziel erreicht hat.

(Schluß folgt.)

gung. Unter den Reformen, die der Kanzler erstrebt, ist wohl die wichtigste vermehrte Kleinsiedlung in den dünn bevölkerten Teilen Deutschlands. Mit hähmischem Lächeln nehmen die Deutschnationalen diesen Teil der Regierungserklärung auf. Verständnisvolle Worte für die Landwirtschaft aus dem Munde eines Sozialdemokraten? Die müssen im deutschnationalen Parteiinteresse verrissen werden. Großes Siedlungsprogramm? Man mobilisiert in Gedanken schon die großagrarischen Kräfte, die Landbundorganisationen, die Hindernisse gegen diese „Gefahren" aufrichten.

Breite und wichtigste Teile der Kanzlerrede gelten dem industriellen Proletariat, den Angestellten, den Beamten, insbesondere auch den älteren immer wieder von der Entlassung bedrohten Arbeitskräften.

Ohne jede Einschränkung bekennt sich die Reichsregierung zum Washingtoner Achtstundentag-Abkommen.

Mit allen Kräften will sie sich für dessen allgemeine Ratifikation einsetzen. Die Senkung der Lohnsteuer wird als besonders vordringlich anerkannt. Zum ersten Male wird von einer Reichsregierung die Beseitigung der Todesstrafe als erstrebenswertes Ziel aufgestellt. Der Wunsch nach einer Amnestie wird ausgesprochen. Die Reichswehr wird als ein Instrument der Republik bezeichnet, das der Parteipolitik entzogen werden müsse. Als Hermann Müller von der Notwendigkeit allgemeiner Sparsamkeit, als er auch von den Grenzen des finanziellen Möglichen für die Reichswehr spricht, dürfte dies wohl auch als eine Mahnung an alle diejenigen gelten, die mit Rüstungsexperimenten für die Marine spielen.

Der Reichskanzler schließt nicht nur mit dem Wunsche, daß eine Reichstagsmehrheit vertrauensvoll hinter der neuen Regierung stehe. Er ruft die Forderung in das Parlament und in das Land, daß die Aera der Krisen beendet sein müsse. Das Volk erwarte eine Regierung von Dauer. Ein Kabinett, das seine ganze Kraft auf die Arbeit vereinen könne.

So ist es. Weil sie dieser Meinung ist, hat die Sozialdemokratie dieser Regierung die Führer gestellt. Zeit und Sicherheit für diese Regierung rupublikanischen und sozialen Aufbaus. Das ist unsere Forderung und unser Wille.

* * *

Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung sind von den einzelnen Fraktionen folgende Abgeordnete bestimmt worden: Für die Deutschnationalen Graf Westarp und Dr. Oberfohren, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, für die Bayerische Volkspartei Leicht, für das Zentrum Dr. Stegerwald, für die Demokraten Dr. Haas und für die Kommunisten Ewert. Die Wirtschaftspartei wird durch den Abgeordneten Drewitz eine Erklärung abgeben lassen.

* * *

Die Kommunistische Reichstagsfraktion wird am Mittwoch als erste Fraktion des Reichstages einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung einbringen.

* * *

Der Reichstag wird vor den Sommerferien nur noch die Amnestiefrage bereinigen. Alle anderen in dem Regierungsprogramm aufgeworfenen Probleme werden voraussichtlich erst im Herbst nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages ihre Erledigung finden.

Was ist mit dem Panzerkreuzer?

Die Erklärung der Reichsregierung nimmt auf den Bau des Panzerkreuzers A keinen Bezug. Nichts ist jedoch unangebrachter, als daraus schlußfolgern zu wollen, daß mit dem Bau als einer vollendeten Tatsache gerechnet werden muß. Die Sozialdemokratie denkt jedenfalls nicht daran, von ihrem bisherigen Standpunkt über den Bau von Panzerkreuzern etwas aufzugeben. Wenn trotzdem die Frage in der Regierungserklärung nicht erwähnt wurde, dann liegt das daran, daß die Angelegenheit demnächst nochmals erörtert und so oder so geklärt werden muß. Auf Wunsch des Reichsrats hat im September eine Nachprüfung darüber stattzufinden, ob der Bau des Panzerkreuzers A mit der Finanzlage des Reiches in Einklang zu bringen ist. Davon hängt es zunächst ab, ob der Reichsrat zu dem Bau überhaupt seine Zustimmung gibt. Bis jetzt steht diese Zustimmung noch aus, so daß mit dem Bau überhaupt noch nicht begonnen werden konnte.

* * *

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hatte anfänglich verlangt, daß mit dem Bau des Panzerkreuzers A sofort begonnen wird und ein entsprechender Passus auch in der Regierungserklärung enthalten ist. Von dieser Auffassung ist sie, wie die Regierungserklärung zeigt, abgegangen.

Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

Die Berliner Presse nimmt ausführlich zur Regierungsbildung Stellung. Der „Vorwärts" schreibt: „Jetzt sollen Sozialdemokraten und Bürgerliche zusammenarbeiten auf lange Sicht. Sollte das Regierungsprogramm verwirklicht werden, dann werden sie die Verantwortung von ihren Wählern tragen können: Friedenspolitik nach außen, republikanische Politik — auch bei der Reichswehr — sozialer Fortschritt auf mancherlei Gebieten, Rückkehr zum Achtstundentag, für die Ratifizierung von Washington, Zollsenkungen, stärkere Beaufsichtigung der Trusts, Kartelle usw. Steuersenkungen bei kleinen und mittleren Einkommen. Fortdauer der Krisenfürsorge, Vereinheitlichung des Arbeitsrechts, Wahlreform, Vereinfachung der Verwaltung, eine Fülle fruchtbarer Gedanken. Wenn das vier Jahre zusammenhält und wenn mit den Ankündigungen ernst gemacht wird, dann wird die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen nicht mit leeren Händen vor die Wähler treten.

Wir haben aber zu fordern, daß ernst gemacht wird. In diesem Programm ist offenbar nichts, was den Minister unerträglich erscheint, sonst stände es nicht drin. Die Sozialdemokratie ist unter Zurückstellung mancher weitergehenden Wünsche zur loyalen Mitarbeit an der Ausführung dieses Programms bereit, und die Massen, die zu ihr stehen, sind politisch genug geschult, um zu verstehen, daß es besser ist, einiges zu verlangen und einiges zu erreichen, als alles zu verlangen und nichts zu erreichen."

Die „Vossische Zeitung" sagt: „Es hat lange gedauert, bis die Regierung durch die Riffe und Klippen der Fraktionen durchgesteuert war. Aber kaum war man im richtigen Fahrwasser, als es doppelt schnell und doppelt reibungslos ging. Das Regierungsprogramm ist kein mühseliges Kompromiß, sondern eine gemeinsame Arbeit von Persönlichkeiten, die aufeinander abgestimmt sind und im wesentlichen übereinstimmen."

Das „Berliner Tageblatt" skizziert die Position der Regierung folgendermaßen: „Die Regierung, die ein solches Programm verkündet und durchführt, ist die Vollstreckerin der Willenserklärung vom 20. Mai. Sie ist, obwohl sie keine Koalitionsregierung im eigentlichen Sinne darstellt, viel stärker konsolidiert als das ihr vorangehende Koalitionskabinett. Die Regierung sollte aus dieser starken Position die Konsequenz ziehen. Die Reichsregierung sollte sich nicht mit einer Billigungserklärung begnügen, sondern ein klares Vertrauensvotum verlangen, dem sich auch die Volkspartei, von einigen Mißverständnissen abgesehen, nicht wird entziehen können."

Der „Berliner Börsenkurier" schreibt, daß die Regierung in Kürze nur zwei Programmpunkte, die Amnestiefrage und die Festlegung des Verfassungstages als Nationalfeiertag zu erledigen gedenke, alle anderen Fragen aber bis zum Herbst zurückstellen wolle und fährt dann fort: „Im Herbst wird das Kabinett Müller soweit sein, daß es einen großen Teil der Gesetzentwürfe, die es angekündigt hat, dem Reichstag wirklich vorlegt. Diese Zurückhaltung ist nicht auf Differenzen im Kabinett zurückzuführen. Es scheint, daß die Regierung den Fraktionen, die sich während der Krisentage voneinander verbarrikadiert hatten, Gelegenheit geben wollte, sich zu einer gemeinsamen Arbeit zusammenzufinden. Daß diese Einigung im Herbst erfolgt und der fraktionsmäßige Unterbau für die Große Koalition geschaffen wird, bezweifelt im Reichstag niemand.

Die „Germania" sagt am Schluß eines längeren Leitartikels: „Das Debut war nicht schlecht. Mögen auch hier und da Schönheitsfehler sein, die Linie weist im allgemeinen einen geraden Weg nach vorwärts in die Zukunft. Jedenfalls hat Hermann Müller sich von Einseitigkeiten freigehalten und kein Parteiprogramm entwickelt. Wir wollen nicht skeptisch sein, aber wir wollen auch nicht in Begeisterung überfließen. Gerade von diesem Kabinett muß die ausgleichende Mitte gesucht und, was die Hauptsache ist, dauernd gehalten werden."

Um die Amnestie.

Berlin, 3. Juli. (Eigener Bericht.) Die Führer der Reichstagsfraktionen und deren juristische Sachberater traten am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers Koch zur Beratung der Amnestiefrage zusammen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt, da bisher eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Die Sozialdemokratie lehnt es nach wie vor ab, zu einer völligen Amnestierung der Fememörder ihre Zustimmung zu geben, während andere Fraktionen auch die sofortige Haftentlassung dieser Verbrecher wünschen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag einen Bericht über die Amnestieverhandlungen entgegen und billigte die Stellungnahme ihrer Unterhändler.

* *

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat am Dienstag nach dem Plenum zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er wählte zum Vorsitzenden den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kahl, zu seinem Stellvertreter den Abgeordneten Landsberg (Soz.). Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstag vormittag statt. Man hofft dann in die sachliche Beratung der Amnestiefrage eintreten zu können.

Die Verblendung der deutschen Heeresleitung im Weltkrieg.

Sensationelle Enthüllungen über deutsche Pläne zur Verletzung der holländischen Neutralität.

Die Frage, ob im Weltkriege zeitweilig auch die niederländische Neutralität von deutscher Seite aus gefährdet war, ist durch eine Veröffentlichung des Haager Nationalbüros für Dokumentierung, die sich auf die Belgische Revue der Bücher, Dokumente und Archive des großen Krieges stützt, wieder aktuell geworden. Aus ihr ergibt sich folgendes:

Der für die Beurteilung dieser Frage in Betracht kommende Teil dieser Publikationen beginnt mit dem 1. Februar 1917, wo der verschärfte Unterseebootkrieg einsetzte und von deutscher Seite eine englische Landung im holländischen Scheldegebiet befürchtet wurde, da dadurch die Ubootnester Ostende und Zeebrügge am leichtesten ausgenommen werden konnten. Unter diesem Gesichtspunkte wurde von deutscher Seite der Plan eines sogenannten Präventiveinfalles in Niederländisch-Zeeland ins Auge gefaßt, und die vorbereitenden Maßnahmen wurden nach aufgefundenen Plänen bereits am 28. Februar 1917 getroffen.

In Antwerpen fand man nach dem Abmarsch der deutschen Truppen ein Dokument, das Eventualfall K hieß und aus dem nicht nur dieser Plan hervorging, sondern auch entnommen werden konnte, daß der ursprüngliche Feldzugsplan Schlieffen nicht nur die Verletzung der belgischen, sondern auch die der holländischen Neutralität vorgesehen hatte. Nach dem umgearbeiteten Eventualfall K aus dem Jahre 1917 sollte eine sogenannte deutsche Scheldedivision eventuell aus Antwerpen über die Schelde zur Südfront von Oestlich-Süd-Beveland geführt werden, um dort an verschiedenen Punkten von Bath bis Oud-Vallanisse zu landen. Die weiteren Operationen wären von dem Verhalten Niederlands abhängig gewesen. Die Scheldedivision sollte aus einem Armeekorps aus drei Divisionen bestehen.

Dem Aktenstück Eventualfall K war in den nachgelassenen Papieren eine Kartei beigefügt, die eine ganze Reihe Verteidigungsanlagen für den Fall eines Angriffes auf die holländische Schelde vorsah. Die Gruppe K wurde sodann gemäß den Befehlen des Armee-Ober-Kommandos 4 — 1a, Nr. 387/5 und 379/5 geheim vom 22. Mai 1917 gebildet. Der Generalstab des XIV. Reserve-Armeekorps wurde an die Spitze der beiden Infanteriedivisionen gesetzt, die sich in der Umgegend von Brügge und Gent befanden (3. und 80. Reservedivision), sowie der 2. Kavalleriedivision. Er sollte die Hollandstellung, soweit sie sich in der Etappenzone befand, konstruieren. Die Bewachungstruppen der Gruppe Nord an der Grenze wurden seinem Befehl unterstellt. Der Name der Gruppe K wurde dann in Gruppe Gent geändert. Fünf Divisionen Brückentrain waren der Gruppe zugeteilt.

Für den deutschen Operationsplan in Zeeland stand ein vollständiges aufgefundenes Kartensystem zur Verfügung, Maßstab 1 : 200 000, herausgegeben von der Vermessungsabteilung Nr. 1 beim Armee-Oberkommando 4 im Januar 1917. Die Operationen sollten durch fünf Kolonnen bewerkstelligt werden. Das Marinekorps als erste Kolonne sollte einen Handstreich auf Cadzand unternehmen, die zweite Kolonne über Moerkerke, Middelburg und Breskens marschieren, die dritte und vierte Kolonne in mehreren Abteilungen verschiedene Grenzplätze besetzen, die fünfte Kolonne der Eisenbahn Bergen-op-Zoom bis Goes folgen.

Es würde zu weit führen, allen strategischen Einzelheiten dieses auf zahlreiche glaubwürdige Unterlagen gestützten Planes zu folgen.

Die Tatsache steht jedoch historisch fest, daß die deutsche Heeresleitung auch vor einem Einfall in das neutrale Holland nicht zurückgeschreckt wäre, wenn nur die Lage an der eigentlichen Westfront günstiger gewesen wäre und der Kampf dort nicht zuviele Menschen gefordert hätte, sodaß nach weiteren Briefwechseln lediglich übermüdete Truppenteile für diesen neuen Neutralitätsbruch zur Verfügung gestanden hätten.

Ein solcher Schritt würde selbstverständlich die deutsche Lage noch weiter verschlechtert, den Frieden noch ungünstiger gestaltet haben. Alles das übersahen die deutschen militärischen Machthaber in ihrer grenzenlosen Verblendung in den Tagen der Höhen- und großen Wendepunkte des Weltkrieges nicht. Auch hier kann man nur wieder feststellen, daß niemals so beispiellos leichtsinnig Politik getrieben wurde wie in jenen furchtbaren Schicksalstagen, als die Stammväter der heutigen Deutschnationalen sich bereits für die Herren von Europa hielten.

Die Beratung der Sicherheitskommission.

Genf, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Sicherheitskommission des Völkerbundes nahm am Dienstag die textlich nicht unerheblich veränderten textlichen drei Modellverträge in zweiter Lesung an. Es handelt sich um einen Kollektivvertrag für gegenseitige Unterstützung und um einen mehrseitigen sowie einen zweiseitigen Nichtangriffsvertrag. Ferner wurden die dazu gehörigen Resolutionen und Einleitungen angenommen. Die Serben und die Polen erklärten, wie erwartet, daß sie auch fernerhin versuchen würden, in die Sicherheitsverträge eine besondere militärische Unterstützungsklausel hineinzubringen. Paul Boncour gab der Meinung Ausdruck, daß die Modellverträge an sich erlaubten, eine bindende Formel für militärische Hilfe bei einem flagranten Angriff einzufügen. Die Türken legten ihren Standpunkt gleichfalls in einer Erklärung dar. Sie bedauern darin, daß der Begriff der Neutralität in den Modellverträgen keine Aufnahme gefunden hat und sprechen sich für ein allgemeines Schiedsgerichtsverfahren für alle Konflikte aus. Die Sicherheitskommission wird ihre Arbeiten am Mittwoch beenden.

Deutschnationale Korruption.

Stuttgart, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein Vorspiel zu dem großen Prozeß, der Ende Juli gegen die deutschnationalen Vorstandsmitglieder der Stuttgarter Handwerkskammer beginnen wird, war die Verhandlung gegen Oskar Wolff, den Sohn und Geschäftsteilhaber des Kammerpräsidenten und Friseur-Obermeisters Wilhelm Wolff, wegen einer großen Zahl von Wechselfälschungen. Es stellte sich in der Verhandlung heraus, daß der junge Mann in der kurzen Zeit von 8 Monaten nicht weniger als 125 Wechsel in einem Gesamtbetrage von über 50 000 Mark gefälscht hatte. Obwohl die Fälschungen zugunsten des gemeinsam mit dem Vater betriebenen Geschäfts erfolgt waren, aus dem auch der letztere seinen Unterhalt bezog, und obwohl die Fälschungen zum Teil erst in der Zeit erfolgten, in der Wolff-Vater schon wegen der bekannten ehrenrührigen Beschuldigungen aus dem Präsidium der Handwerkskammer hatte ausscheiden müssen, behauptete der Sohn dennoch, daß der Vater nichts von den Fälschungen gewußt hätte. Das Gericht war so entgegenkommend, ihm dies zu glauben, denn es dehnte nicht nur die Anklage auf den Vater aus, sondern es verzichtete sogar darauf, ihn auch nur als Zeugen zu vernehmen.

So seltsam schon dieses Verfahren war, so merkwürdig mußte auch das auffallend milde Urteil berühren, das vom Gericht ausgesprochen wurde. Das Gericht bestrafte den Angeklagten, obwohl es die Vielheit der Wechselfälschungen auf einem nicht geringfügigen verbrecherischen Drang zurückführte, zu nur 8 Monaten Gefängnis, wovon 5 Monate der Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Der Termin der Kommunalwahlen.

Die preußische Regierung wird den Regierungsparteien als Wahltag für die Kommunalwahlen, die Kreis- und Provinziallandtagswahlen den 2. Dezember in Vorschlag bringen. Es ist anzunehmen, daß die Regierungsparteien sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklären.

Der neue Vorstand der SPD.-Fraktion.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte am Dienstag anstelle ihres bisherigen Vorsitzenden Hermann Müller-Franken, dem der Dank der Fraktion für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender ausgesprochen wurde, einstimmig die Abgeordneten Breitscheid, Dittmann und Wels zu geschäftsführenden Vorsitzenden.

In der politischen Debatte werden die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser als Vertreter der Fraktion sprechen.

Die P. P. S. gegen Pilsudski.

Warschau, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Parlamentsfraktion der polnischen Sozialisten hat sich am Dienstag mit der gegenwärtigen politischen Lage befaßt. In der hierzu angenommenen Entschließung heißt es, die letzten Erklärungen Pilsudskis seien nichts anderes als eine offene Bedrohung der polnischen Verfassung, auf die Pilsudski erst vor wenigen Tagen vereidigt wurde. Die Sozialistische Partei erachte es aber als unter ihrer Würde, auf die unerhörten Schmähungen gegen das Parlament einzugehen. Pilsudskis Absichten liefen darauf hinaus, einen neuen Staatsstreich zu begehen. Die Sozialisten würden jedoch die Demokratie mit allen Mitteln und bis zum Aeußersten verteidigen.

Der sozialistische „Robotnik" ist am Dienstag wegen der Veröffentlichung der von der sozialistischen Sejmfraktion angenommenen Resolution und wegen eines Kommentars des Abgeordneten Niedialkowski zu dieser Entschließung beschlagnahmt worden.

Venizelos wieder an der Macht.

Athen, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der griechischen Republikaner Venizelos ist am Dienstag von dem Staatspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden. Venizelos beabsichtigt, seine Verhandlungen mit den Parteien bereits am Mittwoch abzuschließen und dem Staatspräsidenten eine endgültige Ministerliste zu unterbreiten. Auf welcher Basis das neue Kabinett gebildet ist, ist bisher unbekannt.

Neue Kämpfe in Mexiko.

Mexiko-City, 4. Juli. (Eigener Funkbericht.) In verschiedenen Teilen des Landes ist es zu neuen Kämpfen der Regierungstruppen mit den Rebellen gekommen. Bei Santa Isabell und Cruza in der Nähe von Jalisai wurden 300 Aufständische in zwei Gefechten geschlagen. Sie verloren 30 Tote, darunter ihre beiden Führer. Bei Apulta gelang es unter schweren Verlusten der Regierungstruppen die Rebellenmassen zu zersprengen. Die Rebellen verloren 37 Tote und 6 Gefangene. Bei Redeon im Queretaro-Staat erlitten die Rebellen ebenfalls eine entscheidende Niederlage und verloren dort 27 Tote und 10 Gefangene.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied nach kurzem, schwerem Leiden heute morgen 2¼ Uhr im besten Mannesalter von 41 Jahren mein inniggeliebter Mann, unser treusorgender Vatel, Sohn und Schwiegersohn, unser herzensguter Bruder, Schwager, Onkel und Vetter, der

Brauereibesitzer

Erich Vogel

Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen in tiefstem Schmerze an

Breslau 1, den 3. Juli 1928 6510
Reuschestraße 28

Berta Vogel, geb. Riedel.

Beerdigung: Freitag, den 6. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle II (Gierthsche) des Gräbschener Friedhofes. Von Beileidbesuchen bitte ich herzlich dankend abzusehen.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief heute nacht unser hochverehrter Chef, Herr Brauereibesitzer

Erich Vogel

Er war uns ein hervorragendes, schaffensfreudiges Vorbild und im Verkehr uns gegenüber stets gerecht, so daß wir ihm ein dauerndes herzliches Gedenken bewahren werden.

Breslau, den 3. Juli 1928. 6509

Das gesamte Personal der Brauerei „Zum großen Meerschiff".

Am 2. Juli, nachm. 3½ Uhr, verschied nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, mein innigstgeliebter Mann, unser lieber guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Cousin, der Lackierer 680

Paul Torke

im Alter von 31 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Johanna Torke, geb. Wilde
nebst Anverwandten.

Die Einäscherung findet Sonnabend, 7. Juli, vorm. 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

Am 2. Juli verschied unser Mitglied, der Lackierer

Paul Torke

im Alter von 31 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.

Einäscherung: Sonnabend, den 7. Juli, vormittags 11 Uhr, im Krematorium zu Gräbschen 2540
Trauerhaus: Paradiesstraße 21. **Distrikt 28.**

Am 2. Juli, vorm. 1 Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater, der frühere Eisendreher

Robert Bäsche

im Alter von 61 Jahren 8 Monaten.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Anna Bäsche, geb. Krebs
als Gattin

Willi Bäsche
als Sohn.

679

Beerdigung: Donnerstag, den 5. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Parkus-Friedhofes, Cosel

---

Zentralverband der Zimmerer.

Am 1. Juli verschied unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer

Ernst Broeckel

im Alter von 69 Jahren. 2533

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle 2, Tor 6, des Gräbschener Friedhofes

---

Wir sind Leser der Volkswacht

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht inserieren. Sagt das beim Einkauf, Ihr nützt uns und damit Euch selbst.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 6158
Tel. 56366

Mittwoch 20 Uhr:
Die singende Venus.
Donnerstag 20 Uhr:
Der Zarewitsch.
Freitag 20 Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Sonnabend 20 Uhr:
Zum 1. Male:
Evelyne
Musik von
Bruno Granichstaedten.
Sonntag u. täglich 20 Uhr:
Evelyne.

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der ungeheure Erfolg bei Publikum u. Presse
Die 16998
große Revue
Große Kleinigkeiten
in 30 Bildern mit dem unerreichten Revueensemble, den großen Attraktionen und den
Elite-Girls
Der größte Revue-Erfolg d. Jahres 1928
Preise ab 1.00 Mk.

Gewinner gesucht!
Am 27. Juni fiel wieder der 4. Hauptgewinn der Wartburg-Geld-Lotterie auf Nr. 135 258 für die Arndt-Kollekte

Volkswohl-Lotterie Alle Gewinne 90% Bar!
Ziehung vom 6. bis 11. Juli
39362 Gewinne und 2 Prämien
400000
Höchstgew. auf 1 Doppellos 150000
1 Einzellos 75000
100000
50000
40000
20000
Höchstgewinne
Lose 1 M., Doppellose 2 M.
Besonders zu empfehlen **Glücksbriefe** 5 Lose 5 M. 10 Lose 10 M.
Porto und Liste 35 Pfennig extra
Versand geg. bar. Briefmarken u. auch geg. Nachnahme
Arndt Lotterie-Bank • Breslau V Eckhaus Tauentzienplatz 1 Postscheckkto.: Breslau 2571
Für Odertor und Scheitnig: Oneisenau-Drogerie, Gneisenauplatz 4, erhältlich.

Haselbach

eröffnet ein neues Restaurant nach amerikanischem Muster 11000

Möbel
zu billigen Preisen auf bequemste
Teilzahlung
Gegründet 1898.
Hübner
Renschestraße 2

Motorrad-Anzüge
wasserdicht, 13.— 16.— 19.—
Lederjacken
für Damen und Herren
38.— 49.— 59.—
Windjacken 6102
Lüsterjacken
7.— 9.— 11.—
Anzugstoffe zu Spottpreisen
Lombard- und Warenhaus
Louis Hamburger
26 Gartenstraße 26
gegenüber der Markthalle

Krampfadergeschwüre, Wunden aller Art, Flechten, Hämorrhoiden, Hautjucken 6076
heilt sicher und schnell
Heil- und Kühlsalbe
hautbildend, schmerzlindernd
Hygiea-Apotheke
Breslau, Tauentzienstr. 91, Ecke Grünstraße.

Gute Taschenuhren
von 18.00 Mark an.
Gute Armbanduhren
von 14.00 Mark an.
Preiswerte 600.-
Ohrringe · Ringe
sowie alle Goldwaren kauft man bei
Lewy, Graupenstr. 6/10

Für Klischees
und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.
Verlag der Volkswacht

Mondschein-Promenadenfahrten
bis auf die Höhe von Jungfernsee
finden an allen Wochentagen statt, ohne Aussteigen zurück bis Breslau, Ohlau-Ufer
Abfahrt 8 Uhr abends ab Ohlau-Ufer. Ankunft in Breslau gegen 11 Uhr abends. Preis Mk. 1.—
Tel. 55174 11360 **Rudolf Kattein**

Gesellschaftshaus Bergkeller
Klotschkaustraße 33.
6508
Mittwoch, den 4. Juli
Verkehrter Ball
Sonntag, den 8. Juli
Gartenfreikonzert
sowie großer Touren- und Schleifentanz

Bräuers Festsäle
Gabitzstraße 22 Inh.: Paul Graeser
Heute Mittwoch: 6705
Verkehrter Nelkenball
Jeder Besucher erhält eine Nelke

Gesellschaftshaus „Goldener Anker"
Ende Lohestraße Tel. St. 33590
3 Minuten von der Endstation der Linie 16
Jeden Mittwoch: **Gr. Gesellschaftstanz**
Damen wochentags Tanz frei! P. Langer.

Teppiche
denkbar größte Auswahl und ständig Gelegenheitskäufe bei
W. Quintern & Co.
Taschenstraße 10a (Liebichshöhe).

Parteigenossen

besucht unsere Reichsdruckausstellung in unserer Buchhandlung Neue Taschenstraße 11
Eintritt frei!
Augenblicklich ausgestellt:
Dürer — Rembrandt

Konkursmassen-Ausverkauf!

Meseritzer & Co., Damenhutfabrik – Neudorfstr. 18, Fabrikgebäude

Damen-Stroh- u. Filzhüte zu jedem annehmbaren Preise

auch Einzelverkauf

Verkauf 9 bis 3 Uhr 6511 **Der Konkursverwalter**

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 40 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Die Romane des großen sozialen Kritikers

Upton Sinclair

Metropole / 100 % / Nach der Sintflut
/ / / Man nennt mich Zimmermann / / /
Der Liebe Pilgerfahrt / / / / / Wechsler
jeder Band Mk. 2.00

Petroleum . . . . brosch. 4.80, gebd. 7.00
Die goldene Kette . brosch. 2.80, gebd. 4.80
Sumpf . . . . . brosch. 2.80, gebd. 4.80

Das Buch des Lebens
3 Bände in Kassette, statt Mk. 8.00 **3.25**

Gesammelte Romane
5 Bände in Kassette, statt Mk. 35.00 **16.00**

Volkswacht-Buchhandlungen
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5 / Neue Taschenstraße 11 / Flurstraße 4

Arbeitsmarkt

Knaben-Konfektion 6507
Tüchtige Zuschneider(innen)
für die Größen 0—43, auch Waschkonfektion, gesucht.
Paul Schindler, Dorotheengasse 3!

Kunststopferin
f. Kleidungsstücke gesucht
Näheres Inselstraße 6 II. Näherei?

Kaufgesuche

Frauenhaare
kauft Kunath, Hauptbahnhof, Breslau, Schillerstr. 21

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Mietgesuchen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, jetzt 4 Pfennige

Straßenkreuzer, fast neu, für Kut. 65.— zu verk. Wiedermann, Brandenburger Straße Nr. 58, Schs. 2656

Gelegenheitskauf! Herrenbekleidungsgeschäft, neu, Büro, Aufbewahr. poliert, mit Waschteil, zu verk., Mk. 75.—, Tischlerei Eichstraße 29. 2715

Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Reventlow; für die Anzeigen: Max Tokus. — Redaktion: Fränkelplatz 5. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Mittwoch, den 4. Juli 1928.

Wechsel im Breslauer italienischen Konsulat

Der italienische Konsul in Breslau, Professor Chiusano, früherer Pressechef der italienischen Botschaft in Berlin, ist nach der Hauptstadt der Insel Korsika, Ajaccio, versetzt worden. Chiusano besaß als ehemaliger Anhänger Giolittis anfänglich nicht das volle Vertrauen der faschistischen Regierung. Hierin scheint nun eine Wandlung eingetreten zu sein, denn das Konsulat der italienisch sprechenden, politisch aber zu Frankreich gehörenden Insel Korsika hat selbstverständlich eine betont politische Bedeutung. Ueber den Nachfolger Chiusanos ist bisher nichts bekannt.

Bestrafungen wegen Steuerzuwiderhandlungen.

Das Finanzamt Breslau-Nord teilt mit:

Wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steuergesetze, insbesondere wegen Steuerhinterziehung und Nichtbeachtung der Lohnsteuerbestimmungen ist im 2. Vierteljahr 1928 gegen 34 Steuerpflichtige auf Geldstrafen von insgesamt 9154 Reichsmark rechtskräftig erkannt worden. Außerdem sind auf Grund der Strafverfahren erhebliche Beträge an Nachsteuern erhoben worden."

* * *

Wir nehmen diese Mitteilung zur Kenntnis, müssen aber immer wieder zum Ausdruck bringen, daß es von außerordentlich erziehlichem Einfluß wäre, würde man die Namen dieser Steuerdrückeberger der Oeffentlichkeit übergeben.

Bekämpfung der spinalen Kinderlähmung.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Erkrankungen an epidemischer Kinderlähmung eine erhebliche Zunahme erfahren. Während in Preußen in der Kriegszeit und in den ersten Jahren nach dem Kriege die Zahlen der alljährlich bekanntgewordenen Fälle sich zwischen 2 bis 300 im Jahre bewegten, wurden im Jahre 1926 1165 Erkrankungen und 146 Todesfälle und im Jahre 1927 1494 Erkrankungen und 171 Todesfälle gemeldet. Wenn auch die höheren Zahlen zum Teil dadurch bedingt sein mögen, daß infolge der Einführung der Anzeigepflicht mehr Fälle zur Kenntnis der Behörden gelangen, so wird doch hierdurch allein der Anstieg der Krankheit nicht erklärt. Vielmehr stimmen die vorliegenden Berichte darin überein, daß in einer Reihe von Bezirken die Zunahme der sanitätspolizeilich gemeldeten Fälle zum größten Teile auch der Ausdruck einer tatsächlichen Zunahme der Erkrankungen ist.

Erfahrungsgemäß zeigt sich die Häufung der Erkrankungen hauptsächlich im Sommer und Herbst, während im Winter und Frühjahr die Zahl der Erkrankungen zurückgeht. Wenn daher auch in diesem Jahre bis jetzt die Zahl der Erkrankungen sich in mäßigen Grenzen hält, so muß doch im Laufe des Sommers wieder mit einem Anstieg gerechnet werden.

Von besonderer Bedeutung für die Bekämpfung ist die rechtzeitige Erfassung jedes Krankheitsfalles durch die Medizinalbeamten. Leider bietet die epidemische Kinderlähmung häufig recht erhebliche Diagnostische Schwierigkeiten insofern, als das Krankheitsbild im Anfang meist wenig charakteristisch ist und weiterhin häufig Krankheitsfälle beobachtet werden, die abgesehen von katarrhalischen Erscheinungen der Luftwege oder des Magen- und Darmkanals keine wesentlichen Symptome bieten, insbesondere die typischen Lähmungen vermissen lassen. Diese typischen Fälle sind gleichwohl für die Verbreitung von besonderer Bedeutung. Das gleiche gilt für gesunde Personen in der Umgebung der Erkrankten.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht daher der Minister für Volkswohlfahrt in einem Runderlaß die Regierungspräsidenten (den Polizeipräsidenten in Berlin), dafür Sorge zu tragen, daß sofort bei dem ersten Auftreten der epidemischen Kinderlähmung die Ratschläge an Aerzte für die Bekämpfung der epidemischen Kinderlähmung zur Verteilung gelangen und daß die Medizinalbeamten schon jetzt in Aerztevereinen oder bei sonst sich bietender Gelegenheit die Aerzteschaft über die Krankheit nach Möglichkeit aufklären. Bei gehäuftem Auftreten der Krankheit ersucht der Minister, ihm sofort zu berichten.

Der Kachelofen!

Seit vielen Jahren liegen sich die Kachelofenfirmen mit den Mächtigen der Zentralheizungsindustrie in den Haaren. Jede der beiden Gegner (allerdings nur äußerlich) behauptet von sich, daß sie das beste und rentabelste an Heizungsmöglichkeiten biete und es wird, wie selbstverständlich, alles mögliche unternommen, um die Ware an den Mann zu bringen. Dabei ist nicht zu verkennen, daß das moderne Heizungssystem immer mehr an Boden gewinnt. Nicht nur wegen der Güte und der Rentabilität, sondern weil deren Vertreter kapitalkräftiger sind, setzt eine systematische Reklame der Heizungsindustrie gegen den Kachelofen ein, der die Existenz dieser Heizungsart einmal in Frage stellt. Dagegen versuchen sich nun die Unternehmerkreise aus dem Kachelherstellungs- und Kachelofenbau zu wehren; weniger mit technischen oder sonstigen sachlichen Argumenten, sondern indem sie die sogenannten hohen Löhne der Gehilfenschaft im Kachelofenbau für den Rückgang verantwortlich machen. „Die Löhne sind nicht mehr tragbar, unser Gewerbe hält sie nicht mehr aus. Die Zentralheizung kann bedeutend billiger arbeiten usw. usw." Diese Redensarten sind ja bei konkurrierenden Gewerben durchaus nichts neues. In den Kreisen der Gesellen und Gehilfen macht man sich jedoch auch seine Bilder und redet über diese Dinge, allerdings in anderer Weise. Seit langem strebt die organisierte Gehilfenschaft den Zeitverhältnissen angepaßte Modelle, mit einwandfreiem Ausbaumaterial an. Alle Mühe nach der Richtung hin ist jedoch vergeblich. Weder die Bauherrschaft, noch die Unternehmerschaft im Ofenbau wenden besonderen Geist an, um dieser Frage auf den Grund zu gehen. Zum Beispiel läßt sich bei den Bauten der hiesigen Siedlungs-A.-G., die ja Großabnehmer geworden ist, dies feststellen. Der in der Nachkriegszeit allgemein eingeführte, sehr geschickt aussehende, kleine, niedrige, auf Kachelfüßen stehende sogenannte Biabbeöfen ist ohne weiters gut, wenn — ja wenn er mit gutem Material ausgebaut wird. Muß schon durch die im Ofensetzergewerbe leider eingebürgerte Akkordarbeit besondere Sorgfalt auf die Qualität bei der Herstellung des Ofens gelegt werden, so ist weiter selbstverständliche Voraussetzung, daß der Innenausbau dieses Ofens mit gutem Material ausgeführt wird, und hier wird, auch beim Privatbau als auch durch die Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften, äußerst leichtfertig gehandelt. Es sieht damit in Breslau nicht besser, vielleicht noch schlimmer aus als wo anders. In der Inflationszeit ist namentlich von den Siedlungsgesellschaften Material über Material eingekauft worden, das auf seine Güte meist rechtwenig geprüft wurde, nunmehr aber daliegt und verbraucht werden muß. Anders ist zum Beispiel die Anlieferung solchen schlechten Materials auch bei der hiesigen Siedlungsgesellschaft nicht zu erklären. Anders ist es auch nicht zu erklären, wenn das bisherige Vorstelligwerden der Gehilfenschaft für die Lieferung besseren Ausbaumaterials ergebnislos gewesen ist. Auch von dem Standpunkt der wirklich nicht unbedeutenden Miete in den Siedlungen könnte man eine etwas bessere Aufmerksamkeit gegenüber diesen Dingen verlangen. Um in einem Beispiel die Sache darzustellen, folgendes:

Man bekam früher zu den kleinen Oefen 30 bis 35 Halbsteine und gute dicke poröse Flachwerke geliefert. Heute ist das anders geworden. Jetzt liefert der Unternehmer den Chamotte und der Auftraggeber, in diesem Falle die Siedlung, Flachwerke und Ziegeln. Die Anzahl der Chamotte-Steine ist wesentlich zurückgegangen. Die Unternehmer erklären immer, die geringe Bezahlung, die sie von der Siedlung erhalten, veranlassen sie, damit zu sparen. Wiederum liefert die Siedlung das sonstige Ausbaumaterial in einer Güte, daß man sich als Fachmann sagt, das läßt du lieber liegen, verbaust es nicht und es ist ebenso gut. Anscheinend geht man bei der Lieferung solchen Ausbaumaterials davon aus, „ist der Ofen geschlossen, sieht man ja davon nichts." Funktioniert er nicht so, wie er soll, ist der Gehilfe schuld. Dieser Zustand ist einfach unhaltbar. Der dauernde Hinweis der Gehilfenschaft auf dieses miserable für Heizzwecke völlig unbrauchbare Material blieb entweder unbeantwortet oder wenn Antwort kam, war es eine schöne Geste, ohne daß sich etwas änderte, oder die sehr freundliche Antwort eines Bauführers: „Das geht Sie gar nichts an!" Aber es entsteht doch die Frage, warum soll uns das nichts angehen? Wir gehören genau so zur Wirtschaft und gehören genau so in den Kreis des Heizungsgewerbes wie jeder Unternehmer oder dessen Angestellte. Ja, die Gehilfenschaft leidet sogar an erster Stelle darunter, wenn durch solche Methoden der Kachelofen in Mißkredit gebracht wird. Die Unternehmerschaft im Ofenbau macht sich im Grunde weniger daraus, als sie es nach außen zur Schau trägt. Natürlich hat man ein Interesse an seinem Gewerbe, doch wenn es nicht mehr floriert, dann muß man sich eben auf andere Heizungsarten umstellen. Mit Geld wird alles vermocht und die Arbeiter des Berufes, die das nicht in derselben Weise vermögen, fallen der Arbeitslosenfürsorge und der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last.

Es muß unbedingt verlangt werden, und wir lassen auch nicht nach, darauf hinzuweisen, daß die maßgebenden Instanzen sich mehr dafür interessieren müssen. Wir haben auch als Steuerzahler und Mieter das Recht, für den sauer verdienten Wochenlohn, der auf immer weniger Wochen des Jahres fällt, für die für die Volksgenossen hergestellte Arbeit ein solches Material zu verlangen, daß es jeder Kritik standhält. Es ist eben heute nicht mehr so, daß einige wenige sogenannte Wirtschaftsführer über den Kopf der eigentlich Interessierten hinweg bestimmen, die Bezahlung verlangen und dann, wie es ebenfalls früher war, den lieben Gott einen guten Mann sein lassen. Der Gefeierte ist der Unternehmer, der Auftraggeber, der Betriebsleiter, der Direktor usw. und der Hineingelegte ist der, der sich seinen Stunden-, Wochen- oder Monatslohn in diesen Perioden in wirklich nicht leichter Art verdienen muß.

Baugewerksbund.

Steuerkalender für Juli 1928.

5. Juli: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 16. bis 30. Juni einbehaltenen Beträge. Keine Schonfrist.

10. Juli: Einkommensteuer-Vorauszahlung sowie Körperschaftssteuer-Vorauszahlung in Höhe eines Viertels des im letzten Steuerbescheid angegebenen Betrages. Keine Schonfrist.

10. Juli: Umsatzsteuervoranmeldung und Vorauszahlung für das zweite Vierteljahr 1928. Schonfrist bis 16. Juli.

16. Juli: Industriebelastung. Zweite Rate der Aufbringungszinsen für 1928.

16. Juli: Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer in bisheriger Höhe. Keine Schonfrist.

16. Juli: Letzter Tag für Abgabe der Vermögenssteuererklärung.

20. Juli: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 1. bis 15. Juli 1928 in Abzug gebrachten Beträge. Keine Schonfrist.

Postumbestellungen für die Reisezeit.

Wer beim Aufenthalt am Erholungsort, auf Reisen usw. seine Post rechtzeitig zu erhalten wünscht, darf nicht unterlassen, bei der Zustellpostanstalt seines Wohnorts vor der Abreise die Nachsendung zu beantragen. Im Vorteil des Empfängers liegt es, für die Anträge die postamtlichen Formblätter zu benutzen, weil hierdurch die pünktliche Nachsendung gesichert ist. Die erwähnten Formblätter werden von den Postanstalten und den Zustellern unentgeltlich abgegeben.

Kraftomnibusfahrt nach der Heuscheuer—Wilde Löcher.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß am Sonntag, den 8. Juli, eine Kraftomnibusfahrt nach der Heuscheuer—Wilde Löcher veranstaltet wird. Abfahrt 6 Uhr vom Tauentzienplatz (Südwestecke) über Reichenbach, Wünschelburg nach Carlsberg. Hier gemeinsames Mittagessen; Preis etwa 1,50 Mark. Weiterfahrt über Wilde Löcher nach Reinerz. Rückfahrt 18½ Uhr über den Volpersdorfer Paß mit Abendaufenthalt in Reichenbach. Fahrkarten zum Preise von 10,60 Mark sind in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes (Ostflügel) werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

Billige Dresdenfahrt.

Am Sonntag, den 8. Juli, veranstaltet der Dresdner Verkehrsverein eine billige Gesellschaftsfahrt nach Dresden und der Sächsischen Schweiz. Das Programm sieht den Besuch der Jahresschau, eine Auto-Rundfahrt durch Dresden, den Besuch der Museen und Sehenswürdigkeiten und einen Tagesausflug nach der Sächsischen Schweiz vor. Der zweitägige Aufenthalt kostet einschließlich Fahrt und allem 48 Mark, der viertägige 65 Mark. Voranmeldungen nimmt der Breslauer Verkehrsverein, Hauptbahnhof (Ostflügel), Fernsprecher 524 21, entgegen.

Der neue Zeppelin

wird, wie aus einer uns übermittelten Antwort der Luftschiffbau Zeppelin, G. m. b. H., an den Magistrat zu ersehen ist, auf seiner Rundfahrt über Deutschland auch Schlesien und Breslau überfliegen. Der genaue Termin dieser großen Fahrt wird noch bekanntgegeben.

Opern-Saison 1927/28.

Ein Rückblick auf die hinter uns liegende Opernspielzeit zeigt, daß der Intendant Professor Turnau auch im dritten Jahre seines Breslauer organisatorischen und künstlerischen Wirkens seinen einmal festgelegten Vorsätzen treu geblieben ist. Wir können heute wiederum dieselbe Vielgestaltigkeit des Spielplans, ungefähr dasselbe Stilprinzip in Fragen der Inszenierung und eine ganz ähnliche Personalverteilung feststellen. Für „Neuheiten" interessierte sich, unser Opernhaus glücklicherweise nicht so intensiv wie in den Vorjahren, obwohl es eine Uraufführung und mehrere Erstaufführungen zeitgenössischer Werke gab. Unter ihnen bewährte sich künstlerisch am besten unseres scheidenden Operndirektors Cortolezis ansprechende Spieloper: „Der verlorene Gulden". Wie nach den Erfahrungen an anderen Bühnen vorauszusehen war, konnte auch der aufspielende „Jonny", dem die zweifelhafte Aufgabe oblag, die „abgewirtschaftete" Oper mit dem die Welt beherrschenden „Jazz" zu retten, eine größere Aufführungsreihe erleben. Wir möchten zu Gunsten des Intendanten annehmen, daß ihn zur Berücksichtigung solcher auf die Revuebühne, nicht aber ins Opernhaus gehörenden Machwerke nur Kassenzwecke verleitet haben. Die hohe Aufführungsziffer dieses neuartigen Stückes darf übrigens als Seltenheit angesprochen werden, denn im allgemeinen zeigt sich das Breslauer Publikum solchen Novitäten gegenüber sehr unzulänglich. So kam es, daß sich der Kurt Weill'sche und Georg Kaiser'sche „Zar" nur wenige Male „photographieren" lassen und Arnold Schönberg uns nur zweimal mit seiner „Glücklichen Hand" „beglücken" konnte. Die als Uraufführungen herausgestellten, aber schon vorher nur in anderer Form zu Gehör gebrachten Werke von Händel und Rameau zeigten sich als Veroperung eines Konzertoratoriums und als Gewinnung älteren melodischen Schatzes für das Ballett. Händels Josua gab dem Dramaturgen Dr. Graf Gelegenheit, seine an der „Belsazar"-Bearbeitung angewandte Technik in der szenischen Uebertragung weiter zu üben. Bei etwaiger weiterer Pflege dieser szenischen Händeldarstellung wird Herr Graf hoffentlich der Frage des sogenannten Bewegungschores erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Zeitlupenstatisterie ist bislang noch ein ungelöstes Problem. In die Reihe der interessanten Erstaufführungen brachte die „Verdi-Renaissance" den „Don Carlos". Glucks „Iphigenie auf Tauris" kam zu Beginn der Spielzeit mit einer sehr würdigen Aufführung heraus. Interesse erweckte auch Mozarts liebenswürdige „Verstellte Einfalt" und Korngold war mit seinem textlich minderwertigen, musikalisch aber nicht einfallslosen „Wunder der Heliane" vertreten. Wenn man weiter bedenkt, daß nicht weniger als zehn Neuinszenierungen, unter denen sich gute alte Bekannte, wie der Donizetti'sche „Liebestrank" und der Adam'sche „Postillon" (aber leider auch die kitschige „Mignon") befanden, muß man den ungeschwächten Arbeitseifer anerkennen. Nicht ganz so fleißig zeigte sich trotz zweier Erstaufführungen (Rameau: „Das Fest des Königs" und Kool: „Der Leierkasten") die Tanzgruppe durch Schuld ihres Leiters Herbert Gargula, dem offenbar jede pädagogische und dramaturgische Eignung abgeht. Die Theaterleitung hat den Mißstand — nur leider zu spät — erkannt und den Posten für die kommende Spielzeit anderweitig vergeben. Herr Gargula bleibt uns nur als Solotänzer erhalten.

Damit wären wir schon bei der Besetzungsfrage angelangt. Außer dem Ballettmeister gehen von den künstlerischen Leitern noch die Herren Dirigenten Cortolezis und Preuß ab, die in den Herren Richard Lert aus Mannheim und Carl Schmidt-Belden aus Rostock Nachfolger finden sollen. Herr Lert ist ausdrücklich nur als erster Kapellmeister, nicht wie Herr Cortolezis als Operndirektor verpflichtet worden. Wir vermögen aus dieser Maßnahme keinen Vorteil für den künstlerischen Betrieb zu erkennen, denn nur die auf eine Person sich konzentrierende musikalische Oberleitung kann unseres Erachtens ein einheitliches Gestaltungsprinzip gewährleisten. Der Tanzgruppe wird von nun an Frau Valeria Godard aus Wiesbaden vorstehen. Für die Fächer der ausscheidenden Herren Fischer, Sigmund, Neumann, Glaß sind in den Herren Gustav Wünsche aus Dortmund, Willy Frey und Leo Weith aus Barmen-Elberfeld, Desider Kovacs aus Budapest und August Griebel aus Aachen Vertreter gefunden, und die Damen Ebener-Oswald, Feller, Geyersbach, Schurr, Hochreiter, Swedlund und Steinbach werden von Erica Darbo aus Kiel, Ethel Stoll aus Cassel, Rose Fichtinger aus Wien, Ingeborg Holmgren aus Prag und Elfriede Wehnert aus München (Solotänzerin) ersetzt.

Eine größere Reihe Ur- und Erstaufführungen ist für die nächste Saison geplant, über die jedoch noch nicht Bindendes mitzuteilen ist, da noch Verhandlungen mit den Verlegern schweben. Wir dürfen indessen hoffen, Bekanntschaft mit Richard Strauß's neuer „Aegyptischer Helena" zu machen und endlich einmal den Pfitzner'schen „Armen Heinrich" zu hören. Weiter sind u. a. „Fürst Igor von Borodin", „Auferstehung" von Alfano, „Teufel und Kätchen" von Dvorak in Aussicht genommen. Bestimmt zugesagt ist ferner eine vollständige Neuinszenierung des Wagner'schen Nibelungenringes, die jedoch nur erwünscht ist, wenn sie andere Bahnen einschlägt als die szenische Verunglimpfung des „Parsifal".

Die Spielzeit 1928/29 wird am 1. September mit der „Zauberflöte" eröffnet.

Werner Sander.

Der Arbeiter-Sängerbund auf dem Johannisfest.

Am Schluß-Sonntag des Johannisfestes hat der Breslauer Bezirk des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes seine Sängerschar auf den Festplatz gerufen, um dort einige gemischte und einige Männerchöre zu Gehör zu bringen. Der so wandelmütige Wettergott hatte ein Einsehen und bescherte einen strahlenden Sommertag, der viele Zuhörer auf den Plan brachte. Da es dem unter Ernst August Völkels Stabführung stehenden Bund offenbar an den nötigen Proben mangelte, wurden in der Hauptsache öfter gesungene Chorstücke gewählt. Der gemischte Chor leitete das Konzert mit Mendelssohns „Abschied vom Walde" ein, einer klanglich besonders in den Frauenstimmen befriedigenden Leistung, die durch frischeres Tempo noch gewonnen hätte. Auch die weiteren von Wolfrum und Koch bearbeiteten Volkslieder „Der verlassene Liebhaber" und „Das Lieben bringt groß Freud" müssen flotter genommen werden, soll ihre Wirkung nicht verpuffen. Lobenswert war die Aufnahme zweier einfacher, aber musikalisch wertvoller Chöre in das Programm: „Morgenrot" von Robel und „Wann wir schreiten Seit an Seit" von Englert, in denen sich der Chor tonrein hielt. Ueberhaupt standen die gemischten Chöre unter einem günstigeren Stern als die Männerchorgesänge, bei denen das Im-Freien-Singen hier und da Intonationsschwankungen mit sich brachte. Am besten gelang hierbei noch die Zöllnersche „Wanderschaft", eine viel zu wenig gesungene, prächtige Volksliedbearbeitung. Herr Völkel bewies sein Interesse für die Veranstaltung auch durch den kompositorischen Beitrag der Orchesterbegleitungen zu den Chören „Wann wir schreiten" und „Sturm" von Uthmann. Die Gesänge wurden von Konzertstücken des Rüsterschen Orchesters umrahmt.

W. S—der.

Prozesse ums tägliche Brot.

Auch ein Urlaub.

Merkwürdige Arbeitgeberphantasien.

Der Lagerhalter R. wurde von seiner Firma H. wegen schlechten Geschäftsgangs entlassen. Da er aber bei seiner Entlassung, seinen für das zurückliegende Jahr fälligen, aber nicht erhaltenen Urlaub nichts vergütet erhielt, klagte er auf Zahlung von 15 Urlaubstagen = 75 Mark. Typisch war die Arbeitgeberlogik, durch das die Firma die Klage zu begründen versuchte: „Es wäre zeitlangs nichts für den Kläger zu tun gewesen, so daß er diese Zeit als Urlaub zu betrachten habe." (!!) In Wirklichkeit handelte es sich um einige Wochen, in denen wohl das Geschäft geschlossen war, der Kläger aber das Lager zu überwachen hatte. Das Gericht erkannte daher die Berechtigung der Klage an und verurteilte die Firma zur Zahlung der 75 Mark.

Die richtige Tarifgruppe muß gezahlt werden.

Als die Buchhalterin L. nach einjähriger Beschäftigung von der Firma C. entlassen wurde, machte sie vor dem Arbeitsgericht eine Lohnnachforderung von 585 Mark geltend, da sie während der Dauer ihres Angestelltenverhältnisses in eine zu niedrige Gruppe eingestuft war. Das wurde selbstverständlich von dem Vertreter der Firma bestritten. Außerdem sollten — wie man es zumeist bei derartigen Anlässen hört — die Leistungen der L. minderwertig gewesen sein. Da die Frage — nachträglich fehlenden — Eignung, die Zugehörigkeit in der höheren Tarifgruppe aber durch das Tarifschiedsamt festgestellt wurde, war die Firma schließlich doch geneigt, einen Vergleich abzuschließen, der der Buchhalterin 375 Mark brachte.

Staubsauger und Provision.

Der bei der Gema beschäftigt gewesene Reisende M. klagte wegen eines Provisionsanspruchs von 40 Mark. Die beklagte Firma aber machte Aufrechnungsansprüche geltend. Der Reisende hatte bei ihr auf Abzahlung einen Staubsauger für privaten Bedarf gekauft, aber nicht alle Raten bezahlt. Der Kläger wurde nun mit seiner Klage abgewiesen, denn die Einrede auf nicht statthafte Aufrechnung kommt hier nicht in Frage, da es sich hier um Provisions- und keinen Lohnanspruch handelt.

Provision für indirekte Verkäufe.

Der Handlungsgehilfe Z. war bei der Firma M. über ein Jahr als Provisionsreisender beschäftigt und bezog neben seinem Gehalt noch 2 Prozent Provision für die von ihm verkauften Waren. Als er entlassen wurde, klagte er auf Zahlung von 200 Mark Provision für indirekte Verkäufe (Geschäfte, die er nicht selbst abgeschlossen, aber mit den von ihm bedienten Kunden gemacht wurden). Das Handelsgesetzbuch sieht die Möglichkeit einer derartigen Provision vor, sie muß aber ausschließlich in dem Anstellungsvertrage vorgesehen sein. Da dies bei dem Kläger nicht der Fall war, so wurde er mit seiner Klageforderung abgewiesen.

Trunkenheit begründet fristlose Entlassung.

Der Reisende R. war am 20. Mai d. J. von der Breslauer Bürstenmanufaktur verpflichtet worden und sollte am 29. desselben Monats seine Reise antreten. Als er nun einige Tage vorher die Muster abholen sollte, erschien er in angetrunkenem Zustande im Geschäft und wurde — fristlos entlassen. Er empfand das als zu Unrecht, klagte vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung von 99 Mark Schadenersatz und bestritt hier, betrunken gewesen zu sein. Durch eine Anzahl beeidigter Zeugen, konnte jedoch einwandsfrei festgestellt werden, daß der Kläger tatsächlich an diesem Tage angetrunken war. Das Gericht sah in einem diesen Verhalten einen triftigen Grund für die fristlose Entlassung und wies ihn darum — nachdem er törichterweise einen Vergleich in Höhe von 25 Mark abgelehnt hatte — ab.

Kann Schadenersatz gegen Lohnforderungen aufgerechnet werden?

Eine Hausangestellte hatte Pech gehabt. Ihren Händen war eine Waschschüssel entglitten; es gab Scherben und am Monatsende zehn Mark Lohnabzug. Vor dem Arbeitsgericht aber wurde diese Aufrechnung des Schadens, der nicht vorsätzlich angerichtet worden war, noch im Dienstvertrag bzw. der Breslauer Hausangestelltenordnung als ersatzpflichtig festgelegt ist, nicht anerkannt und die Dienstgeberin zur Auszahlung des vollen Lohnes verurteilt. Aber auch, wenn diese Gründe nicht maßgebend gewesen wären, hätte die Dienstgeberin den Prozeß verloren, denn die Aufrechnung irgendwelcher Forderungen auf Lohneinkommen ist nur über der Pfändungsgrenze (45 Mark) zulässig.

Kann im Probemonat gekündigt werden?

Während einer vereinbarten vierwöchigen Probezeit war die Lagerhalterin St. eines Tages entlassen worden. Sie war aber der Auffassung, daß sie für den ganzen Monat Gehalt zu bekommen hätte und klagte daher die zum vollen Monatsgehalt fehlenden 20 Mark ein. Das Arbeitsgericht Breslau gab der Klage statt und begründete das Urteil mit dem § 67 des Handelsgesetzbuches, das sich auf die Kündigung bei aushilfsweiser Anstellung bezieht. Diese Auslegung ist aber umstritten und die Mehrzahl der arbeitsgerichtlichen Instanzen vertritt die Auffassung, daß auch beim Handlungsgehilfen wie beim gewerblichen Arbeiter, in der Probezeit das Verhältnis jederzeit gegenseitig gelöst werden kann. Handlungsgehilfen tuen daher gut daran, nur kurze Probefristen zu vereinbaren.

Ist Ehe ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung weiblicher Arbeitnehmer?

Es gibt noch immer Kreise, die sich mit der erwerbstätigen Frau, besonders wenn sie verheiratet ist, nicht abfinden können. So ist es auch zu erklären, daß die Frage, ob die Eheschließung ein Grund zur fristlosen Entlassung sein kann, auftauchte. Wir entnehmen der Nr. 213 des „Vorwärts" folgende, für alle weiblichen Erwerbstätigen wichtige Mitteilung:

„In der Frage, ob die Eheschließung einer Angestellten ein Grund zur fristlosen Entlassung sei, gehen die Entscheidungen der Arbeitsgerichte auseinander. Eine sehr beachtliche Entscheidung fällte dieser Tage das Landesarbeitsgericht Berlin. Ein Unternehmen, das grundsätzlich (!) keine verheirateten weiblichen Angestellten beschäftigt, hatte eine Angestellte fristlos entlassen, nachdem sie sich verheiratet hatte. In der Klage vor dem Arbeitsgericht stellte sich die Firma auf den Standpunkt, daß sie hierzu berechtigt sei und stützte sich auf eine gleichlautende Entscheidung des Reichsgerichts vom Jahre 1925. (Das Reichsarbeitsgericht besteht erst seit 1. Juli 1927. Red.) Im Gegensatz hierzu kam das Arbeitsgericht zu der Auffassung, daß die Eheschließung einer Angestellten den Arbeitgeber keineswegs berechtige, das Dienstverhältnis fristlos zu lösen, wenn keine sonstigen besonderen Gründe vorliegen. Das Streitobjekt betrug 170 Mark. In Anbetracht der grundsätzlichen Bedeutung der Klage erklärte das Arbeitsgericht jedoch die Berufung für zulässig. In der Berufungsverhandlung schloß sich das Landesarbeitsgericht der Entscheidung des Arbeitsgerichts an und erklärte gleichfalls die fristlose Entlassung für unberechtigt. Auch das Landesarbeitsgericht sah die grundsätzliche Bedeutung des Streitfalles ein und ließ die Revision zu, so daß der Fall nun vor das Reichsarbeitsgericht kommen wird."

In „Freien Angestellten" schreibt dazu die Kollegin L. Horn: Zunächst müssen die Frauen sich ganz entschieden dagegen verwahren, als ob die allgemein gültigen gesetzlichen Bestimmungen nur für den Mann geschaffen seien, und die Frauen außerhalb der Gesetze ständen. Artikel 109 der Reichsverfassung sagt ausdrücklich: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich." In diesem Streitfall kommen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches in Frage. Danach kann eine fristlose Entlassung nur erfolgen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. § 72 des Handelsgesetzbuches führt selbstverständlich nicht die Eheschließung als „wichtigen Grund" an. Aber selbst wenn zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeitnehmerin die Eheschließung als Grund zur fristlosen Entlassung vereinbart worden wäre, dürften derartige Abmachungen als „den guten Sitten entgegen" angesehen werden und ungültig sein. Zweifellos ist durch die Demobilmachungsverordnung vom Jahre 1920, die eine Ausnahmebestimmung gegen die Frauen darstellte, viel Verwirrung angerichtet worden, die auch heute noch ihr Unwesen treibt. Aber trotz aller Bekämpfung nimmt die Erwerbstätigkeit der Frau und besonders der verheirateten, immer größeren Umfang an, wie ja alle statistischen Veröffentlichungen beweisen. Und diese Entwickelung ist nicht aufzuhalten, selbst wenn auch heute noch sehr viele dagegen anzukämpfen versuchen.

Bildungskursus in Centnerbrunn.

Der Bezirks-Bildungsausschuß veranstaltet in der Zeit vom 12. bis 18. August einen Ferienwochenkursus im Volkshaus Centnerbrunn. Der Teilnehmerbetrag beträgt außer Fahrgeld, für Unterbringung und Verpflegung nur 5 Mark. Anmeldungen müssen bis 1. August im Parteisekretariat erfolgen.

An unsere Mitarbeiter und Leser.

Es ist in der letzten Zeit wieder mehr und mehr üblich geworden, daß unsere Leser und Parteigenossen, die ein Anliegen an die Redaktion haben (Manuskriptsendungen, Mitteilungen usw.) diese ihre Briefe an einen der Redakteure persönlich adressieren. Es wird gebeten, in Zukunft alle für die Redaktion bestimmten Schreiben allgemein an die Redaktion der „Volkswacht" zu adressieren und nicht an einen Redakteur persönlich. Die Adressierung an einen Redakteur persönlich hat nur zur Folge, daß die Erledigung der Briefe sich verzögert, da die Briefe nicht geöffnet werden können, wenn der betreffende Redakteur nicht anwesend ist. Besonders in der jetzigen Urlaubszeit kann das zu sehr langen Verzögerungen führen.

Redaktion der „Volkswacht".

Wenn ich Redakteur „Tom" von der „Arbeiterzeitung" wäre ...

dann brauchte ich weder Hermann Müller noch der liebe Gott zu sein, dafür könnte ich mir aber ganz gottähnlich vorkommen und müßte diese Tatsache — ganz wie „Tom" — dadurch dokumentieren, daß ich die Nase entsprechend hoch trüge.

Boshafte Leute würden dann natürlich kommen und sagen: „Da, seht hin! Was ihm an Ausbildung fehlt, soll seine Einbildung ersetzen!"

Die ewig zu faulen Kompromissen geneigten Sozialdemokraten aber würden lächeln: „Laßt ihn doch, er ist zweiundzwanzig! Wie kann er da ein ausgeglichener Mensch sein? Verdrängte Pubertätserscheinungen! Was sich in den Flegeljahren nicht austoben konnte, muß eben jetzt heraus!"

Nun bin ich aber nicht „Tom" und also viel weniger allwissend und klassenbewußt, und weil es mir am nötigen Klassenbewußtsein fehlt, kann ich auch die scharfen Formen des Klassenkampfes, die „Tom" beliebt, nicht mitmachen.

Er saß zum Beispiel mit dem liebenswürdigen Lächeln devoter Dienstfertigkeit vor dem bürgerlichen Herrn Dr. Wenzel von der Funkstunde und war während der ganzen „Rast" sichtlich und auffallend bemüht, sich dessen hohe Gunst zu erringen. Oder sollte dieses „Scharwenzeln" die Reaktion in der Funkstunde mittels der verpönten Kompromißler-Methoden der SPD. abschwächen oder beseitigen? Ist es etwa eine Sitte, die niemand mehr abtun kann, der einmal mit Moskau zu tun hat?

Jedenfalls: Bei Kommunisten heißt es: „Wahrung gesellschaftlicher Formen", Sozialdemokraten muß man es ankreiden als „erbärmliche Würdelosigkeit"!

Und als „Tom" im Auto stolz erhobenen Hauptes am Sportlerzuge entlang sauste, war er zwar Herrn Dr. Wenzel wiederum völlig ergebener Diener, sonst aber unterschied sich seine Haltung in nichts von der des ??? sozialdemokratischen Parteibonzen.

So wie „Tom" dasaß, hätte er sehr gut für „Onkel Tom mit zwei Zentnern Lebendgewicht" gelten können. Jeder Zoll ein König, jede Gesichtsmuskel ruft: „Ich habs geschafft!"

„Tom" würde ob seiner Einzigartigkeit ohne Zweifel ebenfalls patentiert werden, etwa als Wetterfahne oder als Lautsprecher, auch ein gediegenes Exemplar „herrschaftlicher Diener" käme heraus.

Nur mit dem „kleinen Provinzredakteur" will es noch nicht recht gehen. Der müßte doch zuerst ein altes Wort kennen: „Wer selbst im Glashause sitzt ..."

Dann wäre er mit seinen Artikeln etwas vorsichtiger, mit seinen Herrgottsmanieren etwas zurückhaltender!

Aber dann würde ihn das „J.—K." beizeiten richten als Lebendigen, zwecks Beförderung zu den politisch Toten.

Dort herrschet des Herrgotts Gewalt!

„Tom" möge sich vorsehen!

Die Nacheichung von Meß- und Wiegegeräten.

Nach § 11 der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 — R.G.Bl. 1908 Nr. 31 — sind die dem eichpflichtigen Verkehr dienenden Meßgeräte alle zwei bezw. drei Jahre zur Nacheichung zu bringen.

Ein eichpflichtiger Verkehr findet statt:

a) bei Kaufleuten mit und ohne offenen Laden (auch Fabriken, Groß- und Versandgeschäften), die gewerbsmäßig Waren nach Maß oder Gewicht kaufen oder verkaufen, einschließlich derjenigen, die auf Messen und Märkten verkehren oder im Umherziehen Waren feilbieten, sowie bei anderen Gewerbetreibenden und Handwerkern, sofern sie den Preis ihrer Arbeitsleistungen nach Maß oder Gewicht berechnen, zum Beispiel bei Lohnmüllern, Unternehmern von Tief- und anderen Bauarbeiten, Frachtfuhrern, Malern, Klempnern, Schlossern, Schmieden usw.;

b) bei Genossenschaften und Konsumvereinen, auch insoweit ihr Betrieb sich auf die Mitglieder beschränkt;

c) in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft bei Personen, die aus einem Zweige der Landwirtschaft, wie Geflügel- oder Bienenzucht, Fischerei, Obst- oder Gemüsebau, Anmästung von Schweinen und dergleichen einen Erwerb ziehen und bei denen das Maß der Erzeugnisse so weit über den eigenen Bedarf hinausgeht, daß ein regelmäßiger Absatz des Ueberschusses der Erzeugnisse unter Verwendung von Meß- und Wiegegeräten stattfindet;

d) bei öffentlichen Waagen und ähnlichen Einrichtungen, die für andere zur Bestimmung des Umfanges von Leistungen bereitgestellt sind;

e) eichpflichtiger Verkehr liegt auch dann vor, wenn Handelsfirmen mit Genehmigung der Post oder Eisenbahn ihre Pakete oder Güter zwecks Festsetzung der Gebühren selbst verwägen dürfen;

f) unter den eichpflichtigen Verkehr fällt ferner die Verwendung von Maßen, Gewichten und Waagen zur Ermittelung des Arbeitslohnes in fabrikmäßigen Betrieben.

Die zur Nacheichung fälligen Meßgeräte, wie Längenmaße, Flächenmaße, Meßwerkzeuge für Flüssigkeiten, Hohlmaße und Meßwerkzeuge für trockene Gegenstände, Gewichte und Waagen sind in gut gereinigtem Zustande beim Eichamt Breslau, Vorwerkstraße 10, werktäglich in der Zeit von 8 bis 14 Uhr einzuliefern.

Waagen müssen mit den dazu gehörigen Schalen vorgelegt werden. Die Aushändigung der geeichten Meßgeräte erfolgt nach Begleichung der Gebühren an die Eichungskasse.

Meßgeräte, die schwer abnehmbar oder schlecht zu transportieren sind, wie Meßwerkzeuge für Flüssigkeiten und Neigungswaagen, können an ihrem Standort geprüft werden. Sie sind zu diesem Zweck dem Eichamt rechtzeitig anzumelden. Die mit einer solchen Prüfung verbundenen Unkosten, zu denen auch die Kosten für die Hin- und Rückbeförderung der Normalgewichte des Eichamtes gehören, hat der Antragsteller zu tragen.

Die Nacheichung der Meß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden erfolgt im 6. und 1. Polizeirevier in nachstehender Reihenfolge:

Vom 6. bis 12. Juli: Hochstraße, Gräbschener Straße, die ungeraden Nummern von 3 bis 89, Holteistraße Nr. 1 bis 29 und 2 bis 30, Trinitasstraße Nr. 3 bis 15 und 4 bis 14.

Vom 13. bis 18. Juli: Siebenhufener Straße Nr. 1 bis 83 und 20 bis 74, Lewaldstraße, Theresenstraße.

Vom 19. bis 25. Juli: Friedrichstraße Nr. 53 bis 65 und 54 bis 60, Reichstraße, Berliner Platz Nr. 1, 2, 19 und 20, Nikolai-Stadtgraben Nr. 26, Märkische Straße Nr. 1 bis 11 und 2 bis 44.

Neue Regelung der Ausverkäufe.

Das Preußische Handelsministerium gibt in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten die neue Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten zur Regelung der Ausverkäufe bekannt. Sie ist an die Stelle einer vom Kammergericht für rechtsungültig erklärten Anordnung vom 18. Dezember 1926 getreten und nach Anhörung der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern erlassen worden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, unterliegen in ihren Bestimmungen Gesamt- und Teilausverkäufe sowie Ausverkäufe in Form von Versteigerungen durch Wareninhaber oder deren Vertreter, wenn sie in öffentlichen Bekanntmachungen oder Mitteilungen an einen größeren Personenkreis angekündigt werden und wegen baulicher Veränderungen des Geschäftsraumes, Geschäftsverlegung, Geschäftsübertragung, Auseinandersetzung, Geschäftsbeendigung oder wegen Aufgabe einer oder mehrerer Warengattungen erfolgen. Einem Ausverkauf stehen in gleicher Weise angekündigte Verkäufe gleich, die nach der Verkehrsauffassung als Hinweis auf einen Ausverkauf der genannten Art zu deuten sind. Derartige Ausverkäufe sind drei Tage vor der Ankündigung schriftlich unter Angabe des Grundes, des Beginnes (Tag, Monat, Jahr) sowie des Ortes (Bezirk, Straße, Hausnummer), an dem der Ausverkauf stattfinden soll, anzuzeigen. Für den Ausverkauf leichtverderblicher Waren gilt die dreitägige Fristbestimmung nicht. Vor Beginn des Ausverkaufes ist ein vollständiges und übersichtliches Verzeichnis der für den Ausverkauf bestimmten Waren einzureichen. Nach Möglichkeit soll auch das voraussichtliche Ende des Ausverkaufs angegeben werden. Anzeige und Verzeichnis sind möglichst mit zwei Durchschlägen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Dorotheenstraße 8, einzureichen und werden dort zur Einsicht bereit gehalten. Das Warenverzeichnis ist so aufzustellen, daß die Uebereinstimmung seiner Angaben mit den tatsächlich zum Verkauf gestellten Waren nachgeprüft werden kann. Genaue Angaben über Stückzahl, Mengen, Maß oder Gewicht und Art sind erforderlich, in Auftrag gegebene, aber im Zeitpunkte der Anmeldung noch nicht eingetroffene Waren sind mit genauer Angabe des Tages der Bestellung gesondert aufzuführen.

Die Vorschriften gelten nicht für ausdrücklich angekündigte Saison- und Inventurausverkäufe. Diese dürfen aber höchstens zweimal im Jahre, und zwar in der Zeit vom 2. Januar bis 15. Februar einschließlich und vom 1. Juli bis 15. August einschließlich, stattfinden, und im Winter nur bis zu zwei, im Sommer bis zu drei Wochen ununterbrochen dauern. Es sind aber nur entweder zwei Saisonausverkäufe oder je ein Saison- und ein Inventurausverkauf gestattet. Der Beginn eines solchen Verkaufs ist am Geschäftslokal deutlich sichtbar bekannt zu geben.

Niedrige Bemessung der Invalidenrente.

Einen sehr hinfälligen Eindruck macht der Arbeiter J., der vor dem Oberversicherungsamt erscheint, wo über seinen Einspruch gegen Nichtgewährung der Invalidenrente verhandelt wird. Der noch nicht 30 Jahre alte Kläger hat einen Schlaganfall erlitten und ist seit der Zeit völlig hilflos. Er hat Gesichtslähmung, spricht undeutlich und hat einen schwankenden Gang. Das Oberversicherungsamt spricht ihm die Rente zu, mit der Begründung, daß das Gericht von der vollkommenen Hilflosigkeit des Klägers überzeugt ist. Diesen Eindruck hatte aber nicht der Vertreter der Berufsgenossenschaft, ein blutjunger Assessor, der anscheinend für die Leiden anderer noch nicht das nötige Verständnis besitzt; er war von der Hilflosigkeit des Antragstellers nicht überzeugt und beantragte Krankenhausbeobachtung. Glücklicherweise bewiesen Vorsitzender und Beisitzer mehr Verständnis und gingen über diesen Antrag hinweg.

Auch der Sattler K., der eine Invalidenrente von 30 Prozent bezieht, hatte Berufung eingelegt, weil sein Antrag auf Erhöhung der Rente abgewiesen worden war. In der Verhandlung vor

Bücher- und Zeitschriftenschau.

Internationale Zeitschrift „Die Böttcherstraße", Heft 2. Angelsachsen-Verlag zu Bremen. Herausgeber Ludwig Roselius in Gemeinschaft mit Professor Bernhard Hoetger und Georg Eltzschig. Preis des Heftes 4 Mark.

Das zweite Heft dieser neuen Zeitschrift macht einen wesentlich günstigeren Eindruck, als ihm das erste, allzusehr auf Ausstattung bedacht gewesene, machte. Die immer noch prächtige, herrliche Bilder bietende Ausstattung ist auf ein gesundes Maß zurückgeführt und fügt sich jetzt gut dem Text ein, der diesmal wesentlich gehaltvoller ist. Das Heft ist zunächst dem modernen Bauen gewidmet. Es bringt zuerst in einem „Biographie moderner Baubewegung" betitelten, ferner in einem „Weltbau der Gegenwart überschriebenen Aufsatz eine Darstellung bedeutender Baukünstler der Gegenwart und ihrer Werke und behandelt in mehreren Artikeln auch die wirtschaftlichen Fragen des Bauens. Besonders die künstlerischen Aufsätze sind mit herlichem Bildermaterial aus der Geschichte der Baukunst und aus den bedeutendsten Bauten der gegenwart ausgestattet. In dem Aufsatz „Weltbauen der Gegenwart" wird dabei der individuelle Baugedanke, der das Werk des einzelnen beseelt, von diesen selbst dargestellt. Zu Worte kommen u. a. Dudock Gaudi, Hoetger, Le Corbusier, Mendelsohn, Wright. Ein weiterer Teil des Heftes ist der Frage gewidmet, ob ein Welttheater möglich ist. Zu diesem Zweck ist eine internationale Enquete veranstaltet worden, in der eine Reihe bedeutender Theaterfachmänner sich aussprechen. Und zwar sind nicht nur Theaterleiter, sondern auch dramatische Dichter und bekannte Kritiker befragt worden. Ein dritter, besonders durch Bilder ausgestatteter Teil behandelt „Gewebe aus Altperu". Der Verfasser ist der bekannte Aesthet Eckart von Sydow. Ferner enthält das Heft noch drei interessante Aufsätze: einen über „Gestaltungsunterricht" von Josef Albers vom Bauhaus in Dessau, einen Aufsatz über „Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz" von dem bekannten verstorbenen Rechtsphilosophen Josef Kohler und einen über „Architektur in der Musik" von Oskar Bie. Endlich enthält das Heft noch die Nachbildung einiger Szenen aus dem Inkadrama: „Ollanta", wobeidas Original in Kechuasprache und die Nachdichtung nebeneinandergestellt sind. Das Heft wird abgeschlossen durch eine vielseitige Internationale Chronik und Rundschau.

Es handelt sich zwar bei dieser Zeitschrift mehr um eine Angelegenheit bürgerlicher Kultur, um eine sogenannte Spitzenkunst für die Reichen. Sieht man aber davon einmal ab, so muß die Qualität des Dargebotenen anerkannt werden. lb.

dem Oberversicherungsamt bemerkte der Vertreter des K., daß im vorigen Jahre auch dessen Militärrente von 40 auf 60 Prozent erhöht worden sei; damit sei wohl eine Verschlechterung des Leidens des Klägers erwiesen. Auch habe ihm das Versorgungsamt einen Selbstfahrer und ein Stützkorsett gegeben. Seit 1926 ist der Kläger dauernd erwerbsunfähig.

Der Vertreter der Berufsgenossenschaft, derselbe junge Assessor, der bereits den obigen Fall vertreten hatte, fand es aber höchst gleichgültig, daß der Kläger einen Selbstfahrer und ein Stützkorsett bekommen hat und trat gegen eine Erhöhung der Rente ein.

Da in dem ärztlichen Gutachten wieder verschiedene Widersprüche sich befinden, beschloß das Gericht, zur Klärung des Falles ein Obergutachten von der Universitätsklinik einzufordern.

---

* **Sämtliche Bodenkammern erbrochen.** Im Hause Oranienstraße 3 sind in der Nacht zum Dienstag sämtliche Bodenkammern erbrochen worden, wobei den unbemerkten Eindringlingen Sachen im Werte von 370 Mark in die Hände fielen.

* **Geschäftseinbruch.** In der Nacht zum Dienstag gelang es Einbrechern, sich unbemerkt in ein im Grundstück Tauentzienstraße 107 gelegenes Schuhwarengeschäft Zutritt zu verschaffen, wo sie Damen- und Herrenschuhe im Werte von 6 bis 700 Mark entwendeten und spurlos mit ihrer Beute verschwinden konnten.

* **Schwere Straßenunfälle.** Am Dienstag vormittag ereignete sich ein schwerer Unglücksfall an der Ecke Schweidnitzerstraße—Schweidnitzer Stadtgraben, als der in der Hirschstraße 31 wohnende Arbeiter Josef Hilbig den Fahrdamm überschreiten wollte. Er wurde von einem Personenkraftwagen erfaßt, umgerissen und erlitt schwere Verletzungen, sodaß er dem Allerheiligen Hospital zugeführt werden mußte. — Ein ähnlicher Unfall trug sich am Dienstag abend kurz vor 24 Uhr vor dem Grundstück Bohrauerstraße 12 zu, wo der im gleichen Hause wohnende Rentner Daniel Lolenz von einer Kraftdroschke umgefahren und erheblich verletzt wurde.

* **Beim Baden ertrunken.** In der Badeanstalt von Anders ging am Dienstag abend gegen 20 Uhr der Landwirt Franz Moskwa aus Ratibor, plötzlich im Wasser des Bassins unter und ertrank. Die Arbeit der zur Bergung des Ertrunkenen herbeigerufenen Feuerwehr blieb ohne Erfolg.

Datum: 4. 7. 28	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	20	31	16	heiter	S 1	3,6	
Görlitz	19	30	17	klar	SO 1		
Sprottau	20	32	16	heiter	SSO 3	9,0	
Liegnitz	20	31	17	„	SW 1		
Bad Flinsberg	18	30	17	„	S 1		
Hochstadt	20	24	17	klar	SO 3		
Oberschreiberhau	25	27	19	heiter	S 2		
A. Schles. Baude							
Reifträgerbaude							
Schneekoppe	15	18	13	bewölkt	SSW 7		
Neumarkt	21	34	17	heiter	S 1		
Festenberg	22	32	18	bewölkt	W 2		
Krietern	22	32	18	„	W 2		
Trebnitz	22	30	19	heiter	still		
Ohlau	22	31	19	„	NW 1		
Schweidnitz	23	31	14	„	NW 3		
Bad Salzbrunn	22	29	18	klar	SW 1		
Friedland (Bez. Breslau)	20	30	16	„	SW 2		
Reichenbach	24	31	22	„	SO 1		
Reichenstein	25	30	20	„	O 3		
Silberberg	22	31	18	„	SW 1		
Altheide	22	30	16	heiter	NO 1		
Reinerz	25	29	17	„	SW 2		
Landeck	22	30	17	klar	SW 7		
Neisse	23	31	18	heiter	NO 2		
Kreuzburg	24	30	19	bewölkt	SW 3		
Gleiwitz	25	—	17	heiter	S 5		
Beuthen	25	32	13	bewölkt	WSW 4		
Hirgenhals	26	30	13	heiter	S 4		
Oels	22	31	13	„	still		

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

In der Südwest-Strömung sind in Schlesien sowie in fast ganz Mitteleuropa die Temperaturen in den letzten Tagen stark angestiegen. 30 Grad wurden fast allgemein überschritten.

Etwas kühlere, von der Nordsee kommende Luftmassen dringen langsam südostwärts vor und bringen bereits Mitteldeutschland Gewitter. Auch bei uns ist in den nächsten Tagen nach verbreiteten Gewittern und gewitterartigen Regenfällen mit Abkühlung zu rechnen.

Aussichten für das schlesische Flachland, die schlesischen Mittel- und Hochgebirge: Anfangs noch vorwiegend heiter und sehr warm, später nach verbreiteten Gewittern von örtlich sehr verschiedener Stärke Winddrehung nach West bis Nordwest und Abkühlung.

Vereinskalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Automobilschlosser. Donnerstag, den 5. Juli, um 20 Uhr, im Zimmer 10, Versammlung mit Lichtbildervortrag.

Bauschlosser. Donnerstag, den 5. Juli, 19,30 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, wichtige Versammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerläßlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt zur Beseitigung faulziger, übelriechender Speisereste in den Zahnzwischenräumen und zum Weißputzen der Zähne. Die ges. gesch. **Chlorodont-Zahnbürste** von bester Qualität, für Erwachsene 1.25 RM., für Kinder 70 Pf., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung überall erhältlich. 90 mm

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Distrikt 17. Unser Distrikt geht morgen abend mit der SAJ. auf die Oswitzer Wiesen. Treffpunkt 7 Uhr, „Weiße Weste", Oswitzer Straße.

Jungsozialisten.

Gruppe Scheitnig, Sandtor, Odertor. Alle Radfahrer treffen sich zu einer Fahrt nach dem Poseidonbad an der Endstation der Straßenbahnlinie 11, Matthiasstraße.

Zentralveranstaltung Donnerstag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: „Liebesprobleme im neuen Rußland". Referent: Genosse Dr. Neufeld.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Gruppe Strehlener Tor, Gräbschen. Heut, 20 Uhr, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft des Genossen Krumschmidt über „Der Kampf um die Staatsmacht".

Freitag, 20 Uhr:

Gruppe Nikolaitor, Pöpelwitz, Anderssenstraße, Anderssenschule, Vorderhaus, Zimmer 3. Wir kommen wieder im neuen Heim zusammen. Bringt Gäste mit. Genosse E. Stephan wird sprechen.

Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Straße, Schule. Vortrag des Genossen E. Wolf über: „Der Hochkapitalismus und die Professoren".

Gruppe Scheitnig, Sandtor, Odertor, Lehmdamm, Benderschule. Kapitalismus ist der Krieg — Sozialismus ist der Friede. Referent: Genosse H. Pech.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Achtung, Aelterengruppe! Unser Gruppenabend am Donnerstag fällt aus.

Heim 1. Heut abend auf der Oswitzer Wiese.

Heim 2. Mittwoch abend, 20 Uhr, im H[illegible] [illegible]rsammlung. Mitgliedskarte zur Kontrolle mitbringen.

Heim 4. Heut abend auf der Lindenwiese Geländespiele. Anfang 7 30 Uhr.

Heim 10 (Rosenthal). Heut abend ist Wiesenbetrieb. Nachher ist eine Funktionärbesprechung. Freitag, den 6. Juli, ist ein Geselligkeitsabend. Zutritt haben nur Mitglieder der SAJ.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe Zimpel. Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft aller Kinder an der Friedrich-Ebertschule.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Metallarbeiterjugend. Heut abend Funktionärkursus.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein. Kameraden! Seit Bestehen unserer Organisation begleiten unsere Aufmärsche und sonstige Veranstaltungen in selbstloser Weise die Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes. Immer bereit, wo es gilt zu helfen, so kennt ihr die Frauen und Männer mit dem weißen Kreuz im roten Felde auf der Armbinde. Am kommenden Sonntag, den 8. Juli, haben wir Gelegenheit, die Bestrebungen des Arbeiter-Samariter-Bundes zu unterstützen. Der Ortsverein veranstaltet an diesem Tag bei „Henkner", Morgenau, von 6—9 Uhr ein Frühkonzert, dessen Reinertrag der Sammlung des Arbeiter-Samariter-Bundes zugeführt wird. Unser am selben Tag stattfindendes Platzkonzert soll die Sammlung ebenfalls unterstützen. Kameraden, unterstützt durch zahlreichen Besuch des Frühkonzerts die Bestrebungen des Arbeiter-Samariter-Bundes.

Banner 1 (Jahn). Sonnabend, den 7. Juli, 20 Uhr, bei Klenner, Kreuzstraße, Zug- und Gruppenführersitzung.

Banner 2 (Hörsing). Sonnabend, den 7. Juli, 20 Uhr, im „Oderstrom", Uferstraße 48, Pflichtversammlung. Angehörige haben Zutritt. Vortrag.

Banner 3 (Schönaich). Unsere Pflichtversammlung findet erst am Sonnabend, den 14. Juli, statt.

Banner 5 (Herwegh). Heute, Mittwoch, 20 Uhr, bei Fiedler, Bohrauer Straße 56, Pflichtversammlung. Lichtbildervortrag. Referent: Kamerad Rother. Angehörige haben Zutritt.

Banner 9 (Bebel). Freitag, den 6. Juli, 20 Uhr, in der „Erholung", Eichenparkstraße, Pflichtversammlung. Vortrag. Angehörige haben Zutritt.

Jungbanner Ost (Deimling). Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, bei Görlich, Löschstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Jungbanner Nord (Ebert). Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, im „Feldschlößchen", Weinstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Jungbanner West (Blum). Freitag, den 6. Juli, 20 Uhr, bei Graf, Westendstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Schutzsportler. Sonnabend, den 7. Juli, 20 Uhr, Uebungsabend sämtlicher Schutzsportler in der Nordschule, am Sauerbrunn.

Radfahrer der Jungbanner. Sonntag, den 8. Juli, Ausfahrt nach Neumarkt. Abfahrt 6 Uhr, Schloßplatz.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Liebich-Theater. Die große Revue „Große Kleinigkeiten", die noch immer dauernden Erfolg erzielt, kann nur noch bis 15. Juli in Breslau gastieren, da von diesem Termine an nach Nürnberg verpflichtet wurde.

Arbeiter-Sport

Hauptversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde". — Ferienfahrt.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde", die internationale Wanderorganisation des Proletariats, hält in den Augusttagen (15. bis 18. August) ihre alle drei Jahre wiederkehrende Hauptversammlung ab. Die diesmalige findet in Zürich statt. Dort, in der Hauptstadt der freien Schweiz, werden sich die Wanderfreunde aller Länder treffen, um neue Wege zu suchen für den weiteren Aufstieg der Naturfreundebewegung. Ueberall rüstet man nun, um die Stunden brüderlicher Eintracht mitzuerleben. Aber auch die damit verbundenen Fahrten werden Freundinnen und Freunde aller Länder zusammenführen und für manche eine Lebenserinnerung sein. Was auch in Zürich zusammenströmen mag, wird geschmückt sein mit denselben Abzeichen, das die Naturfreunde der ganzen Welt allen anderen Organisationen voraus haben, wenn auch Sprachenunterschiede und Grenzpfähle sich dazwischen drängen. Die Abschlußkundgebung am Züricher See wird das zur Wahrheit werden lassen, was Goethe sagt: „Solch ein Gewimmel möcht ich sehn, ein freies Volk auf freiem Grund zu stehn." Die Reichsleitung von Nürnberg hat zu diesem Zweck einige Sonderzüge bereitgestellt, die alle nach Zürich fahren. Auch die Ortsgruppe Breslau wird in Zürich mit ungefähr 25 Mitgliedern vertreten sein. Wir Breslauer aber haben den Weg über Wien gewählt, um auf dem Rückwege das vielbesungene Innsbruck und andere schöne Fleckchen von Salzburg aufzusuchen, da wir die Sondervergütigung haben und die Rückreise auf vier Wochen ausdehnen dürfen. Wien — Zürich wird für alle Teilnehmer nie wiederzugebende Eindrücke hinterlassen, und wer möchte da fehlen? Noch ist es Zeit, und für manchen die nie wiederkehrende Gelegenheit, sich der Bewegung anzuschließen und all die Schönheiten der Natur kennen zu lernen. Im Kreise gleichgesinnter Menschen wandert es sich ganz anders. Wer nie die Gipfel hoher Berge erklommen hat, der kennt nicht dieses erhabene Gefühl, was den Bergsteiger beseelt. Dort, in diesen Höhen, herrscht Ruhe und Frieden. Hier schöpft man neue Kraft und neuen Mut fürs Leben und für die Bewegung.

Wer sich noch anschließen will, erhält über Reisekosten und alles andere gern Auskunft bei Theinert, Breite Straße 23/24.

---

5. Männer- und Jugend-Abteilung F.T.V. Freitag, abends 9 Uhr, im Abteilungslokal, Bartschstraße: Turnspieler- und Leichtathleten-Versammlung. Nächste Abteilungs-Versammlung: 13. Juli, abends 8½ Uhr.

7. Abteilung F.T.V. Handball. 3. und 4. Männermannschaft Donnerstag abend ½7 Uhr im Eichenpark. Freitag auf der Turnhalle zahlt alles das Fahrgeld nach Peisterwitz ein.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität" Breslau. Rennfahrer! Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im Lokal von Böhm, Jahnstraße.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", E. V. Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, treffen sich die Faltbootfahrer im Photoheim, Messergasse 34. — Freitag, den 6. Juli, abends 8 Uhr: Vereinsversammlung im Gewerkschaftshaus. Freund Gauobmann Zimmer spricht. Alles erscheinen.

Freie Kanu-Vereinigung Breslau, E. V. Freitag, 6. Juli, 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt.

2. Frauen-Abteilung Freie Turnerschaft. Diesen Mittwoch ab 18 Uhr Spielen — Leichtathletik — Lobeaufforstung. — Donnerstag Wertungsturnen.

Arbeiter-Schützenbund. Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Reimann, Neue Antonienstraße, Ecke Nikolaistadtgraben.

Arbeit und Wirtschaft

Verbandstag der Schuhmacher.

Einführung der Invalidenunterstützung aus Verbandsmitteln beschlossen.
Abfuhr für die Kommunisten auf der ganzen Linie.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt dieser Tage in Köln seinen 22. Verbandstag ab. Die Arbeiterschaft in der Schuhindustrie ist, wie der Verbands-Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Simon-Nürnberg in seiner Eröffnungsrede hervorhob, zurzeit nur zu etwa 38,5 Prozent voll beschäftigt; 13 Prozent der Arbeiter sind völlig arbeitslos und für 48 Prozent ist die reguläre Arbeitszeit verkürzt worden. Der Niedergang in der Schuhindustrie ist eine internationale Erscheinung. Die tiefere Ursache liegt in der geringen Kaufkraft der breiten Massen. In Deutschland kommt im Jahresverbrauch noch nicht einmal ein Paar Schuhe auf den Kopf der Bevölkerung; in Amerika ist der Verbrauch dreimal so hoch.

Der Verband zählt, wie aus dem Geschäftsbericht des zweiten Vorsitzenden hervorgeht, rund 80 000 Mitglieder. Der Tarifschichtlohn für Schuhindustriearbeiter ist dank der unermüdlichen Arbeit der Organisation in der Berichtsperiode von 70 auf 87 Pf. gesteigert worden. Ebenso gelang es dem Verband, für die in Fließarbeit beschäftigten Arbeiter wichtige Sonderbestimmungen über Lohnhöhe und bezahlte Ruhepausen herauszuholen. Das Verbandsvermögen wurde nach dem Bericht des Hauptkassierers König um 1 272 000 Mark erhöht

Beachtenswerte Organisations- und wirtschaftspolitische Darlegungen brachte ein Vortrag des Vorsitzenden Simon über „Die internationale Verbindung der Schuh- und Lederindustriearbeiter" und das Referat des Professors Dr. Lederer-Heidelberg über „Lohnhöhe, Innenmarkt und Export". Zu einer schärferen Auseinandersetzung kam es bei der von Huber-Nürnberg begründeten Vorlage des Zentralvorstandes auf Einführung der Invalidenunterstützung durch den Verband. Selbstverständlich wandte sich die kommunistische Opposition mit ihren bekannten Schlagworten wie Beeinträchtigung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften usw. gegen die Vorlage. In namentlicher Abstimmung wurde jedoch die Einrichtung der Kasse mit 48 gegen 27 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen beschlossen; allerdings soll noch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern durchgeführt werden. Die Anträge von Erfurt und Stuttgart, die den Abschluß des Reichstarifvertrages in seiner jetzigen Form nicht billigen, wurden gegen 16 Stimmen abgelehnt; ebenso wurden mit großer Mehrheit die Anträge abgelehnt, die eine Beseitigung der heutigen Schlichtungsordnung fordern. Abgelehnt wird ferner ein Antrag auf Herausgabe einer gewerkschaftlichen Jugendzeitung.

In den Statuten werden verschiedene Aenderungen eintreten. So beschloß der Verbandstag u. a. die Erhöhung der Kinderzulage bei der Streik- und Maßregelungsunterstützung auf 1,50 Mark; die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung wird für die Mitglieder, die mehr als 520 Beiträge geleistet haben, von 42 Tagen auf 54 Tage ausgedehnt. — Zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg wurden vier Delegierte gewählt. Die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder und der bisherige Redakteur des Verbandsorgans wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Opposition erklärte, sie lehne es ab, sich an den Vorstandswahlen zu beteiligen, da der Vorstand auf dem Verbandstag sich eine wüste Hetze gegen die Kommunisten geleistet habe.

Die Opposition der Kommunisten auf dem Verbandstag ist ein Kapitel für sich. Der Verbandstag ließ die Konfusionsräte glatt abfallen. Zunächst wurden die Anträge der Opposition, die auf Einladung der Russen zu dem nächsten internationalen Lederarbeiterkongreß abzielten, vom Verbandstag zurückgewiesen. Das gleiche geschah mit den oppositionellen Anträgen auf die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland. Trotz dieses Fiaskos versuchte die Opposition immer wieder, den Verbandstag mit kommunistischer Politik zu behelligen. Sie hatte, um für sich etwas Stimmung zu machen, an die Delegierten u. a. eine Broschüre verbreitet, in der der Vorstand des Zentralverbandes in der schmählichsten Weise heruntergerissen wird. Simon und Lex von der Verbandsleitung sowie Trefflich, der Redakteur des Verbandsorgans, gingen daher gegen die kommunistischen Quertreiber scharf und rücksichtslos vor. Simon nannte die Broschüre ein Verbrechen an der Organisation, denn das Pamphlet habe nur den Zweck, die Einigkeit der Organisation zu erschüttern. Wie Kraut und Rüben warfen die kommunistischen Redner gewerkschaftliche, wirtschaftliche und politische Dinge, Fragen des Völkerbundes, Probleme der Wirtschaftsdemokratie, die Vorgänge bei der Arbeiterbank usw. durcheinander. Sie hatten beim Verbandstag kein Glück, und ernteten vielfach nur Gelächter, so zum Beispiel bei der Feststellung, daß der Redakteur des oppositionellen Organs „Der Rote Schuhmacher" ein — Bauarbeiter ist.

Der Verband der Graphischen Hilfsarbeiter

der soeben in Köln seinen Verbandstag abhielt, kann auf 30 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Die Mitgliederzahl hat sich von 35 000 (im Jahre 1926) auf rund 42 000 erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist von 10¹/₁₀ auf 3⁸/₁₀ Prozent gesunken. Die Verbandskasse weist einen Bestand von 2 005 000 Mark auf. Auf den Kopf des Mitgliedes erhöhte sich das Verbandsvermögen seit den letzten drei Jahren von 9,62 auf 51,42 Mark.

Der Verbandsvorsitzende Pucher behandelte eingehend die Frage des Anschlusses an die Berufsinternationale. Die erweiterte Internationale Sekretariatskommission der Buchdrucker hat die Aufnahme des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter gegen die Stimme des Deutschen Buchdruckerverbandes abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß nach der Satzung der Internationale aus einem Land nur ein Verband Mitglied sein dürfe. Pucher erklärte, diese Satzungsbestimmung habe ursprünglich den Sinn gehabt, zwei konkurrierende Verbände nicht gleichzeitig in die Internationale aufzunehmen. Um solche Verbände handle es sich aber in Deutschland nicht, da jeder Verband nur eine bestimmte Arbeitnehmergruppe organisiert habe und beide Verbände die Arbeitskämpfe gemeinsam führten. Der Verbandstag nahm im Anschluß an die Ausführung Puchers eine Entschließung an, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß das Internationale Buchdruckersekretariat seinen Standpunkt bald ändert.

In der Aussprache über den Bericht des zweiten Vorsitzenden Hornke über die Tarif- und Lohnbewegungen wurde in sehr lebhafter Aussprache zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen des Hilfspersonals

als die zweckmäßigste Kampfmethode gefordert. Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Neueinrichtung einer Sterbekasse hingegen abgelehnt.

Ueber „Die materielle und kulturelle Bedeutung der Frauenarbeit" sprach Gertrud Hanna vom ADGB., über „Die Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit für das kollektive Arbeitsrecht" Oberregierungsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium und über „Die Aufgaben der Jugendbewegung innerhalb des Verbandes" Bildungssekretär Fricke. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in zwei Entschließungen: die eine kritisiert die heutige Art des Aufbaues der Jugendbewegung. Die darin liegenden Hemmungen müßten durch straffe Organisation beseitigt werden. In allen Gauen und Zahlstellen müsse für Zentralisation eingetreten werden. In der zweiten Entschließung wird die Mitgliedschaft bei Werksportvereinen als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Verband bezeichnet. Den Mitgliedern wird empfohlen, sich den Sport- und Kulturorganisationen der Arbeiterschaft anzuschließen.

Die Wahlen zum Vorstand ergaben fast einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Der nächste Verbandstag soll 1931 in Stuttgart abgehalten werden. Der Verbandsleitung wurde für die in den letzten drei Jahren geleistete Arbeit in einer besonderen Entschließung das Vertrauen ausgesprochen.

Entlassungen im Waldenburger Bergbau.

Von der Verwaltung der Fürstensteiner Gruben in Waldenburg ist jetzt erneut einer großen Zahl von Tagearbeitern gekündigt worden. Schon am 15. Juni erhielten 60 Arbeiter von über Tage auf dem zu den Fürstensteiner Gruben gehörenden Tiefbauschacht die Kündigung. Begründet wurde die Maßnahme von der Betriebsleitung mit Betriebseinschränkungen, die sogar soweit durchgeführt werden sollen, daß alle Tagearbeiter auf den genannten Werken übrig werden. Alle über Tage vorhandenen Arbeiten will die Grubenverwaltung an oberschlesische Unternehmer vergeben, in der Erwartung, dadurch besondere Ersparnisse zu erzielen. Da diese Unternehmer nicht verpflichtet worden sind, die zur Entlassung Gekommenen zu beschäftigen, dürften diese in der großen Mehrzahl der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen, zumal diese Unternehmer ihre eigenen Arbeiter hier anzulegen gedenken. Alle Schritte der Betriebsvertretung, hierin eine Aenderung herbeizuführen, sind bisher gescheitert. Das im Waldenburger Revier besonders krasse Wohnungselend wird durch die Heranziehung auswärtiger Arbeiter natürlich noch verschärft, weshalb sich nunmehr die Kommunen mit der Angelegenheit beschäftigen wollen.

Der neue Tarifabschluß im Buchbindergewerbe.

Die wochenlangen Tarifverhandlungen des Buchbindereigewerbes, die im Laufe des Monats Juni geführt wurden, sind soeben abgeschlossen worden. Der neue Vertragsabschluß bringt einen Zeitlohn-, einen Mantel- und Reichsakkordtarif. Der Zeitlohntarif läuft bis zum 3. April 1929, der Manteltarif bis zum 30. Juni 1930 und der Reichsakkordtarif ebenfalls bis zu diesem Termin. Der neue Manteltarif bringt nur wenig Veränderungen. Für den Reichsakkordtarif ist bestimmt worden, daß, wenn in der Zwischenzeit die Zeitlöhne sich erhöhen, die Akkordlöhne im Verhältnis 6 zu 10 steigen und zu gegebener Zeit das Verhältnis Gegenstand weiterer Verhandlungen sein soll. Die jetzige Erhöhung der Akkordlöhne tritt am 5. Juli in Kraft. Es handelt sich dabei um eine Erhöhung der Frauenlöhne von 10 bis 17 Prozent und um eine Erhöhung der Männerlöhne bis zu 20 Prozent; einzelne Sparten sind von der Erhöhung ausgenommen worden. — Die oft sehr schwierigen Verhandlungen brachten, wie man sieht, den Buchbindern einen Erfolg.

Die Arbeitszeitwünsche der landwirtschaftlichen Unternehmer.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer mit der gegenwärtigen Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft höchst unzufrieden sind. Vorsichtigerweise unterließen sie es jedoch bisher, ihre Wünsche klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Das zu tun, ist Herrn Staudinger (Güstrow), Generaldirektor der von Kameke'schen Saatzuchtwirtschaft und Kartoffelzuchtstationen, in Nr. 3 der Zeitschrift „Die Deutsche Zuckerindustrie", Jahrgang 1928, vorbehalten geblieben. Herr Staudinger beschäftigt sich in der erwähnten Zeitschrift mit den Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Arbeitskräften für den Hackfruchtbau zu überwinden sind. Dabei führt er wörtlich folgendes aus:

„Vor 40 bis 50 Jahren war das anders: da gab es prachtvolle Arbeitskräfte für den Hackfruchtbau, denn alljährlich kamen auf die Güter fast immer dieselben sogenannten Landsberger Schnitter. Alles Leute von kleinen Siedlungen, meist ganze Familien, die bis auf ein oder zwei Angehörige, die die Wirtschaft daheim weiterführten, auf den Schnitt gingen. Friedliche, fleißige Leute, die beim Rübenhacken morgens früh um 3 Uhr hinausgingen und, bei zwei Stunden Mittag, spät abends im Dunkeln singend von ihrer Arbeit heimkehrten".

Das ist sehr deutlich. Es soll die Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse erfolgen. Den landwirtschaftlichen Unternehmern soll wieder die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeitszeit der Landarbeiter nach Herzenslust bestimmen zu können.

Um den Eindruck seiner Erklärung zu erhöhen, schreckt Herr Staudinger selbst vor der Erzählung von Märchen nicht zurück. Einige Zeilen weiter schreibt er nämlich:

„Weshalb sangen die Leute, nachdem sie einen Arbeitstag hinter sich hatten, von dem kein Arbeiter heute eine Ahnung mehr hat? Weil sie zufrieden waren mit und bei ihrer Arbeit, sie arbeiteten mit Lust!"

Tatsache ist, daß die überlange Arbeitszeit der Vorkriegszeit die Landarbeiter vollkommen abgestumpft hat und sie dazu brachte, daß sie dem Leben auch nicht die geringste Freude abgewinnen konnten.

Die Landarbeiter sind Herrn Staudinger für seine Offenheit sehr dankbar. Sie wissen nun, was ihnen blüht, und werden durch die Stärkung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes dafür sorgen, daß die Wünsche des Herrn Staudinger für immer Theorie bleiben.

Christliche Methoden.

In der neuen Tarifbewegung auf dem Dortmund-Ems-Rhein-Hannover-Kanal sollen, soweit wir unterrichtet sind, die Christen in der sogenannten Wasserstraßen-Gewerkschaft für ihre Kanalschiffergruppe einen Tarifvertrag bereits abgeschlossen haben. Es ist das anscheinend derselbe Tarifvertrag, die die Arbeitnehmer im vorigen Jahr mit Streik abgewehrt haben. Das Vorgehen der christlichen Organisation ist weiter nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die 27 Mann ihrer Kanalschiffergruppe in der Hauptsache Leute sind, die im vorigen Jahre als Streikbrecher eine wenig rühmliche Rolle gespielt haben. Wenn die Arbeitgeber versuchen sollten, diese saubere Arbeitnehmergruppe von ganzen 27 Mann — bei einer Gesamtmannschaft von 1400 — zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, oder wenn sie auf den Gedanken verfallen sollten, den Vertrag der Christen den Arbeitnehmern aufzwingen zu wollen, dann können sie sich auf etwas gefaßt machen. Sie werden dann über Nacht eine Abwehrbewegung hervorrufen, die an Schärfe hinter dem vorjährigen Kanalschifferstreik nicht zurückbleiben wird.

Veranstaltet vom Ausschuß des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Konflikt zwischen Aerzten und kaufmännischen Berufskrankenkassen.

Seit 20 Jahren bestand ein ungetrübtes Vertragsverhältnis zwischen dem Verband der Aerzte Deutschlands (Hartmannbund) und dem Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen, das die Forderung der Aerzte auf freie Arztwahl verwirklichte und ihnen höhere Honorare sicherstellte, als von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlt wurden. Der Aerzte-Verband übernahm in diesem Vertrage als einzige wichtige Gegenleistung die Verpflichtung, die ärztliche Tätigkeit seiner Mitglieder zu überwachen und ihre Rechnungen und Verordnungen sorgfältig zu prüfen. Als nach dem Kriege die Zahl der Aerzte sich stark vermehrte, und die Einnahmen aus der Privatpraxis zurückgingen, wuchsen die Ausgaben für ärztliche Behandlung bei den kaufmännischen Berufskrankenkassen in solchem Maße an, daß beide vertragsschließenden Parteien es für notwendig erachteten, die Ueberwachung der ärztlichen Tätigkeit durch Vereinbarung von Begrenzungsbestimmungen wirksam zu machen. Trotzdem betrug im Jahre 1927 die Ausgabe der kaufmännischen Berufskrankenkassen für ärztliche Behandlung 34 v. H. der Gesamtausgaben. Der Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen erklärte in den Vertragsverhandlungen, jedem Vertrage zustimmen zu wollen, der die Ausgaben für ärztliche Behandlung nicht weiter erhöhte. Die Forderungen des Hartmannbundes liefen aber darauf hinaus, durch Anwendung einer neuen einseitig vom Aerzte-Verband aufgestellten Gebührenordnung für 1928 die Belastung der Kassen sofort um mehrere Millionen Mark zu steigern und außerdem den Schutz der Krankenkassen, den sie durch die Begrenzungsbestimmungen genossen, unwirksam zu machen. Um den Eintritt des vertragslosen Zustandes zu vermeiden, schlug der Kassen-Verband die Verlängerung des unveränderten alten Vertrages bis zum Schlusse des Jahres 1928 vor. Der Hartmannbund forderte aber auch für die Verlängerung des Vertrages die Abänderung der Begrenzungsbestimmungen in seinem Sinne. Nur an dieser Forderung des Aerzte-Verbandes sind die Verhandlungen gescheitert. Die Kassen haben bei den Verhandlungen immer wieder erklärt, daß sie nicht imstande sind, ihren Mitgliedern eine Beitragserhöhung zuzumuten, die unbedingt vorgenommen werden müßte, wenn die Forderungen des Aerzte-Verbandes erfüllt werden würden.

Generalrat der britischen Gewerkschaften gegen Cook.

Die ständigen Quertreibereien, die sich der Bergarbeitersekretär Cook in den letzten Monaten zuschulden kommen ließ, haben den Generalrat der britischen Gewerkschaften, dem Cook als Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes angehört, veranlaßt, den Verband der Bergarbeiter um eine gemeinsame Aussprache zu ersuchen, die am Donnerstag stattgefunden hat. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Sitzung hat außer ungerechtfertigten persönlichen Angriffen Cooks gegen seine Kollegen im Generalrat Cooks ständiger Kampf gegen die vom Generalrat offiziell gebilligten Verhandlungen mit den Unternehmern gebildet. In der dreistündigen Sitzung entwickelte der Generalsekretär der Gewerkschaften Citrine die Schwierigkeiten, die in der gesamten Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens infolge von Cooks Agitation entstanden seien.

Es wurde beschlossen, Citrines Rede dem Gesamtvorstand des Bergarbeiter-Verbandes zu übermitteln, ehe weiter Schritte beschlossen werden sollen. Wie verlautet, hat die Aussprache, in der deutlich wurde, daß Cooks Auffassung keineswegs von der Mehrheit seines eigenen Vorstandes gebilligt wird, an Schärfe gegenüber Cook nichts zu wünschen übrig gelassen.

Gewinne werden abgeschrieben.

In Silberbergs Braunkohlenreich am Rhein hat man immer verstanden, gute privatkapitalistische Musik zu machen. Dr. Silberberg ist derjenige Mann, der vor einiger Zeit mit den Erwinnen seiner Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation bei der Harpener Bergbau A.-G., dem bedeutendsten reinen Steinkohlen-Zechenkonzern des Ruhrgebiets, festgesetzt und im Ruhrkohlenbergbau jene berühmte Abschreibungstheorie eingeführt hat, die schließlich von Professor Schmalenbach in seinem Steinkohlengutachten zur großen Zufriedenheit der Zechenherren an der Ruhr akzeptiert worden ist. Die Abschreibungen sind im Bergbau allgemein zu niedrig. Das ist Silberbergs These, und danach handelt er auch, um außer durch andere Kunstgriffe die Gewinne seines Konzerns gründlich zu verstecken.

Die Entwicklung der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation war auch in dem am 31. März abgeschlossenen letzten Geschäftsjahr glänzend. Die Kohlenförderung stieg um 10,3 Prozent auf 14,0 Millionen Tonnen, der Kohlenabsatz um 9,8 Prozent auf 2,8 Millionen Tonnen, die Brikettherstellung um 9,9 Prozent auf 3,7 Millionen Tonnen, der Brikettabsatz um 10,1 Prozent auf ebenfalls 3,7 Millionen Tonnen. Das Brikettkontingent der Gesellschaft wurde um fast 25 Prozent überschritten. Die auf der Braunkohle aufgebaute Tochtergesellschaft des Konzerns, das Rheinische Elektrizitätswerk im Braunkohlenrevier hat seinen Stromabsatz um rund 20 Prozent auf 252,6 Millionen Kilowattstunden erhöht.

Aber Silberberg bringt es fertig, mit 7,58 gegen 7,51 Millionen Mark Reingewinn fast nur denselben Ueberschuß aufzuweisen. Dabei haben sich die Generalunkosten gegenüber dem Vorjahre mit 2,18 gegen 2,15 Millionen fast nicht verändert. Die Steuern sind mit 4,82 gegen 5,30 Millionen sogar gesunken. Dafür aber sind die Abschreibungen, obwohl die Werke aus laufenden Gewinnen, also ohne neuen Kapitalaufwand, beträchtlich erweitert worden sind, auf 5,39 Millionen Mark erhöht worden sind. Neu erworbene Beteiligungen sind nicht ausgewiesen worden, die offenen Reserven — von den stillen Reserven nicht zu sprechen — und die Bankguthaben sind erheblich höher.

So bleibt es nach dem Willen und der Kunst Silberberg bei den 10 Prozent Dividende, die schon im vorigen Jahr verteilt wurden. Wenn im Sommer die Lohntarife revidiert werden, werden die Rheinischen Braunkohlenbergwerksgesellschaften Silberbergs Methoden hoffentlich richtig in Ansatz bringen.

Wer ist Woolworth?

Seit einigen Jahrzehnten erfährt der sogenannte Einzelhandel, d. h. die Warenvermittlung an den letzten Konsumenten, gewaltige Umwälzungen. Die eindrucksvolle und historisch bedeutsamste, auch vom Klassenstandpunkt der organisierten Arbeiterschaft aus, ist die Emanzipation der Verbrauchermassen selbst vom vermittelnden privaten Handel, wie sie es in dem Riesenbau der Konsumgenossenschaften mit ihren Milliardenumsätzen zum Ausdruck kommt. Aber auch von großkapitalistischer Seite aus erfolgt die Aufrollung der traditionellen Einzelhändlerfront durch die kapitalistische Massierung des Einzelverkaufs an die letzten Konsumenten durch immer größere Warenhauskombinationen, zu denen in der neuesten Zeit, von Amerika importiert, die Einheitspreis- und Kettenläden gekommen sind. Ihr wichtigster Repräsentant ist die amerikanische Woolworth-Gesellschaft.

Wer ist und was will Woolworth? Was tut Woolworth in Deutschland? Seit Januar 1927 besteht in Berlin die F. W. Woolworth Co. m. b. H., eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Woolworth Corporation. Das Programm der Gesellschaft umfaßt nicht nur den Handel, sondern auch die Produktion. 1925 wurde in Sonneberg dem Zentrum der thüringischen Glas- und Spielwarenindustrie, mit dem Bau eines Großeinkaufshauses durch Woolworth begonnen. Im April dieses Jahres erfolgte der Erwerb einer Schokoladenfabrik (Halter-Schokoladenwerke, A.-G., Hamburg). Im Norden Berlins besteht seit mehr als einem Jahre ein Versuchsladen, im Südwesten Berlins, mitten in den Arbeitervierteln, wird ein vierstöckiges Gebäude für Woolworth eingerichtet. Die Pläne der Woolworthgesellschaft in Deutschland sind sehr großzügig: in nächster Zeit sollen nicht weniger als 200 Woolworthläden und -Warenhäuser in Deutschland errichtet werden. Daß solche Pläne für Europa keineswegs undurchführbar sind, ergibt sich daraus, daß in England bereits 400 Läden der gleichen Gesellschaft existieren.

Das Prinzip, durch das Woolworth groß wurde, ist die Verbindung des kleinen Spezialgeschäfts mit den Vorteilen der kapitalkräftigsten Warenhaus- und Produktionsgesellschaft. Bei den Läden achtet man auf billige Miete, einfache Verwaltung, beschränkt sich auf eine bestimmte Anzahl Waren, verzichtet auf eine luxuriöse Einrichtung. Auf der anderen Seite erfolgt der Einkauf in allergrößtem Maßstabe, man macht ganze Industriezweige direkt von sich abhängig, und da die Gesellschaft auch selbst viel produziert, so werden nicht nur die Gewinne des Großhandels, sondern auch die des Produzenten mit erfaßt. Die Zentralverwaltung der riesenhaft gewachsenen amerikanischen Gesellschaft befindet sich in Newyork im Woolworth-Haus, dem größten Wolkenkratzer Newyorks und der Welt. In 1480 Läden wurden 1927 273 Millionen Dollar oder rund 1,15 Milliarden Mark umgesetzt. Der Reingewinn beträgt jährlich etwa 30 Millionen Dollar oder über 120 Millionen Mk., eine Gewinngrundlage, von der aus die Expansion mit Riesenschritten weitergetrieben werden kann. Woolworth steht in Amerika nicht allein, es gibt gegenwärtig rund 30 Kettenläden-Konzerne, deren Umsatz 1927 rund 6 Milliarden Mark betrug.

Es ist natürlich, daß schon die verlockenden großen Gewinne die deutschen Warenhauskonzerne — insbesondere Karstadt und Leonhardt Tietz in Köln zur Gründung von Einheitspreisläden anregen. Dabei sind allerdings die privaten Kleinhändler keineswegs die einzigen Leidtragenden bei dieser Entwicklung. Es gehören insbesondere auch die Angestellten dazu, da das Woolworthprinzip darin besteht, Verkauf und Buchführung so einfach und primitiv wie möglich zu halten, so daß fast durchweg Angestellte ohne besondere Vorkenntnisse verwendet werden. Der Lohnanteil am Umsatz ist hier infolgedessen geringer als bei irgendeinem anderen Verkaufssystem. Es wird auch hier darauf ankommen, daß die schärfste gewerkschaftliche Organisation der Angestellten die Herabdrückung des Lebens- und Lohnniveaus verhindert.

Darüber hinaus hat die Arbeiterschaft als Masse der breiten Konsumenten die Woolworth-Läden nicht zu fürchten. Die Stärkung und der Ausbau der Konsumgenossenschaften bleibt auch hier das wirksamste Mittel des Konsumentenschutzes, da in der heutigen Konsumgenossenschaftsorganisation von vornherein größter Einkauf und Eigenproduktion, die billigste Finanzierung, der direkte Verkauf an den letzten Verbraucher gegeben sind und vor allem der gesamte Nutzen aus der Warenverteilung den Verbrauchern selbst gehört, nicht aber privatkapitalistischen Unternehmungen zufließt.

Soziales.

Die Verbesserung der Rentnerfürsorge in Preußen

bezweckte eine Verordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt. Wie amtlich mitgeteilt wird, macht sie den Fürsorgeverbänden in Zukunft die Pfandnahme an dem üblichen Hausrat und Familienerbstücken der Rentner unmöglich und garantiert damit den Rentnern die freie Verfügung über diese Gegenstände. Sie verbietet ferner, daß gegenüber Rentnern, die weiteres Vermögen nicht besitzen und die von Hausgenossen unterstützt oder gepflegt werden, die Fürsorge von einer besonderen Verpflichtung zur Rückzahlung der Unterstützung abhängig gemacht wird. Auch sonst erschwert sie die Zulässigkeit der ausdrücklichen Verpflichtung zur Rückerstattung und deren Sicherstellung. Die auf eigenem kleinen Hausgrundstück wohnenden Rentner und deren bedürftige Angehörige schützt sie endlich davor, daß der Fürsorgeverband Befriedigung aus einer auf dem Grundstück bestellten Sicherheit sucht, solange es eine dieser Personen bewohnt. Dagegen hat die Verordnung einige Ende März d. J. vorgenommene Aenderungen der Reichsgrundsätze für die Fürsorge in das preußische Recht nicht übernommen, da sie zur Besserung der Fürsorge ungeeignet und unzureichend erscheinen.

Aus aller Welt

Mittwoch, 4. Juli 1928

20 Tote?

Das Ende der faschistischen Nordpolfahrt.

An der Rettung der verunglückten „Italia"-Mannschaft sind bis jetzt 20 Flugzeuge, ungefähr 20 Schiffe und viele Schlitten- und Skipatrouillen mit ungefähr 500 Menschen beteiligt. Insgesamt dürften bisher etwa 5 Millionen zur Rettung der verunglückten Opfer des faschistischen Wahnsinns zur Verfügung gestellt worden sein. Mehr als eine Million ist nach den vorliegenden Feststellungen bereits verausgabt worden, ohne daß vorerst irgend ein Erfolg zu verzeichnen wäre. Amundsen muß ebenfalls als ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft betrachtet werden; ebenso dürfte der größte Teil der „Italia"-Mannschaft die Heimat niemals wiedersehen. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn die Empörung der nordischen Völker gegen Nobile von Tag zu Tag wächst. Man spricht bereits davon, daß die „Citta di Milano" Spitzbergen wahrscheinlich bald verlassen muß, um Demonstrationen zu entgehen. Indessen funkt Nobile tagtäglich endlose Kundgebungen in die Welt hinaus, statt zu schweigen. Auf seinem Gewissen lasten voraussichtlich mehr als 20 Tote.

Die Meldung von der Auffindung der Viglieri-Gruppe und der Rettung Lundbergs entspricht nicht den Tatsachen. Auch die Nachricht von dem Auffinden der Leiche Amundsens wird als eine Mystifikation bezeichnet.

Erblich belastet, trotzdem zum Tode verurteilt.

Der Mädchenmörder Kiebach wurde am Dienstag vom Landgericht II in Berlin zum Tode verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete ebenfalls auf die Todesstrafe, da „unzweifelhaft Mord vorliege."

Im Verlauf der Verhandlungen wurde am Dienstag zunächst die Frau des Arbeiters Buettgen vernommen, der Kiebach zur Anzeige gebracht hat. Die Zeugin erzählt, daß ihr Mann, der früher einmal in Beziehungen zu der Schwester Kiebachs gestanden habe, eines Tages mit der entsetzlichen Mitteilung gekommen sei, daß sich Kiebach zu der Tat bekenne. Sie habe sofort auf eine Anzeige bestanden, ohne daß ihr Mann dem entsprochen hätte. Buettgen habe auch ein Paket mitgebracht, in dem sich zerrissene Sachen, darunter ein Schlips und blutige Handschuhe, die mit der Tat in Verbindung standen, befanden. Wiederholt habe es Streit zwischen ihrem Ehemann und ihr gegeben, weil er es ablehnte, der Polizei von den Aeußerungen seines Freundes Mitteilungen zu machen. Anschließend wird der Ehemann der Zeugin, der Arbeiter Heinrich Buettgen, vernommen. Er ist viermal, insbesondere wegen Diebstahl, vorbestraft und hat Kiebach im Gefängnis kennen gelernt. Der Zeuge macht einen etwas bedrückten Eindruck. Er wird nach seinen eigenen Darstellungen wegen seiner Anzeige von gewissen Kreisen nach wie vor verfolgt. Buettgen gibt zu, daß er mit Kiebach gelegentlich einmal einen gemeinsamen Einbruch vorbereitet habe und ganz überrascht war, als ihm sein Freund mitteilte, den Mord an der Dora Perske begangen zu haben. Das bei der Tat verwendete Eisenlineal und das Paket mit zerrissenen Kleidungsstücken habe ihm Kiebach am Abend nach der Tat übermittelt. Ueber das Verbrechen selbst habe sein Freund erzählt, daß sich die Perske sehr gewehrt hätte. Er habe von dem harten Schädel seines Opfers gesprochen und erklärt, daß er deshalb immer wieder zugeschlagen habe, bis das Mädchen bewußtlos zusammenbrach. Außerdem hätte er geäußert, daß, selbst wenn die Dora Perske zum Bewußtsein kommen sollte, ihr Verstand infolge der furchtbaren Schläge herabgemindert sein würde und sie ihn garnicht wiedererkennn könnte. Auch von einem Rasiermesser, das er unter Umständen verwendet haben würde, habe Kiebach gesprochen. Der Zeuge schließt seine Bekundungen mit der Feststellung, daß er ohne seine Frau den Kiebach nicht angezeigt haben würde.

Unter starker Bewegung im Saale wird dann die Mutter des Angeklagten verhört. Sie behauptet, daß insbesondere der Vater, der gelegentlich trinke und hin und wieder roh zu dem Angeklagten war, an dessen Elend viel Schuld trage. Der Vater selbst verweigert die Aussage, während die Schwester des Verbrechers ebenfalls einen großen Teil der Schuld auf ihren Vater abwälzt und ihn als Trinker bezeichnet. Diese Aeußerung veranlaßt den Vater, mit lauter Stimme dazwischen zu rufen: „Unsinn, ich bin nie betrunken gewesen!" Der Vorsitzende ermahnt daraufhin den Zeugen, sich zu mäßigen. — Die Braut des Angeklagten erwidert auf eine Anfrage des Vorsitzenden, daß sie die Beziehungen zu Kiebach noch nicht gelöst habe, sie bleibt daher unvereidigt. Schließlich wird noch ein Kaufmann Schwarz vernommen, der zeitweilig mit dem Vater Kiebachs in Verbindung stand und dessen Sohn kannte. Als er von ihm eines Tages aufgesucht wurde, habe er den Eindruck gehabt, daß Kiebach damals irgendeinen unheilvollen Plan gegen ihn schmiedete. Er habe das Zimmer bereits mit einer Eisenstange betreten und nach seiner Meinung sei nur durch ein Geschick ein Verbrechen verhindert worden. — Der Angeklagte nahm das Urteil gelassen hin.

Ein Straßenbahnwagen umgestürzt.

An der Stralauer-, Ecke Neue Friedrichstraße in Berlin ereignete sich am Dienstag vormittag ein Straßenbahnunglück, durch das insgesamt 15 Personen schwer bzw. leicht verletzt wurden. Der Anhänger eines Straßenbahnwagens sprang aus den Schienen und kippte um. Als Ursache des Unglücks wird ein Mangel an der Fahrrille bezeichnet. Die Rille war vor wenigen Tagen neu geschweißt worden; angeblich wurde es unterlassen, sie genügend tief auszufeilen.

Ein schweres Autounglück.

Ein Fleischerwagen aus Rheda (Westfalen), der zum Wochenmarkt nach Herne fuhr, streifte einen Wagen der Straßenbahn, geriet ins Schleudern und stürzte in einen Graben. Bei dem Sturz wurden zwei Insassen des Wagens getötet, der Führer und seine neben ihm sitzende Frau kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Deutsche Hilfe für Nobile.

Deutschland wird in diesen Tagen zwei weitere deutsche Wasserflugzeuge nach Kingsbay entsenden. Das eine der Flugzeuge wird voraussichtlich von dem bekannten Flieger Udet gesteuert werden. Die Flugzeuge dürften am Mittwoch oder Donnerstag starten.

Eine 15köpfige Diebesbande verurteilt.

Die 15köpfige Diebesbande, die im vorigen Jahre in der Gegend von Minden durch ihre Fenstereinbrüche großes Aufsehen erregte, wurde zu insgesamt 19½ Jahren Zuchthaus, 12 Jahren Gefängnis und 40 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Ballon „Münster" in Amerika verunglückt.

Von dem Führer des deutschen Ballons „Münster", der zuerst als Sieger im Gordon-Bennett-Flug genannt wurde, und dessen Notlandung im Bergland bei Lynchburg (Virginia) gemeldet wurde, ist in Münster folgendes Telegramm angekommen:

„In der zweiten Nacht 11 Uhr Ballon verunglückt. Starke Gewitterböen rissen Ballon 5000 Meter, schleuderten ihn zum Schluß auf trockenen Urwaldboden. Gas entwich. Ballonzustand nicht erkennbar. Bergung erscheint unmöglich. Mitfahrer gesund, sonst leicht verletzt. Nach mühevollem Marsch endlich in Lynchburg."

D-Zug Stuttgart—München entgleist.

Am Dienstag nachmittag ist der von Stuttgart nach München fahrende D-Zug bei der Einfahrt in die Station Ulm mit Lokomotive und Tender entgleist. Ein Postbeamter erlitt einen Nervenschock, zwei Reisende wurden leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Der Zug konnte mit einstündiger Verspätung die Fahrt fortsetzen.

Hagel-Katastrophe im Trierer Weinbaugebiet.

Das Trierer Weinbaugebiet wurde am Dienstag nachmittag von einem schweren Hagelwetter heimgesucht, das fast die gesamte Wein- und Obsternte in den Gemarkungen der oberen Mosel und des Ruwer-Tales vernichtete. Man beobachtete Hagelkörner bis zu Hühnerei-Größe.

Flugzeugabsturz in Staaken.

Am Dienstag nachmittag stürzte in Staaken aus etwa 300 Meter Höhe ein Flugzeug der Verkehrsfliegerschule ab. Der Pilot sprang aus etwa 100 Meter Höhe von seinem Führersitz ab und ließ sich mit einem Fallschirm nieder, sodaß er ohne nennenswerte Verletzungen glatt auf dem Erdboden landete. Das Flugzeug wurde völlig zertrümmert.

Schrecklicher Selbstmord.

Auf schreckliche Weise hat in Leoben der Bergarbeiter Krobath, kommunistischer Betriebsrat des Betriebes Seegraben, der Alpinen Montangesellschaft Selbstmord verübt. Seine Frau wurde Montag früh durch eine heftige Detonation aus dem Schlafe gerissen. Als sie mit einigen Nachbarn auf die Straße eilte, fand sie etwa 200 Meter vom Hause den furchtbar zerstümmelten Körper ihres Mannes. Wie die Gendarmerie feststellte, hatte Krobath etwa zehn Dynamitpatronen, die er mit einer Zündschnur um seinen Körper gebunden hatte, zur Explosion gebracht. Der Körper des Unglücklichen wurde in tausend Stücke gerissen. Den Kopf fand man etwa 20 m vom Körper entfernt auf. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht festgestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Selbstmord Krobaths mit seiner Tätigkeit als kommunistischer Betriebsrat zusammenhängt.

Vulkanausbruch auf den Philippinen.

Auf den Philippinen ist die Stadt Libog von den Lavamassen des bei der Stadt liegenden Vulkans beinahe ganz verschüttet worden. Die Stadt konnte noch rechtzeitig von den Einwohnern verlassen werden.

Wieder schwere Tornado-Schäden in Amerika.

Am Montag fielen einem Tornado in den Nordweststaaten der U.S.A. fünf Personen zum Opfer. Der angerichtete Gebäude- und Flurschaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Ein neuer Weltrekord im Hürdenlaufen.

In Detroit hat der Olympiameister im Hürdenlaufen vom Jahre 1924, Morgan Taylor, einen neuen Weltrekord im 400-Meter-Hürdenlauf aufgestellt, in dem er die Strecke in 53,1 Sekunden zurücklegte.

Blutiger Streit um ein Mädchen.

In der Gegend von Perugia in Italien kam es zwischen Einwohnern eines Dorfes zum Streit um ein Mädchen, in dessen Verlauf der Vater des Mädchens durch einen Steinwurf getötet und dreißig Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Banditen unter sich.

In Brooklyn wurde der Chicagoer Bandenführer Frank Yale überfallen und getötet aus Rache für den Tod des Antibandenführers Murphy. Die Täter entkamen unerkannt. Die Polizei fand die Leiche des Yale in seinem Kraftwagen, der scheinbar führerlos noch ein Stück weitergefahren ist.

Streit der Gerichte um den Marseiller Frauenmörder.

Um die Person des Marseiller Frauenmörders Pierre Rey streiten sich die Gerichte von Algier und Marseille. Ersteres will den Mörder nicht herausgeben, weil ihm, wie erst jetzt aufgedeckt wurde, die Ermordung eines Kraftwagenführers zur Last gelegt wird.

Militäraufgebot gegen raufende Schüler und Arbeiter.

In Aix begingen Abiturienten ihr Examen mit einem fröhlichen Umzug durch die Stadt. Dabei kam es zwischen ihnen und Arbeitern zu einem Zusammenstoß, der so ausartete, daß selbst Schußwaffen beiderseits gebraucht wurden. Militär mußte aufgeboten werden, um die streitenden Parteien zu trennen.

Verhängnisvolles Großfeuer.

In einem polnischen Dorf bei Kralitsch vernichtete ein Großfeuer 27 Wohnhäuser und über 50 Ställe und Scheunen. Mehrere Personen kamen in den Flammen um. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Flugzeugabsturz in Warschau.

Am Montag nachmittag stürzte im Osten Warschaus ein Flugzeug ab und fiel brennend in die dortigen zu dieser Zeit sehr belebten Anlagen. Die Insassen des Flugzeuges verbrannten. Eine große Anzahl Passanten wurde schwer verletzt.

Schwere Gasvergiftungen in Budapest.

In einem Hause in der Leopoldstadt in Budapest ereignete sich eine schwere Zyangasvergiftung. Ein Mieter einer im zweiten Stock gelegenen Wohnung ließ seine Wohnung durch eine Gesellschaft von Ungeziefer-reinigen. Durch die Fenster drang das Gas in die tiefer gelegenen Wohnungen ein. Zwanzig Personen mußten mit lebensgefährlichen Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht werden.

60 Millionen Franken unterschlagen.

Die Unterschlagungen der Versailler Einnehmerin Bourgeot scheinen weit über die zuerst genannten 15 Millionen Franken hinauszugehen. Man schätzt den Verlust der Rentner und insbesondere religiöser Organisationen auf über 60 Millionen Franken.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Kraftwagen bei Ypern.

Am Montag wurde an einem Bahnübergang bei Ypern ein mit englischen Touristen besetzter Kraftwagen von einem Eisenbahnzug erfaßt. Sämtliche dreizehn Insassen wurden verletzt, darunter drei schwer.

Ein englischer Kreuzer bei Halifax gescheitert.

Der englische Kreuzer „Dauntleß" ist am Montag nachmittag infolge dichten Nebels bei Harringoove, zehn Meilen von Halifax, auf einen Felsen gelaufen. Der Kreuzer geriet alsbald in solche Gefahr, daß er S.O.S.-Rufe aussandte. Die Rettungsarbeiten von fünf Schleppern, die das Kriegsschiff abschleppen wollten, erwiesen sich als vergeblich. Da das Schiff auseinanderzubrechen drohte, gab der Kommandant den Befehl, daß die Mannschaft den Kreuzer räume. Die Räumung ging in voller Ordnung vor sich.

Zwei italienische Ozeanflieger nach Argentinien gestartet.

Rom, 3. Juli. Die beiden italienischen Rekordflieger Ferrarin und Del Perte sind am Dienstag abend gegen 20 Uhr zu einem Ozeanflug über Algier, Gibraltar und Westafrika nach Buenos Aires gestartet. Mit dieser 7500 Kilometer langen Strecke wollen sie Chamberlains Streckenrekord Amerika—Deutschland brechen.

Explosionsunglück auf einem französischen Kriegsschiff.

Eine Explosion auf dem in Cherbourg auf Dock liegenden Aviso „Reims" kostete einem Maschinenmeister das Leben und verletzte acht Matrosen schwer.

Ein folgenschwerer Autozusammenstoß.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich auf der Straßenkreuzung von Melun-Fontainebleau. Mitten bei dem Kreuzungspunkt stießen zwei Kraftwagen zusammen und wurden völlig zertrümmert. Die sechs Insassen wurden in bewußlosem und schwerverletztem Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

Unerwünschte Gäste.

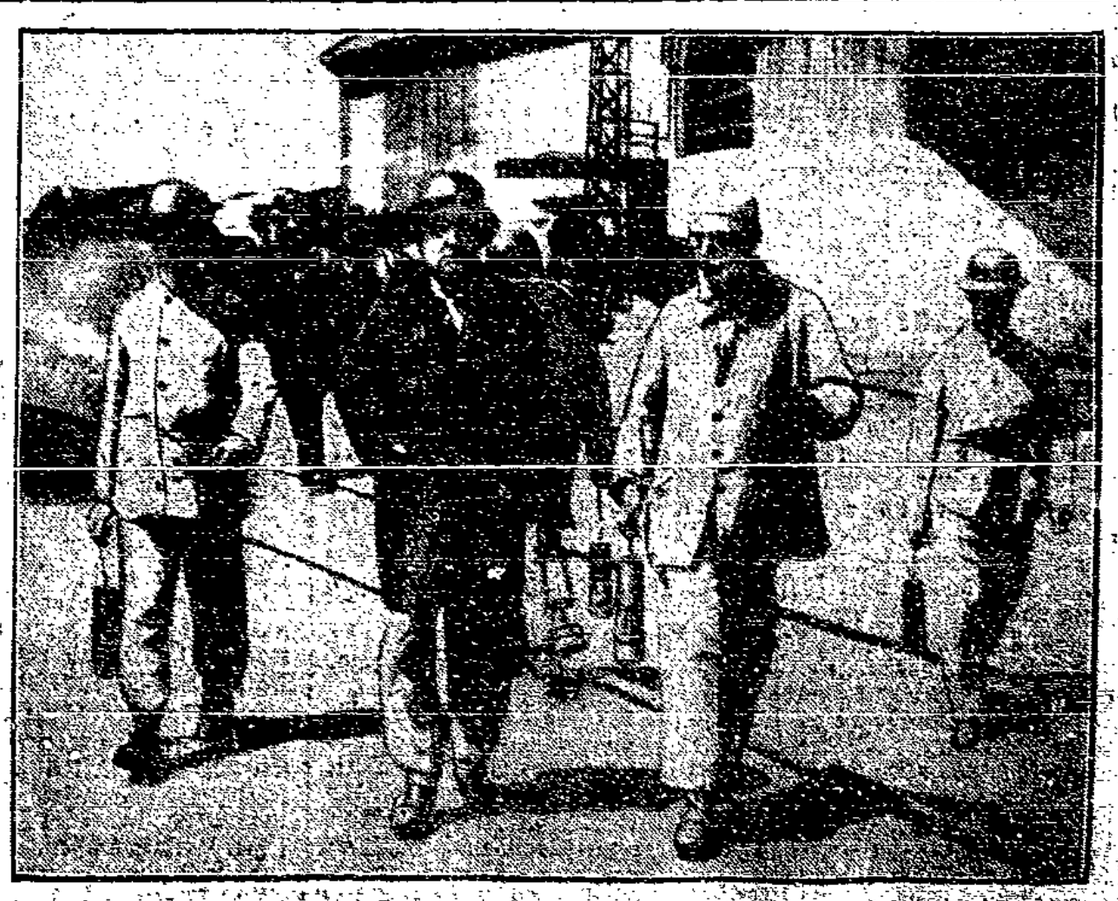
Ein italienisches Fliegergeschwader, das sich zurzeit in London aufhält, will auf dem Rückflug nach Italien in Berlin landen. Einem entsprechenden Gesuch der italienischen Regierung ist noch vom Kabinett Marx stattgegeben worden.

England beerbt eine ertrunkene Ozeanfliegerin.

Die Eltern der bei einem Ozeanflug umgekommenen Lady Mackey haben das Erbe ihrer Tochter im Werte von zehn Millionen Mark dem englischen Staat geschenkt.

Die Grubenkatastrophe in Frankreich.

Im Bergwerk Roche-la-Molière ereignete sich eine Grubengasexplosion, bei der 55 Bergleute den Tod fanden. Im Bilde: Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu (in der Mitte), begibt sich in Bergarbeiterkleidung in den Unglücksschacht, um die Ursachen der Katastrophe und die getroffenen Hilfsmaßnahmen nachzuprüfen.



Fortschreitende Elektrifizierung der Schlesischen Bahnen

Die Vorteile elektrischer Zugkraft.

Im Jahre 1911 wurde auf den schlesischen Gebirgsbahnen mit den Arbeiten zur Einrichtung elektrischer Zugförderung begonnen. Zunächst wurden die Strecken Königszelt—Lauban, Niedersalzbrunn — Bad Salzbrunn — Halbstadt, Ruhbank — Liebau und Hirschberg — Schreiberhau — Grünthal — Polaun ausgebaut. Diese bergigen, kurvenreichen Strecken waren ausgewählt worden, um die Sicherheit des elektrischen Betriebes unter besonders schwierigen Verhältnissen zu erproben. Namentlich auf der Schreiberhauer Strecke werden die Fahrleitungen im Winter durch Sturm, Schnee und Rauhreif einer harten Prüfung ausgesetzt. Diese Strecke überwindet zwischen Petersdorf und Jakobstal in gleichmäßiger Steigung von 1 : 40 einen Höhenunterschied von fast 600 Metern. Sie erreicht mit diesen Maßen die Steigung der großen Rampe bei Göschenen an der Gotthardbahn in der Schweiz. Im Jahre 1914 wurde dann mit den ersten Versuchsfahrten begonnen. Durch den Krieg aber erlitten die Arbeiten eine starke Verzögerung, sodaß erst 1921 der elektrische Betrieb zwischen Königszelt und Lauban aufgenommen werden konnte. Diese beiden Bahnhöfe waren als Endpunkte der Versuchsstrecke ausgewählt worden, weil zwischen ihnen der gebirgige Teil der Strecke liegt. Da beide Bahnhöfe aber als Lokomotiv-Wechselstationen wenig geeignet sind, wurde schon im Jahre 1923 die Strecke Lauban—Görlitz in den elektrischen Betrieb einbezogen.

Vor einigen Monaten konnte nun auch zwischen Breslau und Königszelt der elektrische Betrieb eröffnet werden, so daß jetzt die elektrischen Lokomotiven von

Breslau bis Görlitz

(etwas mehr als 200 Kilometer) durchlaufen. Neu hinzugekommen sind außerdem die elektrifizierten Strecken Lauban—Kohlfurt und Lauban—Marklissa, so daß jetzt in Schlesien ein zusammenhängendes Netz von rund 350 Kilometern Streckenlänge elektrisch betrieben wird.

Den erforderlichen Strom liefert ein besonderes Bahnkraftwerk in Mittelsteine, Grafschaft Glatz, in dem minderwertige, für andere Verwendung ungeeignete Staubkohle aus einer benachbarten Grube verfeuert wird. Mit einer Spannung von 80 000 Volt wird der Strom durch Fernleitungen vom Kraftwerk zu drei Unterwerken geleitet, die in Niedersalzbrunn, Hirschberg und Lauban unmittelbar an der Hauptstrecke liegen. In diesen Unterwerken wird der Strom auf normale Fahrdrahtspannung, 15 000 Volt, gebracht und auf die verschiedenen Streckenabschnitte verteilt. Mit dieser hohen Spannung fließt der Strom aus dem Fahrdraht in die elektrischen Lokomotiven, leistet in den Lokomotivmotoren seine Arbeit und fließt durch die Eisenbahnschienen wieder zum Unterwerk zurück.

Rund 100 elektrische Lokomotiven und Triebwagen stehen für die Beförderung der Personen- und Güterzüge auf den schlesischen Gebirgsbahnen zur Verfügung. Die neuesten

elektrischen Schnellzuglokomotiven

haben eine Leistung von 4000 Pferdekräften. Sie können Schnellzüge von 600 000 Kilogramm Wagengewicht auf Steigungen von 1 : 100 mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometern in der Stunde befördern. Die Güterzuglokomotiven schleppen auf der gleichen Steigung Züge von 1 300 000 Kilogramm Gewicht mit einer Geschwindigkeit von 40 Kilometern in der Stunde. Züge, die früher auf unseren Gebirgsstrecken nur mühsam von zwei Dampflokomotiven bergauf geschleppt werden konnten, werden heute von einer elektrischen Lokomotive mit erheblich größerer Geschwindigkeit befördert. Die erhöhte Reisegeschwindigkeit bedeutet für die Fahrgäste einen wesentlichen Vorteil und für die Reichsbahn eine erhebliche Ersparnis an Lokomotiven und Personal. Außerdem ist die elektrische Lokomotive im Gegensatz zur Dampfmaschine stets betriebsbereit. Die Dampflokomotive muß vor der Fahrt angeheizt, nach jeder Fahrt ausgeschlackt, mit Kohle und Wasser versorgt und für die Rückfahrt auf einer Drehscheibe gedreht werden. Die elektrische Lokomotive dagegen kann wenige Minuten nach ihrer Ankunft auf dem Zielbahnhofe einen Zug für die Rückfahrt übernehmen. Ein weiterer Vorteil des elektrischen Betriebes ist die

völlige Rauchfreiheit.

Gerade bei einer Fahrt auf den landschaftlich schönen Strecken des schlesischen Gebirges wird es jeder als besondere Annehmlichkeit empfinden, daß die Freude am offenen Fenster nicht durch Rauch und Ruß beeinträchtigt wird.

Schließlich, und das ist einer der Hauptgründe zur Einführung elektrischer Zugförderung, bringt der elektrische Betrieb eine erhebliche

Eine neue Neißebrücke bei Priebus.

Sozialdemokratische Aufbauarbeit.

Am Sonnabend wurde hier die neue 150 Meter lange Neißebrücke im Beisein zahlreicher Behördenvertreter dem öffentlichen Verkehr übergeben. Sie ersetzt ein Holzbrücke, deren Pfähle seit zirka 200 Jahren stehen, die aber bei jedem Hochwasser mit fortschwamm. Die neue Brücke ist ein Werk des sozialdemokratischen Bürgermeisters Genossen Klenke, der unter heftigen Widerständen des Priebuser Krähwinklertums den Bau durchsetzte. Die Brücke führt von Priebus nach Podrosche und ist die Grundlage zur Belebung des Verkehrs auf einer Jahrhunderte alten Straße, die Sachsen mit dem nördlichen Schlesien verbindet. Bürgermeister Genosse Klenke wurde selbst von seinen politischen Gegnern am Tage der Eröffnung sehr gefeiert.

Autobusunglück bei Freiwaldau.

23 Verletzte.

Sonnabend stürzte bei der Schwarzengrabenbrücke der nach dem Roten Berg verkehrende Autobus in den zehn Meter tiefen Schwarzengraben. Der Autobus überschlug sich mehreremale und blieb zertrümmert liegen. Die 22 Insassen und der Lenker wurden mehr oder weniger erheblich verletzt. Die Ursache des Unfalles soll in dem Versagen der Steuerung zu suchen sein.

Bildungskursus in Centnerbrunn.

Der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet in der Zeit vom 12. August bis einschließlich 18. August einen Bildungskursus im Volkshaus Centnerbrunn. Als Leiter ist Genosse Dr. Brill-Weimar gewonnen, der über „Die Probleme des Einheitsstaates des deutschen Reichs- und Länderstaatsrechts", sowie über „Die Verwaltungsreform und die Grundlagen des Völkerrechts" sprechen wird. Wünschenswert, jedoch nicht unbedingt erforderlich ist die Kenntnis folgender Schriften: Marx-Engels „Das kommunistische Manifest", Engels „Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", Lassalles „Verfassungswesen". Mitzubringen ist ferner eine Textausgabe der Weimarer Verfassung. Die angegebenen Schriften können durch das Bildungssekretariat bezogen werden.

Die Kursusgebühr beträgt, außer dem Fahrgeld, für Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer nur 5 Mark.

Anmeldungen sind bis spätestens 1. August 1928 an Fritz Ohlig, Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 43a, zu richten.

Der Bezirks-Bildungs-Ausschuß.

Soziale Aufgaben der Sozialdemokratie im neuen Kreistage Breslau.

Vor einem Arzt wird uns aus dem Landkreise geschrieben:

Nicht die Probleme der Wegebau-, Steuer-, Siedlungs- und sonstigen Kommunalpolitik, sondern lediglich die außerordentlich wichtigen Aufgaben unserer Kreistagsfraktion im neuen Kreistag auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege sollen in den folgenden Zeilen behandelt werden. Die Sozialdemokraten können es natürlich nicht so machen wie die bürgerlichen Parteien, die viel versprechen, aber das Gedächtnis meist mit Beendigung der Wahl verlieren, um sich dann erst kurz vor der nächsten Wahl darauf zu besinnen. Es gilt auf diesem Gebiet große Widerstände der bürgerlichen Parteien zu überwinden. Unseren Kreistagsabgeordneten muß täglich ins Gedächtnis gerufen werden, daß sie in der Ueberwindung dieser Widerstände nicht müde werden. Denn sie sind berufen, um für die arbeitende und arme Bevölkerung zu kämpfen.

Ueber eins müssen wir uns klar sein: Eine richtige Wohlfahrtspflege, wie sie zum Beispiel die Stadt Breslau hat, gibt es bis auf wenige Ausnahmen im Landkreise nicht mehr, seitdem die Gemeinden die Wohlfahrtspflege selbst betreiben. Wo das Geld fehlt, wo die Angst herrscht vor dem Zorn mächtiger Steuerzahler, da hilft selbst der beste Wille nicht und das Interesse des armen Mannes hat zu schweigen. Deshalb heißt die erste und wichtigste Forderung: die gesamte Wohlfahrtspflege, vor allem die ärztliche Betreuung der Kranken und Schwachen ist vollkommen auf den Kreis zu übertragen.

Weiter ist im vergangenen Kreistage beschlossen worden, daß 30 Prozent der Wohlfahrtsunkosten die Gemeinden selbst zu tragen haben. Unsere Genossen im Kreistage werden hiergegen Stellung nehmen müssen. Denn es ist sehr fraglich, woher viele arme Gemeinden diese 30 Prozent nehmen sollen.

Man komme nicht damit, daß die Sozialdemokratie Mittel verschwenden will, um auf Anderer Kosten Wohlfahrt zu machen. Das sind agitatorische Phrasen, mit denen man keinen Hund mehr vor den Ofen lockt. Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, unnötige Wohlfahrtsausgaben zu tätigen. Sogar das Nötige wird sich oft nicht erreichen lassen. Aber es muß wenigstens das Notwendigste erreicht werden. Meistens sind diejenigen, die gezwungen sind, die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch zu nehmen, selbst so verschämt, daß sie dies nur in den allernotwendigsten Fällen tun. Es soll hier nur ganz kurz skizziert werden, was wir unter dem Notwendigsten verstehen.

1. Kostenlose Arzt- und Arzneiversorgung aller ernstlich oder bettlägerig erkrankten Sozial-, Alters- oder Invalidenrentner, soweit diese in keiner Krankenkasse sind, keinen Grundbesitz haben oder sonst keiner gewinnbringenden Beschäftigung nachgehen können.

2. Das Gleiche gilt für ausgesteuerte Erwerbslose und deren Familienangehörige. Fälle, die gar nicht so selten sind, und um die sich jetzt niemand kümmert.

3. Das Gleiche ist zu fordern für Kriegerwaisen und unter Prüfung der näheren Verhältnisse evtl. auch für Kriegerwitwen, vor allen Dingen wenn es sich um Tuberkulose handelt.

4. Kleinen verschuldeten Besitzern von 2 bis 20 Morgen, insbesondere wenn sie kinderreich sind, ist in Fällen schwerer Erkrankung Arzt und Arznei zu gewähren, nach Prüfung der näheren Verhältnisse evtl. Darlehnsweise mit kleinen monatlichen Ratenabzahlungen. Ich kenne augenblicklich drei kleine Besitzer, deren Frauen bzw. Familienangehörige, an offener Tuberkulose jämmerlich zu Grunde gehen, weil ihnen selbst die Mittel fehlen, Wohlfahrtsamt und andere Fürsorgestellen trotz aller Bemühungen jede Hilfe ablehnen.)

5. Die nichtversicherten Familienangehörigen kinderreicher Landarbeiterfamilien sind in Fällen schwerer Krankheit gleichfalls für Arztkosten zu unterstützen.

6. Familienangehörige solcher Versicherten, bei denen die Kasse im Fall eines Klinikaufenthaltes nur einen kleinen Teil bezahlt, sind für Fälle, in denen sie zu längerem Klinikaufenthalt und Operation gezwungen werden, vom Wohlfahrtsamt zu unterstützen. Die an das Krankenhaus gezahlten Beträge sind aber nachher nicht, wie dies leider jetzt häufig vorkommt, zumal wenn der Ernährer lediglich auf seinen Verdienst als Arbeiter oder auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist, durch rigorose Maßnahmen wieder einzutreiben. Ich denke dabei an zwei Fälle, in denen Arbeiterfrauen, die wochenlang mit schwerer Operation im Krankenhause gelegen haben, und deren Männer jedes Jahr monatelang erwerbslos waren, 75 und 150 Mark für verauslagte Krankenhauskosten zurückzahlen sollen, nachdem sie sich schon erhebliche Beträge vom Munde abgespart haben.

7. In allen Fällen von Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose muß das Wohlfahrtsamt schnellstens und großzügig helfen. Es darf nicht vorkommen, daß sich über die Unterbringung Geschlechtskranker, die doch ansteckend sind, zwischen verschiedenen Behörden ein wochenlanger Schriftwechsel entspinnt und die Kranken zu Hause bleiben.

8. Bei der Verteilung und Gewährung der sogenannten Sozialrente ist mit der größten Gerechtigkeit zu entscheiden. Das Urteil des Gemeindevorstehers allein darf hier nicht maßgebend sein, da oft zu große persönliche Momente mitsprechen. Die Bedürftigkeitsfrage hat der Gemeindevorsteher in allen Fällen auf das schnellste, am besten im Verein mit einem extra zu wählenden Wohlfahrtsausschuß, zu klären. Besonders wohlwollend sind hierbei die Entbindungskosten unehelicher Mütter, für die sonst niemand aufkommt, zu behandeln. Der Gemeindevorsteher müßte einen vorläufigen Notschein ausstellen den das Wohlfahrtsamt dann zu bestätigen hätte. Auf jeden Fall darf der Kranke nicht unter bürokratischen Verzögerungsmaßnahmen leiden! Es wäre evtl. zu erwägen, ob nicht entsprechend der Stärke der Parteien ein Ausschuß zu wählen ist, der dem Wohlfahrtsamt beratend und fördernd zur Seite steht.

* * *

Schließlich ist zu fordern, daß alle diejenigen, die mit schwerem und hilfesuchendem Herzen den schweren Gang zum Wohlfahrtsamt oder Gesundheitsamt gehen, freundlich behandelt werden und Reisekosten in allen Fällen ersetzt werden. Leute sind nicht dreimal zu bestellen, wenn es mit einem Male abgemacht werden kann.

Ueber die Jugend- und Säuglingspflege wird bei anderer Gelegenheit zu reden sein. Es wird auch hier der Grundsatz zu gelten haben: Alles für das Volk! Diese Ausführungen stellen das Mindestmaß dessen vor, das unsere Kreistagsabgeordneten im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen werden müssen.

Nicht das Reden gilt, sondern nur die Tat! Geldliche Interessen haben sich dem Wohle der unverschuldet Armen und Schwachen unterzuordnen, jedenfalls in einem Kulturstaat!

Waldenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Der Berghauer Kusche wurde durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet und konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Köppricht, Kr. Neurode. Kinder- und Patensegen. Die bürgerliche Presse meldet als bemerkenswerte und erfreuliche Nachricht, daß bei dem neunten Sohne des Bergarbeiters Schmidt der Reichspräsident und bei dem soeben geborenen zehnten (!!) Sprößling der Bürgerblockkanzler a. D. Marx die Patenstellen übernommen haben. Ob dieses ehrenhafte Pflaster das wirtschaftliche Elend einer Bergarbeiterfamilie mit zehn Kindern oder die Leiden einer Frau, die unter proletarischen Lebensverhältnissen zehn Kinder auf die Welt brachte, zu lindern vermögen?

Obersullersdorf. In der Talsperre ertrunken. Am Sonntag ertrank in der Talsperre oberhalb des Kraftwerks der 21jährige Arbeiter Erich Schneider aus Grunau. Er war nach dem Mittagessen baden gegangen, wo ein Herzschlag ihm ein jähes Ende bereitete. Die Leiche wurde eine halbe Stunde nach dem Unfall geborgen.

Primkenau. Waldbrand. Montag vormittag brach in Petersdorf am Klapperberg im Sprottau-Bunzlauer Grenzforst, ein Waldbrand aus. Eine Schwadron des 7. Reiterregiments, die den Forst durchritt, saß sofort ab und begann die notwendigen Abdämmungsarbeiten. Außerdem beteiligten sich herbeigeeilte Waldarbeiter an dem Rettungswerk. Vernichtet sind etwa 1¼ Morgen alter Kiefernbestand.

Rosenau, Kr. Liegnitz. Das Gespenst der Stellungslosigkeit. Der Gutsverwalter Voigtländer hat erst seine Frau und dann sich selbst erschossen. Aus hinterlassenen Abschiedsbriefen geht hervor, daß im seine Stellung für den 1. Juli gekündigt worden war und keine Aussicht hatte, eine neue Stellung zu erhalten. — Auch der Gutsverwalter ist im Bannkreis der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie nur ein besser entlohnter Proletarier, der, arbeitslos geworden, den Nimbus seiner betrieblichen Machtstellung verliert und dem Schrecken des Hungers weniger widerstandsfähiger gegenübersteht, wie der leidensgewohnte Landarbeiter.

Görlitz. 25jähriges Geschäftsführerjubiläum bei der „Volkszeitung". Der Geschäftsführer der „Görlitzer Volkszeitung", Genosse Gotthold Litzke, konnte am 1. Juli auf eine 25jährige Tätigkeit als Geschäftsführer zurückblicken. Es ist mit sein Verdienst, daß die „Görlitzer Volkszeitung" aus einem bescheidenen Kopfblättchen zu dem führenden Parteiorgan Niederschlesiens sich entwickelt hat. Dem Jubilar, der auch sonst in der Parteibewegung seinen Mann steht, wurden von seinen engeren Parteigenossen und Mitarbeitern verschiedene Ehrungen zuteil.

Beuthen. Kampf um die Steuern. In der letzten Stadtverordnetensitzung entspann sich ein heißer Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien um die Festsetzung der Steuersätze, die hier bekanntlich mit am niedrigsten von allen schlesischen Städten sind. Die Rechte wollte die geringfügigen, vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhungen nicht bewilligen und die Mittelständler operierten mit merkwürdigen Widersprüchen. Einmal sei die Notlage des Gewerbes zu groß, ein andermal aber meinten sie, das Einkommen sei so gestiegen, daß sowieso mehr Steuern einkommen. Nach verschiedenen ergebnislosen Abstimmungen wurde die Beschlußunfähigkeit der Versammlung festgestellt und die Sitzung vertagt.

Beuthen OS. 20 000 Mark Goldwaren gestohlen. Unbekannte Einbrecher drangen nachts in der Tarnowitzer Straße in ein Goldwarengeschäft, stießen das Gewölbe durch und ließen für 20 000 Mark Goldwaren mitgehen.

Gleiwitz. Der Hund im Motorrad. Auf einer Ausflugsfahrt mit dem Motorrad sprang dem Geschäftsführer Gabler ein Hund in das Motorrad. Dieses fuhr an einen Baum. Der Geschäftsführer wurde schwer verletzt; seine Soziusfahrerin erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch und der Begleiter des Hundes erlitt Brüche beider Beine.

Aus der Umgebung.

Neu-Breslau.

Breslau-Hundsfeld. Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Hundsfeld. Donnerstag, den 5. Juli, 20 Uhr im „Gelben Löwen" Monatsversammlung. Pflicht aller Genossinnen und Genossen zu erscheinen. Dr. Kromarz hält einen
nossinnen und Genossen zu erscheinen. Dr. Kramarz hält einen

Kreis Neumarkt

Neumarkt. Noch ein eiserner Gustav. Dieser Tage passierte der Droschkenkutscher Johann Klein aus Marienburg mit seiner Droschke unser Städtchen. Nach dem Vorbilde des Berliner Droschkenkutschers Hartmann, will er als letzte Fahrt nach Wien zum Sängerfest fahren.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 3. Juli.

1 Pfund Sterling	20,40	100 franz. Francs	16.43
1 Dollar	4.18	100 tschech. Kronen	12.4[illegible]
100 holl. Gulden	168.66	100 Schweizer Francs	80,6[illegible]
100 Belga = 500 Franken	58,42	100 Pesetas	68.9[illegible]
100 norw. Kronen	111,94	100 schwed. Kronen	112 2[illegible]
10 Danzig. Gulden	81,58	100 Pengö	72,9[illegible]
100 Lire	21 99	100 österr. Schilling	58,9[illegible]
100 dän. Kronen	112,08	100 Zloty	46,3[illegible]

Breslauer Produktenbörse vom 3. Juli.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 3. Juli 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz. Getreide: Roggen flau. — Hülsenfrüchte: Ruhig. — Rauhfutter: Stroh geschäftslos, neues Heu gefragt. — Futtermittel: Freundlicher. — Mehl: Abwartend.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide: (p. hl)	3.	2.	Oelsaaten:	3.	2.
Weiz. 74 kg E.G.	27,20	27,20	Mittl. Art und Güte letzt. Ernte		
Roggen 71 kg*	28,00	28 50	Winterraps	—,—	—,—
Hafer*	24,90	24,90	Leinsamen	—,—	38,00
Braugerste, gute	—,—	—,—	Senfsamen	—,—	40,00
Braugerste*	—,—	—,—	Hanfsamen	—,—	38.00
Industriegerste einschl. Winterg.*	—,—	—,—	Blaumohn	—,—	70,00

* Mittlere Art und Güte.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	3.	2.		3.	2.
Weizenmehl	37,75	37,75	Auszugmehl	44.00	44.00
Roggenmehl	35,75	39,25			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., feinere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter 3. 7.	2. 7.	Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter 3. 7.	2. 7.	Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter 3. 7.	2. 7.	Roggenmehl nach Typen 60 % 3. 7.	2. 7.
Juli	271½ B	—	267 B 285 G.	268	—	—	—	—
Septbr.	263	263	—	248	—	213½	33¾ B	33½
Okt.	—	—	—	247	—	—	—	—

Tendenz: Weizen, Roggen, Hafer schwächer.

Mittwoch, 4. Juli 1928

Unterhaltung

Nr. 55 — 39. Jahrgang

„Wie verbringt der Arbeiter seinen Urlaub?"

Aus einem Rundfunkvortrag von Ernst Zimmer.

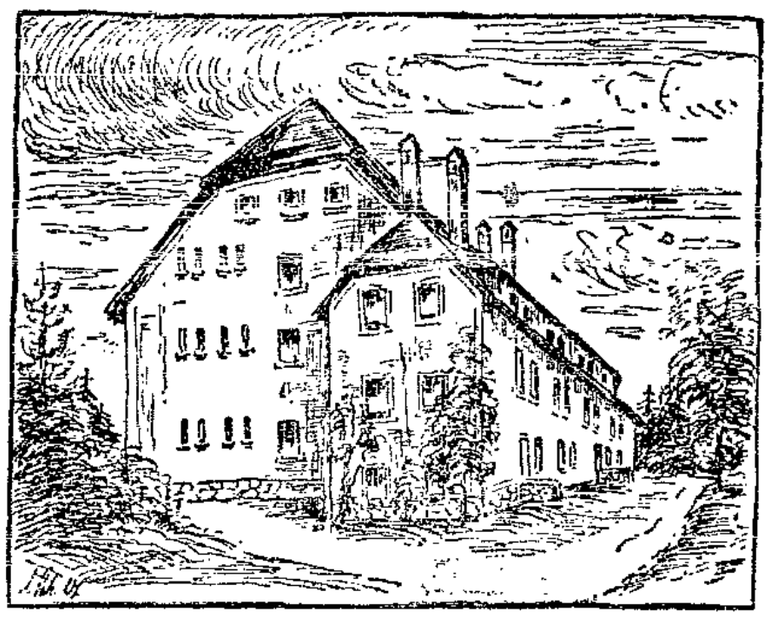
Das Recht auf Urlaub für jeden einer Berufsorganisation angeschlossenen Arbeiter war in der Vorkriegszeit in nur wenigen Berufen tariflich festgelegt. Lediglich im graphischen Gewerbe und auch da nur in wenigen Berufssparten, gab es bezahlte Ferientage, die dem Arbeiter tariflich zugestanden wurden. Für die Angestellten in Handel und Gewerbe bestand der jährliche Erholungsurlaub rein gewohnheitsrechtlich. Irgendwelche tarifmäßige Bindungen für den Arbeitgeber, gab es nicht. Es stand in dem freien Ermessen des Arbeitgebers, diesen Urlaub zu gewähren oder auch zu verweigern. Für alle anderen Berufe aber blieben die doch gewiß nicht unberechtigten Wünsche auf Urlaub oder sogenannte Ferientage unerfüllt.

Erst die Nachkriegszeit hat in dieser Frage die Verhältnisse gründlich geändert. Zwar nur durch Kampf, aber im Ergebnis als Regel, wurde in den Tarifverträgen der Gewerkschaften das Recht des Arbeiters auf Urlaub niedergelegt und von Arbeitgeberseite anerkannt.

Beide Teile, der Arbeitgeber und der Arbeiter, sind mit diesen Abmachungen bisher nicht schlecht gefahren. Zu beachten ist dabei allerdings, daß die bezahlten Urlaubstage für den Arbeiter noch keine Lösung insofern darstellen, daß sie ihn sorgenlos in den Genuß eines wirklichen Urlaubs bringen. Werden doch die Bedürfnisse für den Haushalt und die darin Zurückbleibenden — eine ganze Arbeiterfamilie kann leider überhaupt nicht verreisen — kaum nennenswert eingeschränkt, so daß für besondere Aufwendungen oder Ferienreisen, von dem auch während des Urlaubs gezahlten Lohn, nur wenig übrig bleibt.

Eine Möglichkeit, das wirtschaftliche Unvermögen des Arbeiters in diesem Falle auf eine bessere Grundlage zu stellen, wäre mit der Leistung von Feriengeldzuschüssen durch die Arbeitgeber geschaffen. Leider läßt sich Positives nach dieser Richtung hin trotz der größten Bemühungen der Gewerkschaften noch nicht feststellen. Nur ganz wenige Betriebe in Deutschland geben ihren Arbeitern zur Bestreitung ihrer Urlaubsbedürfnisse einen solchen Feriengeldzuschuß.

Eine weitere Möglichkeit, zu helfen, bestände für den Staat. Für die Ferienkultur der Schaffenden leistet der Staat bisher so gut wie nichts. Man könnte sich denken, daß die Reichsbahn dem Arbeiter, der eine Ferienreise unternimmt, eine Fahrpreis-



Naturfreundehaus am Valtenberg bei Neukirch (Lausitz),
Bahnstation an der Linie Dresden—Bischofswerda—Zittau.

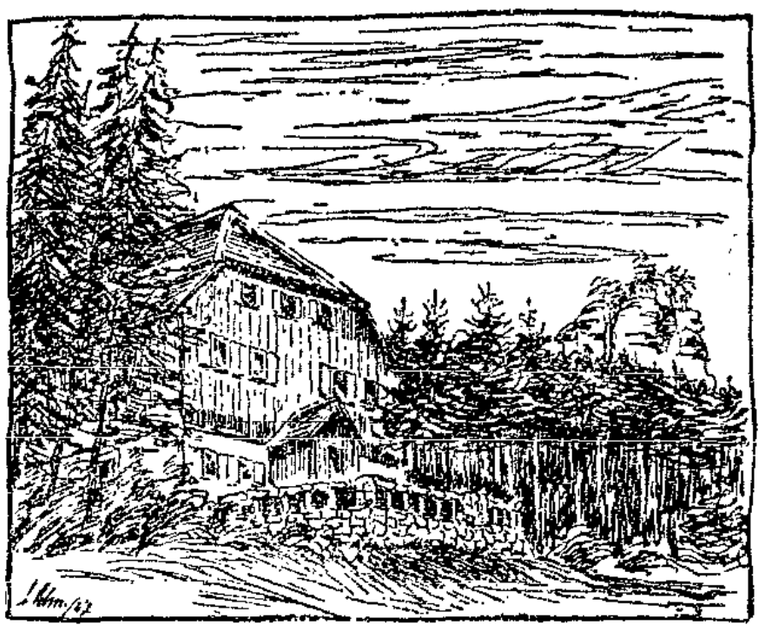
ermäßigung von mindestens 50 Prozent gewährte. Die Kontrolle hierfür wäre äußerst einfach. Es genügte die Bescheinigung des Arbeitgebers für den Nachweis einer Ferienreise, sowie die Vorlegung einer Steuerlegitimation zur Feststellung der Bedürftigkeit. Das Ganze wäre eine große, wirklich soziale Tat der Reichsbahn an den ärmeren Volksschichten, des Dankes würdig. Der eventuelle Einwand, daß diese Konzession einen großen Einnahmeausfall für die Reichsbahn erbrächte, scheint nicht stichhaltig. Denn eine solche Maßnahme würde den Reiseverkehr ganz außerordentlich stark beleben. Viele Arbeiter, die heute aus finanziellen Gründen davon absehen müssen, eine Ferienreise zu unternehmen, würden sich bei solch einer für ihre Verhältnisse wesentlichen Verbilligung gewiß dafür entschließen.

In Deutsch-Oesterreich sind solche Fahrpreisermäßigungen, wenn auch nicht für den einzelnen, so doch für große Wandervereinigungen, seit langem üblich. So erhalten dort die Mitglieder der Arbeiterwanderorganisation der „Naturfreunde" ohne Unterschied des Alters auf allen österreichischen Bahnen lediglich gegen Vorzeigung ihres beglaubigten Mitgliedsausweises eine 45prozentige Fahrpreisermäßigung. Die Folge davon ist eine außerordentlich starke Inanspruchnahme der Bahnen und damit Einnahmen für diese, die weit über das Maß des Normalen hinausgehen.

Die Frage: Wie der Arbeiter seinen Urlaub verbringt, ist nicht einheitlich zu beantworten, zumal es eine einheitliche Regelung der Urlaubsdauer für die Arbeiterschaft nicht gibt und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft grundverschieden sind.

Für einen Arbeiter, dessen Verdienst kaum zur Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse seiner Familie ausreicht, kommt, so tief bedauerlich das auch ist, eine Urlaubsreise unter den heutigen Verhältnissen nicht in Frage. Solchem Arbeiter bleibt der Wunsch, die Schönheit der Umwelt mit eigenen Augen sehen zu können, leider noch unerfüllt. Eine einfache Tageswanderung, die er schon als eine große Abwechslung gegenüber dem täglichen Einerlei wertet, muß er in den meisten Fällen ohne jegliche Mittel durchführen. Mehrtägige Wanderungen aber muß er sich schon deshalb versagen, weil die Kosten der Uebernachtung für ihn nicht zu erschwingen sind, denn jeder Groschen, der für diesen Zweck ausgegeben wird, fehlt im Haushalt. So kommt es, daß der wirtschaftlich unvermögende Arbeiter seine kurzen Urlaubstage resigniert in der Enge seiner Wohnung verbringt, bestenfalls einige Spaziergänge durchführt, die ihn kaum aus dem steinernen Meer der Großstadt und über deren Grenze führen, um nach Ablauf seines Urlaubs unerholt, unbefriedigt und ohne jede Anregung an seinen Arbeitsplatz zurückzukehren. Unbefriedigt, da er sich zu Unrecht und lediglich deshalb benachteiligt sieht, weil seine wirtschaftliche Schwäche, die ohne sein Verschulden besteht, ihm unmöglich macht, für seines Körpers und Geistes Erholung das zu tun, wozu ein großer Teil wirtschaftlich besser oder gut gestellter Menschen alljährlich in der Lage ist: eine kurze Zeit auszuspannen, einmal den Werkeltag hinter sich zu lassen und neue Kräfte für den Daseinskampf zu sammeln.

Der Arbeiter, vor dessen Augen an Feiertagen die Schlote rauchen, in dessen Ohren das Heulen der Sirenen stößt, er kommt nicht zur Entspannung. Für ihn bedeutet der Urlaubstag nicht



Naturfreundehaus am Zirkelstein,
Bahnstation Schöna-Herrnskretschen (Linie Dresden—Bodenbach).

mehr als die vorübergehende Entlastung von jeweils üblicher Arbeitsleistung.

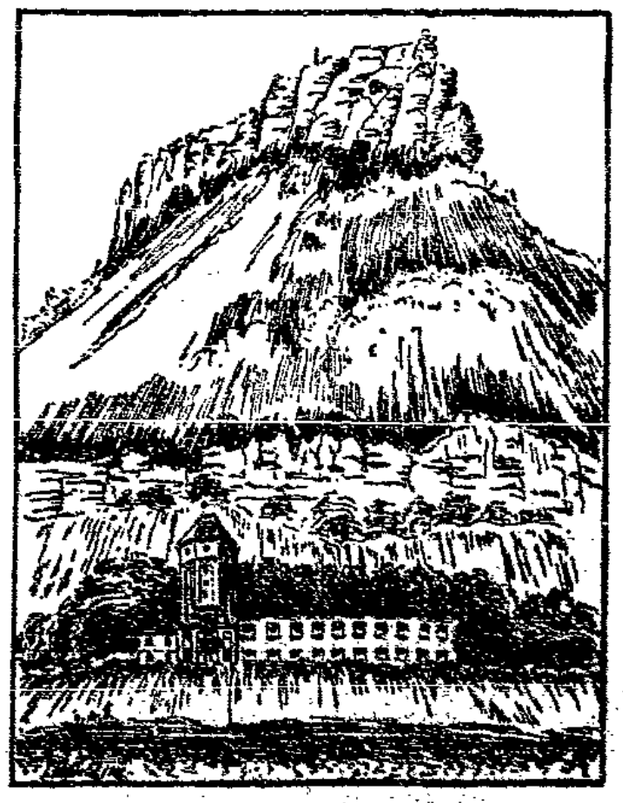
Viele hunderttausende von Arbeitern sind gezwungen, alljährlich auf diese Art ihren Urlaub zu verleben. Das aber ist nicht der Sinn des Arbeiterurlaubs. Der besteht vielmehr und in erster Linie darin, den Arbeiter für die Zeit der ihm zustehenden Ruhetage von ständig drückenden wirtschaftlichen Sorgen loszulösen. Diese Forderung wird immer dort erhoben werden, wo soziale Einsicht anerkennt, daß für den ärmsten Arbeiter auch nach dieser Richtung hin noch manches getan werden muß, damit er die Bestätigung seiner Persönlichkeit als geschätztes Glied der Gemeinschaft zu erkennen vermag.

Gewiß gibt es aber auch heute schon eine Reihe von Arbeitern und Angestellten, deren berufliche Tätigkeit eine bessere Entlohnung garantiert und denen es möglich ist, ihre Urlaubsziele über die Grenzen der engeren Heimat hinaus zu stecken. Für diese sei auf billige Gelegenheiten verwiesen, die sie durch Benützung der Ferienheime, die Eigentum der internationalen Wanderorganisation, des Touristenvereins „Die Naturfreunde", sind und die dem Arbeiter für ungewöhnlich niedrige Gebühr die Möglichkeit, angenehmen, wenn auch einfachen Wohnens bieten, wahrnehmen können.

So befinden sich innerhalb der Grenzen Sachsens, das an herrlichen Wandergebieten ja überaus reich ist, eine Reihe sehr schöner Eigenheime der „Naturfreunde", als deren bedeutsamstes der Zirkelstein gilt, der sich bei Schöna in der sächsischen Schweiz befindet und als Stützpunkt für Tageswandertouren geradezu ideal gelegen ist. Kann man doch von dort aus die bequemsten Touren in das Herz des einzigartig schönen Elbsandsteingebirges hinein unternehmen, dessen landschaftliche Schönheit ein Gemisch von Romantik und Idylle seinesgleichen in Deutschland nicht wieder findet. Ein zweites Ferienheim der „Naturfreunde" und gleichfalls in der Sächsischen Schweiz gelegen, ist der Königstein, am Fuße des Liliensteins. Die überaus billigen Wohn- und Verpflegungsbedingungen sind die gleichen wie auf dem Zirkelstein. Als wesentliche Ausgabe kommt für die Inanspruchnahme dieser Häuser nur die Bahnfahrt bis Dresden in Betracht. Von dort ist der Königstein auf der Linie Bodenbach—Tetschen in einstündiger, der Zirkelstein in 1¼stündiger Bahnfahrt zu erreichen. Als weitere Wohn- und Unterkunftsmöglichkeit für die Ferienzeit stehen dem wandernden Arbeiter in Sachsen das Naturfreundehaus bei Groß-Steinberg in der Nähe von Grimma zur Verfügung, das schön gelegene Falkenberghaus bei Oberneukirch in der Lausitz, die idyllische Rauschenbach-Mühle bei Arnsfeld im Erzgebirge, das Haus Dönschten bei Schmiedeberg im Erzgebirge, sowie das Naturfreundehaus Groitsch bei Leipzig.

Einen weiteren Kranz schöner und modern eingerichteter Eigenheime besitzt die Ferienheim-Genossenschaft der „Naturfreunde" mit dem Sitz in Jena. Inmitten herrlicher und waldreicher Gegenden kann dort der erholungsbedürftige Arbeiter beliebig lange Aufenthalt nehmen, abseits vom Trubel der Mode-Sommerfrischen. Das Genossenschafts-Ferienheim in Friedrichsroda im Thüringer Wald birgt 40 heizbare Zimmer mit 100 Betten. Die reizvolle Umgebung lockt zu herrlichen Ausflügen nach dem Spieß- und Neuberg, dem Inselberg und der Talsperre nach Tammbach und Dietharz.

Das Ferienheim Frauenwald bietet gleichfalls vorzügliche Unterkunft. Es befindet sich hoch oben am Rennstieg mitten im schönen Thüringer Wald. 65 Zimmer bieten 135 Personen bequeme und peinlich saubere Wohngelegenheit, Bäder und elektrisches Licht sind vorhanden. Die Höhe der Lage gestattet umfassende Fernsicht. Den Wanderer locken von diesem Standort aus der große Finsterberg, die Fehrenbacher und Suhler Schweiz.



Naturfreundehaus Königstein a. d. Elbe,
Bahnstation der Linie Dresden—Bodenbach—Tetschen.

Bei Saalfeld in Thüringen steht das Steigerhaus. Es ermöglicht 30 Personen Unterkunft, befindet sich in sonniger Höhenlage, umgeben von herrlichen Wäldern. Ausflüge bieten sich nach dem oberen Saaletal, der Talsperre bei Ziegenrück, nach den berühmten Feengrotten bei Saalfeld sowie dem Schwarzatal und dem Trippstein mit wundervollem Blick auf Schwarzburg. In Rautenkranz, inmitten des vogtländischen Erzgebirges, steht das Ferienheim Muldenhaus. 20 Zimmer mit 60 Betten erfüllen auch hier alle Wünsche auf angenehmes Wohnen. Es ist die Gegend der Hochmoore und der schönen Spaziergänge durch endlose Waldungen.

Das Ferienheim Eisenhammer, unweit der Stadt Eisenburg in Thüringen, in stiller, waldiger Gegend der Gübener Heide gelegen, ist gleichfalls Eigentum der Thüringer „Naturfreunde" und kann 80 Personen beherbergen. Dort ist auch Badegelegenheit in Teichen vorhanden. Die Gübener Heide gestattet stundenlange und interessante Ausflüge. Ein weiteres Ferienhaus der „Naturfreunde" ist der Reiherhorst im märkischen Seengebiet, Kreis Teltow. Es steht am waldumsäumten Klein-Köriser-See und bietet für 50 Personen Unterkunft. Einzelzimmer sind in genügender Anzahl vorhanden. Eigenes flacheingehendes sandiges Badegelände, ideale Ruder- und Paddelmöglichkeiten und eine Haltestelle für Motorboote ist vorhanden. Seeverbindung besteht bis Berlin. Es besitzt weiter gute Wasserverbindung nach allen Teilen der märkischen Seenplatte bis weit hinein in die stillen Schönheiten des Spreewaldes.

Wer die hier erwähnten Gelegenheiten zu billigem Ferienaufenthalt in den vorgenannten Ferienhäusern benützen will, wende sich um Auskunft an die Ferienheim-Genossenschaft der „Naturfreunde" in Jena.

Auch in Schlesien hat sich die gleiche Wanderorganisation bereits einige Ferienheime geschaffen. So befindet sich deren eines in Schmiedegrund im Eulengebirge, ist leicht zu erreichen und ermöglicht für billiges Geld längeres, einfaches Wohnen. Das zweite Ferienhaus der schlesischen „Naturfreunde" befindet sich bei Bad Schwarzbach in dem kleinen Dörfchen Straßberg und inmitten des schönen Iergebirges. Auch dort bietet sich für den wirtschaftlich schwachen Arbeiter Gelegenheit, während seiner Ferienzeit billig und annehmbar zu wohnen.

Auf eine weitere Einrichtung der organisierten Arbeiterschaft sei gleichfalls hingewiesen. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit macht es sich seit einigen Jahren zur Aufgabe, Arbeitern billige Reisen in das Ausland zu ermöglichen. Diese Organisation, deren Tätigkeit als vorbildlich anerkannt ist, gibt dem Arbeiter die Gelegenheit, durch die Leistung von Raten-

Naturfreundehaus Großsteinberg,
Bahnstation der Linie Dresden—Döbeln—Leipzig.

zahlungen in geringer Höhe und über längere Zeit das für eine Ferienreise erforderliche Geld zusammenzubringen. Die Höhe dieser Teilbeträge kann ein jeder nach seiner Leistungsfähigkeit selbst bestimmen. Das auf diese Weise ersparte Geld steht dem Teilnehmer für eine vom Reichsausschuß veranstaltete Reise jederzeit zur Verfügung.

Es ist sehr erfreulich, daß die Zahl der Teilnehmer an solchen Reisen von Jahr zu Jahr wächst und es ist besonders zu begrüßen, daß sich die übergroße Mehrzahl dieser Reiseteilnehmer aus den Kreisen der Handarbeiter und kleinen Angestellten zusammensetzt. Das beweist, daß die Arbeiter-Reisebewegung geradezu jene Kreise erfaßt, auf die es ihr in erster Linie ankommt.

Die Reisen des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit sind selbstverständlich auf das äußerst niedrige Maß veranschlagt. Trotzdem erfordern sie, gemessen an dem Verdienst des Arbeiters, einen Kostenbeitrag, der ernsthaft ins Gewicht fällt. Es gibt Arbeiter, die für eine solche Reise zwei Jahre und länger sparen, aber dieser zähe Sparwillen für einen rein idellen Zweck findet seinen herrlichsten Lohn; denn die Gemeinschaftsreisen des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit in auch fremde Länder werden zu starken Erlebnissen für die Teilnehmer. Sie weiten in außerordentlichem Maße seinen Gesichtskreis und geben eine Fülle von Anregungen, die für jeden Menschen von unleugbarem Wert sind.

Niemand, der bis heut an den Ferien- und Studienreisen des Reichsausschusses teilnahm, hat dies bereuen müssen. Seine Veranstaltungen sind alljährlich so vielseitiger Art, daß jeder, der ernsthaft ein weites Reiseziel ins Auge faßt, eine ihm zusagende Reiseroute finden wird. Lediglich um zu zeigen, wie großzügig der Reichsausschuß diese Dispositionen trifft, sei bemerkt, daß solche Gemeinschaftsreisen in diesem Jahre nach Paris, an die Riviera, nach Amsterdam, nach Dalmatien, an den Rhein, in die Schweiz, nach dem Salzkammergut, nach Dänemark, Schweden und Finnland, an die Nord- und Ostsee, nach Wien-Klagenfurt, Oberbayern-Nordtirol und nach Tunis vorgesehen sind. Aehnliche Reise-Programme werden am Anfang jeden Jahres festgelegt und in der Arbeiterpresse bekanntgegeben.

Es ist unzweifelhaft, daß für den Arbeiter und Angestellten, der, um solche Reisen durchzuführen, sich die größten Einschränkungen auferlegen muß, ähnliche wie die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit gebotene Reisegelegenheiten bestehen nicht. Lediglich die alljährlich starke Beteiligung und die außerordentlich gute Einführung dieser vor einigen Jahren mit Erfolg begonnenen Versuche, wie weiter die Vorteile guter Reiseabschlüsse und das Vorhandensein zuverlässiger Reiseführer, deren Zugehörigkeit zur Organisation keinerlei Unkosten verursacht, macht es möglich, solche Reisen, wie vorerwähnt, zur Durchführung zu bringen.

Und sie sind Bildungsarbeit für den Arbeiter im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist eine alte Erfahrung, daß der viel gereiste Mensch den Dingen der Umwelt gegenüber einen weit schärferen Blick besitzt als jener, der immer daheim blieb. Wechselnde Eindrücke schulen das Unterscheidungsvermögen, führen zur Klärung einer oft verworrenen Welt der Vorstellungen, von denen frei zu kommen für den Arbeiter nicht immer leicht ist.

Aber der Blick in die Welt macht frei und er bewirkt in Urlaubsstunden jenes Herausgehobensein aus dem Einerlei der

Tage, die ewig gleichen Schrittes im nervenlähmenden Durcheinander dröhnender Maschinensäle kommen und gehen und graugesichtig über der Seelenlosigkeit monotoner Arbeitsweise an Werkbank und Arbeitspult stehen. Immer und immer.

Und die uns allen doch freundlich blicken können, wenn es uns gelingt, einmal zur inneren Freiheit zu kommen an sorgenlosen Ruhetagen, die jedem Schaffenden zu wünschen sind, der nützliche Arbeit leistet. Z.

Ein neues Marx-Bild.

Ein Mensch ist nicht nur das, was er ist, sondern viel mehr noch das, was er scheint. Dieser Satz gilt vielleicht nicht vom alltäglichen Durchschnittsmenschen, der im Leben auftaucht, sein Werk schlecht und recht verrichtet und wieder verschwindet, ohne in der Allgemeinheit eine empfindliche Lücke zu hinterlassen. Aber es trifft auf alle jene zu, die ihre Zeit irgendwie formen halfen, und die mit ihrem geistigen Werke auf spätere Generationen einwirken. Denn ihr fortdauerndes Wesen summiert sich zu gleichberechtigten Teilen aus dem, was sie selbst, und aus dem, was die verschiedenen Epochen zu ihrer Dauerwirkung beitragen. Mit dem Wandel der Zeiten wandelt sich tatsächlich auch ihr lebendiger Anteil am Weltgeschehen. Indem jedes neue Geschlecht sich mit ihnen auf andre Weise auseinandersetzt, sie verschieden sieht und wertet, werden sie andre. Der Christus, der zu seinen Lebzeiten höchstens eine kleine Tempelrevolution auslöste, der Welteroberer Christus des Mittelalters und der Kirchengott von heute haben miteinander nichts weiter gemeinsam als den Namen. Je entscheidender solch ein Mensch immer wieder in die geschichtliche Entwicklung eingreift, desto unabweislicher wird das Bedürfnis der Nachgeborenen, sein Bild aus den Erkenntnissen ihrer eigenen Zeit immer wieder neu zu umreißen. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich auch unsere Generation nicht bei dem ersten großen Marx-Bilde beruhigt, das Franz Mehrings Biographie während des Weltkrieges entworfen hat, sondern das nun Otto Rühle mit einer neuen umfassenden Darstellung hervortritt: „Karl Marx. Leben und Werk" (Avalun-Verlag, Hellerau bei Dresden; in Leinen 12 Mark).

Auch hier liegt der Hauptton auf der Schilderung des Lebens; auch hier vereinigen sich materialistische Geschichtsdarstellung und stilistische Meisterschaft zu einer hinreißenden Echtheit. Was den charakteristischen Unterschied der beiden Biographien ausmacht, ist das psychologische Verfahren, bezw. die Energie, mit der die Persönlichkeit Marxens in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt wird. Der Mensch Marx in seiner individuellen Sonderart wird bei Rühle, weit über Mehring hinaus, die letzte Grundlage aller Erklärungs- und Deutungsversuche: er wächst nicht so sehr aus der Zeit heraus als anfeuernd und weitertreibend in sie hinein.

Drei Eigentümlichkeiten vor allem sollen Marxens Charakter und die Richtung seiner Entwicklung entscheidend beeinflußt haben: Judentum, Erstgeburt und Leberleiden. Jeder dieser Umstände, die Marx bewußt oder unbewußt als schweren Mangel empfand, spornte ihn an, das schmerzliche Minus durch ein offenkundiges Plus auszugleichen. Das quälende Bedürfnis der Selbstbehauptung zwang ihn, sich gerade dort als unerschütterlich zu erweisen, wo er instinktiv sein Versagen fühlte. Die soziale Achtung, die dem Judenstämmling zuteil wurde, mußte durch die Ehe just mit dem vornehmsten Mädchen der Heimatstadt und durch eine weithin sichtbare Herrenstellung in der Welt doppelt und dreifach wettgemacht werden. Der erstgeborene Wunderknabe, der als junger Student fürchtete, nicht alle überschwenglichen Hoffnungen des Vaters erfüllen zu können, stellte dem Versagen bei Prüfungen den eisernsten Arbeitseifer, die erstaunlichsten wissenschaftlichen Leistungen entgegen. Der Stoffwechselkranke dem sein Leiden Unordnung in der Verdauung, Ekel vor der unappetitlichen Leiblichkeit und hypochondrisch-schlechte Laune bescherte, wurde in begreiflicher Umkehrung ein Fanatiker der Reinheit und der unduldsam-lauteren Lehre, ein Verkünder der wirtschaftlichen Neuordnung, ein Mann des ewig unbefriedigten geistigen Reizhungers

Liegt auch hier der billige Scherz verzweifelt nahe, daß es demnach das größte Glück eines Menschen sei, als Leberkranker geboren zu sein, so kann doch nicht geleugnet werden, daß uns Rühle in seinem Versuch einer psychoanalytischen Deutung Marxens um einen guten Schritt im Verständnis des seltsamen Mannes vorwärts bringt. Was bisher an Rätseln in Marxens Charakter und in seinen Handlungen verborgen lag, tritt dadurch unter die Möglichkeit einheitlicher Erklärung. Man versteht den Weg des Junghegelianers zum wissenschaftlichen Sozialismus, des Gelehrten zum harten Tatmenschen, des praktischen Einsamen zum Theoretiker der Gemeinschaft, des auffallend schlechten Wirtes zum strengen Nationalökonom, und man begreift vor allem eins: daß Marx um seines Werkes, seiner Ideen willen, die ihm Leben, Geltung, Selbstachtung bedeuteten, mit jedem Andersdenkenden, jedem „Störenfried" in unversöhnlicher Feindschaft aneinandergeriet. Wie er gegen Proudhon, Lassalle und Bakunin handelte, mag nach gewöhnlicher Bürgermoral nicht „schön" gewesen sein — Rühle erweist es dafür als psychologisch unvermeidbar und als unausweichlich in dem höheren Sinne, daß Marx nur über andre hinweg seine geschichtliche Aufgabe erfüllen konnte, das Proletariat zum Bewußtsein seiner Mission zu erwecken. Das Bild eines Heros, das schon Mehring nicht hatte gelten lassen wollen, verschwindet damit bis auf die letzte Spur. Dafür aber steigt ein neues, ergreifenderes empor: das eines ganzen Menschen mit seinen Qualen und Schwächen, der gerade aus seinen schmerzlich empfundenen Mängeln seine stärkste Kraft zieht.

Dieser „Marx" Rühles ist das Standbild der individualpsychologischen Epoche, und er enthält so viel Wahrheit, wie sie irgendeine Zeit immer über einen Menschen auszusagen vermag.

Dr. Alfred Kleinberg.

Gnadengesuch.

Erich Wurzelbacher war bei Meier & Co angestellt. Eines Tages schrie der Prokurist, es fehle in seiner Besuchskiste eine Zigarre. An diesem Tage hatte man gesehen, daß Erich eine Zigarre rauchte. Erich flog.

Der Staatsanwalt glaubt dem Angeklagten nicht, daß er die Zigarre schon lange, bevor er zu Meier & Co. kam, einmal irgendwo gekauft habe. Staatsanwälte glauben prinzipiell nichts, was zu einem Freispruch des Angeklagten führen könnte. In dem großen Geschäft konnte sich kein Verkäufer mehr entsinnen, vor Wochen an Erich Zigarren verkauft zu haben. Weil nun Erich trotzdem hartnäckig leugnete, die Zigarre durch einen kühnen Griff aus der Prokuristen-Besuchskiste in seinen Mund befördert zu haben, weil außerdem der Prokurist beschwor, daß außer Erich niemand in seinem Zimmer gewesen sei, weil zufällig auch niemand gesehen hatte, daß sonst noch jemand das Zimmer des Prokuristen betreten hatte, und weil schließlich auch ein früherer Lehrer Erichs behauptete, einmal von Erich angelogen worden zu sein, verurteilte man den Angeklagten zu vierzehn Tagen Gefängnis. Der Prokurist hatte nämlich auch beschworen, daß mit der Zigarre zugleich 3 Mark und 44 Pfennige verschwunden seien.

Erich Wurzelbacher wurde sofort abgeführt. Seine Mutter brüllte herzzerreißend vom Zuhörerraume aus: „Laßt meinen Jungen frei! Wenn er morgen nicht auf seiner neuen Stelle erscheint, wird er wieder entlassen!" Der Vorsitzende des Gerichts rügte den Zwischenruf und wiederholte seine Anordnung, den Verurteilten abzuführen, weil bei einem Leugner Milde nicht angebracht sei. Die Mutter wollte sich das nicht gefallen lassen, schimpfte auf den Vorsitzenden und nannte das Verfahren Schandjustiz und die Richter das, wozu nach Darwins Lehre jene Säugetiere gehören, von denen der Mensch abstammen soll. Der Gerichtsvorsitzende legte der Scheltenden sofort eine Ordnungsstrafe von fünf Mark auf und wies sie aus dem Saale.

Die Mutter beklagte sich am nächsten Tage bitter beim Rechtsanwalt und zeigte ihm einen Brief, in dem Erichs Entlassung aus seiner neuen Stelle angedroht wurde, wenn er nicht umgehend seine Arbeit aufnehme. Der jammernden Frau, die mit dem Verdienst ihres Sohnes zu rechnen hatte, und der durch ihre eigene Geldstrafe die Sorge ums tägliche Brot noch mehr erschwert würde, riet der Anwalt, ein Gnadengesuch für ihren Sohn einzureichen, weil Berufung gegen das Urteil zwecklos sei.

Das Gnadengesuch ging am zweiten Tage nach Erichs Verurteilung an das Gericht ab, traf dort am dritten Tage ein und wurde am vierten Tage dem Vorsitzenden des Gerichtshofes vorgelegt. Infolge Arbeitsüberhäufung des geplagten Mannes blieb es bis zum sechsten Tage liegen. Am siebenten Tage erhielt es der Gefängnisdirektor zur Aeußerung über das Verhalten des Verurteilten. Inzwischen hatte die Firma an Frau Wurzelbacher geschrieben, daß man ihrem Sohne noch einen Tag Frist bewillige. Der Gefängnisdirektor erkundigte sich auf das dringende Bitten der Frau hin am achten Tage sofort bei den Wärtern, dem Gefängnisgeistlichen und den Mitgefangenen nach Erich, so daß das Aktenstück am neunten Tage an den zuständigen Richter weitergegeben werden konnte. Der zehnte Tag war ein Sonntag. Am elften Tage wurden sämtliche Akten einem unparteiischen Anwalt zur Durchsicht und Rückäußerung weitergereicht. Der Anwalt hatte am zwölften Tage noch keine Zeit, weil er am dreizehnten Tage die Verteidigung in einem großen Mordprozesse hatte. Am vierzehnten Tage kam das Aktenmaterial ans Gericht zurück. Gleichzeitig erhielt Frau Wurzelbacher von Erichs Firma die Nachricht, daß man nicht länger habe warten können und deshalb die Stelle anderweitig besetzt habe. Am fünfzehnten Tage erfolgte endlich der Bescheid, daß das Gesuch um Begnadigung genehmigt worden sei. Der Gefängnisdirektor vermerkte in dem Aktenbündel: „pp. Erich Wurzelbacher hatte mit dem gestrigen Tage seine Strafe bereits verbüßt."

Erich hatte keine Stelle mehr und geht auf unbestimmte Zeit aufs Erwerbslosenamt. Er ist vorbestraft und wird deshalb länger auf eine neue Anstellung warten müssen als andere Bewerber. Seine Mutter kann nicht fünf Mark entbehren und muß deshalb ihre Strafe durch Haft abbüßen. Wenn sie entlassen ist, kann sie mit ihrem Sohne betteln gehen, denn ihre „Herrschaft" nimmt eine vorbestrafte Aufwartefrau nicht wieder an. Sie hat ja „gesessen". Die Haft dient ihr dazu, sich zu überlegen, wie sie sich rächen kann. Vielleicht plant sie zum ersten Male einen Einbruch bei der schofeln Herrschaft. Sie wird den Sohn überreden, ihr zu helfen. Der Sohn ist wütend und wird nicht „nein" sagen, denn auch er fühlt sich unschuldig geprügelt.

Der Prokurist hat sich erst einige Wochen später ganz schwach entsinnen können, daß er die fehlenden 3,44 Mark beim Skat verloren hatte. Die Zigarre — so fiel ihm ein — hatte er an dem Abend, als er zum Skat ging, selber der Besuchskiste entnommen und nachher geraucht. Diese Erinnerung ist ihm etwas fatal, aber erstens wird er sich doch nicht selber des Meineides bezichtigen, und zweitens kann er sich doch nicht vor dem Jungen, diesem Proleten, diesem Erich, blamieren und ihn gar um Verzeihung bitten! Wohin käme denn da dessen Achtung vor der Autorität des Vorgesetzten.

Arno Wagner.

Gold!

Von Joachim Ringelnatz.

Gold macht nicht jeden reich,
Gold ist geschmeidig und weich
Wie ein Lurch.
Schlängelt sich zwischen den Fingern durch,
Gold entrollt, von Gott gewollt.

Gold soll nicht frech sein.
Gold darf nicht Blech sein,
Nicht durchmessingt oder durchsilbert.
Gold will redlich frei sein,
Ohne aufgezwungenes Beisein,
Hören Sie, Gilbert?

Gold macht uns trunken. Gold
Stinkt als Halunkensold.
Gold macht nicht gut.
Gold wittert Blut.
Gold macht nicht froh.

Wo ist Gold? Wo?

In Europa ist kein Gold mehr da.
Alles Gold ist in Amerika.
Doch Sie haben recht, mein lieber Mister,
Deutschland nährt ein bißchen viel Minister.
In den Einzelstaats-Beamtenheeren
Könnte man die Hälfte gut entbehren.

Am Meeresstrand.

Jeden Morgen, bevor die andern Badegäste zum Vorschein kommen, gehe ich an den einsamen Strand. Welch Ruhe und Gesundung für die zitternden Nerven! Am frühen Morgen ganz allein, sich Fuß für Fuß durch den weichen weißen Sand zu arbeiten. Da fühle ich mich wie ein Kind, beseelt von der ganzen Neugier eines Kindes, mit der Sehnsucht eines Kindes nach irgendeinem unbekannten Spielzeug, wenn ich als erster am Strande nach Muscheln und Seesternen oder sonstigen geheimnisvollen Dingen suche, die das Meer an den Strand gespült hat.

Diese einsamen Stunden liebe ich.

Als ich heute Morgen wieder nach den Gaben des Meeres suchte, fand ich einen schönen Schmetterling ganz flach in den weißen Sand gedrückt, mit ausgebreiteten Flügeln. Auf dem weißen Untergrund des Sandes leuchteten die zarten Farben wie ein außerordentlich feines Mosaik, die Hand eines Meisters hatte dieses Werk geschaffen.

Ich setzte mich nieder und betrachtete den toten Schmetterling, der wohl in seinem harmlosen Spiel den Wellen zu nahe gekommen war — und doch hatten die Wellen ihn geschont, kein Fleckchen, kein Schaden, es war als ob der feine Staub noch um die Flügel zitterte, nur hilflos in den weißen Sand geschmiegt, zu Tode geküßt von einer umarmenden kleinen Welle.

* * *

Genau wie die andern Gäste des Hotels bin ich voller Neugier, ihre Geschichte zu erfahren. Eines Tages saß sie zwischen uns am Tisch. Ungekannt. Niemand wußte, von wo sie kam, wohin sie wollte. Sehr schön war sie mit ihrem bleichen Gesicht, das nachtschwarze Haare einrahmen, schön mit dem blutroten Mund, der von Schmerz und Sehnsucht leuchtete, schön mit den merkwürdigen dunkelblauen Augen, deren wechselnde Farbe bald blau, bald grün, an die kühlen Wellen des Meeres erinnerten, unruhig, unbestimmt und mit einem Ausdruck, als suchten sie eine ferne Küste, weit weg von hier, eine Küste, die sie nie erreichen würde. Sie sprach mit niemandem. Wandte man sich mit irgendeiner Höflichkeitsphrase an sie, schüttelte sie den Kopf, als verstünde sie nichts, erhob sich bald darauf und verschwand. Der Hotelwirt wurde von allen Gästen mit Fragen bestürmt. Das einzigste, was er wußte und berichten konnte, war die Tatsache, daß sie kurz vor Beginn des Weltkrieges auf ihrer Hochzeitsreise in dasselbe Badehotel gekommen war, strahlend, schön und außerordentlich froh und glücklich. Um die beiden Menschen habe ein Festglanz gestanden. Mehr wußte er nicht. Ob sie etwa nun Witwe sei oder geschieden, welche Tragödie es auch sein mochte, unter der sie litt, konnte niemand feststellen, daß es aber eine Tragödie war, darüber herrschte kein Zweifel.

Bald entdeckte ich, daß ich auf meinen frühen Morgenspaziergängen einen Konkurrenten bekommen hatte. Auch sie suchte die Einsamkeit des morgendlichen Strandes. Ihr Blick war stets auf den weißen Sand gerichtet, als suche sie dort etwas Bestimmtes. Die kleinen bunten Steine und Muscheln ließ sie liegen, aber sie starrte ununterbrochen vor sich hin, als wolle sie die Rätsel lösen, die sie in den bunten Steinen, den Muscheln und dem weißen Sand erblickte. — —

* * *

Heute nacht war es sehr stürmisch gewesen, und noch als ich meine Morgenwanderung antrat, brachen sich die Wellen in wilder Unruhe an dem flachen Strand. Schaumgekrönte Wogen erhoben sich drohend und schlugen mit hohlem Dröhnen gegen die Küste. Ich genoß die salzigen Spritzer, die mir ins Gesicht peitschten und das wilde Zerren des Windes in meinen Haaren, aber ich vermißte meine unbekannte, stumme Freundin.

Heute mußte das Meer ganz besondere Gaben bringen. Da, etwas weiter vor mir, lag etwas.. Ich eilte dorthin und erstarrte vor Schreck. Da lag sie — wie der Schmetterling — halb vom Sande bedeckt. Die Augen waren geschlossen. Um den bleichen Mund spielte ein Lächeln, so zärtlich und bebend. Die Wellen küßten diesen Mund und spielten mit den nachtschwarzen Haaren. Auch sie, das Meisterwerk eines Schöpfers, hineingedrückt in den Sand, zu Tode geküßt von der kalten Woge des Lebens.

Oder war der Tod gerade der Barmherzige gewesen. Das unendlich schöne Lächeln ihres Mundes deutete darauf. Der Frieden, der über ihr lag, verriet, daß sie endlich die Küste gefunden hatte, die sie so lange gesucht hatte.

Ein Rätsel war sie und blieb sie; hatte sie selbst den Tod gesucht oder was war an dem einsamen Strand geschehen zu jener Stunde, da die Sonne der Erde den ersten Morgenkuß gab...

D. B. Börner.

Arbeiten unerläßliche Pflicht.

Von Jean Jaques Rousseau.

Der Lehrer: Der Mensch und Bürger, wer er auch sei, hat kein anderes Gut in die Gesellschaft einzusetzen als sich selber; alle seine anderen Güter sind schon darin ohne sein Zutun. Seine soziale Schuld ist also keineswegs getilgt, solange er nur mit seiner Habe bezahlt.

Der Schüler: Aber mein Vater hat dadurch, daß er die Habe erwarb, der Gesellschaft genützt . . .

Der Lehrer: „Schon recht. Er hat seine Schuld abgetragen, aber nicht die deinige. Du schuldest den andern mehr, als wenn du ohne Vermögen geboren wärst, denn du bist als ein Günstling des Glücks geboren. Es ist nicht recht, daß das, was ein Mensch für die Gesellschaft getan hat, einen anderen von dem befreit, was er ihr schuldet; denn da ein jeder sich ganz schuldet, kann er nur für sich bezahlen, und kein Vater kann seinem Sohne das Recht vererben, seinen Mitmenschen unnütz zu sein; und doch tut er das nach deiner Auffassung, indem er dem Sohne seinen Reichtum vererbt, welcher der Beweis und der Lohn der Arbeit ist.

Außerhalb der Gesellschaft hat der isolierte Mensch, da er niemals etwas schuldet, das Recht zu leben, wie es ihm gefällt, in der Gesellschaft jedoch, wo er nötigerweise auf Kosten der anderen lebt, schuldet er ihnen in Form der Arbeit den Preis seiner Unterhaltung; es gibt davon keine Ausnahme. Arbeiten ist daher für den Menschen in der Gesellschaft eine unerläßliche Pflicht. Reich oder arm, mächtig oder schwach, jeder müßige Bürger, ist ein Schurke.

Rousseau-Worte.

Das Zeitalter, in dem wir leben, gehört zu den aufgeklärtesten, selbst in der Moral; gehört es deshalb zu den besten? Die Güter sind zu nichts gut . . . Würde nicht sonst die Nation, welche einen Fenelon, einen Montesquieu, einen Mirabeau hervorgebracht hat, die am besten geleitete und die glücklichste der Erde sein? Ist sie mehr wert nach den Schriften dieser großen Männer und ist nach sicheren Grundsätzen auch nur ein einziger Mißbrauch aufgehoben worden?

* * *

Wenn die Menschen verdorben sind, so ist es besser, sie sind gelehrt als unwissend.

* * *

Das Gewissen entwickelt und betätigt sich nur mit der wachsenden Erkenntnis der Menschen. Nur durch diese Erkenntnis gelangt er zum Verständnis der Ordnung, und nur, wenn er sie kennt, mahnt ihn sein Gewissen, sie zu lieben. Daher kann man bei einem Menschen nicht von Gewissen sprechen, der nichts prüft und die Zusammenhänge nicht erkannt hat.

* * *

Denkt daran, daß die Mauern der Städte aus den Trümmern der Landwohnungen gebaut werden. So oft ich einen Palast in der Hauptstadt erbaut sehe, glaube ich, daß man die Steine dazu aus allen Dorfhäusern herausgenommen habe.

* * *

Der erste, der ein Stück Feld einzäunte und sich dabei einfallen ließ, zu sagen: „Dieses ist mein!" und auch Leute fand, die einfältig genug waren, dies zu glauben — dieser ist der eigentliche Stifter der bürgerlichen Gesellschaft gewesen. Was für Verbrechen, für Kriege, für Mordtaten, was für Elend, was für entsetzliche Dinge wären dem Menschengeschlecht nicht erspart worden, wenn jemand die Pfähle ausgerissen, den Graben zugeworfen und ausgerufen hätte: Hütet euch, auf diesen Betrüger zu hören. Ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte für jedermann da sind, und daß der Erdboden niemandes Eigentum ist.

* * *

Sie wollen damit beginnen, den Menschen die Wahrheit zu lehren, um sie tugendhaft zu machen, und man müßte im Gegenteil sie erst tugendhaft machen, damit sie die Wahrheit lieben lernten.

Anstandsunterricht.

Auf der Fahrt nach Dresden fing es in unserem Eisenbahnabteil dritter Klasse an, dunkel zu werden. Einer von uns drei männlichen Fahrgästen hatte von seinem Eckplatz aus die Füße auf die gegenüberliegende Bank gelegt und dusselte vor sich hin. Der Schaffner kommt, tippt den Schlafenden auf die Schulter und fordert ihn auf: „Duhn Se de Fiese da nundr!" Der Mann nimmt die Füße „nundr". Nach einer Weile hat er sie wieder oben. Der patrouillierende Schaffner hat das bald erspäht. Er tritt, jeder Zoll ein Mann, in unser Abteil und grunzt: „Hadde ich Ihn nich kesaachd, Se soll'n de Fiese nundr duhn?" Der Mann tut, als schliefe er. Der Schaffner fährt fort: „Wenn hier nu ä hibbches chunges Mähdchn drinne wäre, dähdn Se de Fiese da ooch nuff? Nee, ne wahr? Sähnse, un Ordnung muß ooch sinn. Da wäre doch de kanze Eisnbahn uffgeschmissn, wenn mihr da nich uffbassn dähdn. Also Sie, das gehd nich. Ihre Fiese missn Se nundr duhn!"

Der Passagier feixt, tut aber immer noch, als schliefe er. Darauf fragt der Schaffner, ihm unter den Hut blickend: „Sie schlaafn wohl?" Der Passagier fängt an, leise zu schnarchen. Der Schaffner wird dringlicher: „Also duhn Se de Beene nundr, unn's soll alles vrgähm und vrgessn sinn!"

Ohne die Antwort des Passagiers oder den Erfolg seines Anstandsunterrichtes abzuwarten, verläßt er das Abteil. Der Passagier „erwacht". Wir lächeln.

Da wird die Abteiltür aufgerissen. Hochroten Kopfes tritt der Schaffner herein und sagt laut und herablassend: „Na, mainswäächn genn Se de Fiese ooch druff lassn!"

Gerhard Schäke.